

Protokoll

Außerordentlicher Parteitag der SPD

Deutschland 2010 – Werte und Ziele für unser Land

Berlin, Sonntag, 21. März 2004, Estrel Convention Center

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung

Geschäftsordnung

Eröffnung

Konstituierung

Rede des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder

Aussprache

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Rede Franz Müntefering

Aussprache

Wahl des Parteivorsitzenden

Bericht der Antragskommission

Antragsberatung

Rede Klaus-Uwe Benneter

Ergebnis der Wahl zum Parteivorsitzenden

Wahl des Generalsekretärs

Antragsberatung

Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs

Antragsberatung

Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs

Schlusswort des Parteivorsitzenden

Anhang

Delegierte

Delegierte mit beratender Stimme

Tagesordnung

11.00 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

- Wahl des Parteitagspräsidiums
- Beschlussfassung über die Tagesordnung
- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Rede des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers
Gerhard Schröder

anschl. Aussprache

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Bericht der Antragskommission

Antragsberatung und –beschlussfassung

Rede Franz Müntefering
Aussprache

Wahl des/der Parteivorsitzende/n

Rede Klaus - Uwe Benneter
Aussprache

Wahl des/der Generalsekretärs/in

Bericht der Antragskommission

16.00 Uhr

Schlusswort des Parteivorsitzenden

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Antragsschluss für Initiativanträge ist nach der Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission.
9. Wesentliche und umfangreiche Änderugn vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Eröffnung und Begrüßung

Beginn: 11.45 Uhr

Heidmarie Wieczorek-Zeul, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich begrüße euch als Delegierte und Gäste sehr herzlich zu unserem außerordentlichen Bundesparteitag und heiße euch herzlich willkommen!

Wir begrüßen unseren Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden, Gerhard Schröder, und den designierten SPD-Vorsitzenden, Franz Müntefering.

(Anhaltender Beifall)

Ich begrüße unsere Ehrengäste, an ihrer Spitze den langjährigen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel.

(Beifall)

Ich begrüße den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sowie die Vorsitzenden und Vertreter der Einzelgewerkschaften IG Metall, ver.di, IG BCE, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, GdP, Transnet und Deutscher Beamtenbund. Willkommen bei unserem Parteitag!

(Beifall)

Für den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland begrüße ich Herrn Volker Faigle und für das Kommissariat der Deutschen Bischöfe Prälat Karl Jüsten. Herzlich Willkommen bei uns!

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Manfred Freiherr von Richthofen, und den Präsidenten des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Parteitag findet in einer Zeit statt, in der uns der Wind im wahrsten Sinne des Wortes um die Ohren bläst und wir verlorenes Vertrauen unserer Wähler und Wählerinnen zurückgewinnen wollen und müssen. Wer in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zurückblickt, wird in diesen 140 Jahren immer Zeiträume finden, in denen die Zustimmung zu unserer Politik abnahm. Der Weg der SPD war weiß Gott kein ewiger Siegeslauf. Doch wir haben stets einen Neubeginn geschafft, einen neuen Anlauf gestartet - und wir haben es geschafft. Und warum, Genossinnen und Genossen, haben wir es geschafft? Weil wir keine Zufallsgemeinschaft, kein bloßer Machtverein sind, sondern eine Mitglieder- und Wertepartei, die ihre Grundsätze bewahrt und sie in die Gestaltung der Politik eingebracht hat und die in ihren Antworten dem gesellschaftlichen Wandel niemals ausgewichen ist.

(Beifall)

Vor dieser Herausforderung, dem gesellschaftlichen Wandel nicht auszuweichen, stehen wir erneut. Wir müssen diese Herausforderung jenseits der Tagesaktualitäten bewältigen.

Gerhard Schröder ist seit dem 12. April 1999, also fast fünf Jahre, unser Parteivorsitzender. Er hat zusammen mit Franz Müntefering die Entscheidung zur neuen Arbeitsteilung an der Spitze von Partei und Regierung getroffen. Wir haben mit Gerhard Schröder in den Jahren 1998 und 2002 die Bundestagswahlen für die SPD und die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen gewonnen. Wir sind in beiden Wahlen stärkste Partei geworden. Das war uns vorher nur in der „Willy-Wahl“ 1972 gelungen.

Erinnern wir uns an das Jahr 2002: Gerd hat die SPD angeführt, er hat sie mitgerissen, als manche schon nicht mehr an den Wahlsieg glaubten, und dann weit über unsere Stammwähler hinaus Zustimmung gefunden. Wir danken dir, Gerd, für diese Erfolge, für die Erfolge aus fünf Jahren deiner Zeit als SPD-Vorsitzender.

(Lebhafter Beifall)

Mit Gerhard Schröder an der Spitze haben wir die klare Entscheidung gegen den Irak-Krieg getroffen. Diese Entscheidung wird in der Geschichte auf immer mit dir und deinem Parteivorsitz verbunden sein.

(Lebhafter Beifall)

Wir danken dir, Gerd, dass du diese entschlossene und weit reichende Entscheidung getroffen, in unserem Land, aber auch weltweit verkörpert und gegen alle Widerstände hindurch getragen hast. Wo wären wir heute, wenn sich Merkel und Stoiber durchgesetzt hätten? Die UN wäre weltweit diskreditiert, unser Land wäre mit Soldaten in die Schrecken des Iraks gezogen und wir würden mit Milliardenbeträgen die Folgen dieses Krieges finanzieren. Erinnert die Menschen daran: Das wäre deren Perspektive gewesen!

(Beifall)

Die notwendigen Veränderungen und Erneuerungen der sozialen Sicherungssysteme und der Wirtschaft in unserem Land sind eine mühevoll Aufgabe. Mit der neuen Arbeitsteilung – mit Franz Müntefering an der Spitze der SPD und Gerhard Schröder als Kanzler – wollen wir Überzeugungen neu verankern, unser Spektrum wieder verbreitern und als große linke Volkspartei in die Offensive zurückkommen.

Denn schließlich, liebe Genossinnen und Genossen, geht es angesichts beschleunigter Globalisierung um eine weltweite Auseinandersetzung: Welche Wirtschaftsverfassung setzt sich weltweit durch? Gewinnt eine Wirtschaftsverfassung des Marktradikalismus oder können wir unsere Wirtschaftsverfassung erhalten, die unser Land stark gemacht hat, die soziale Marktwirtschaft, den Sozialstaat europäischer Prägung? Wer, wenn nicht unser Land, wer, wenn nicht wir, die SPD, unsere Regierung, könnte diese Auseinandersetzung mit Aussicht auf Erfolg führen? Wer, wenn nicht wir, könnte die notwendigen Erneuerungen und Veränderungen in

unserem Land voranbringen und europäische Partner finden, die den Sozialstaat reformieren und nachhaltig sichern?

(Beifall)

Denn dass nicht alles so bleiben kann, wie es war, haben alle im letzten Jahrzehnt mit der beschleunigten Globalisierung erfahren. Wenn unsere Regierung nicht mehr existierte, dann wäre die Auseinandersetzung entschieden. Die grundsätzliche Auseinandersetzung, um die es auch zwischen uns und der Opposition geht, müssen wir öffentlich deutlich machen. Dann werden wir auch wieder jenseits jedes einzelnen Gesetzesvorhabens die Unterstützung neu gewinnen.

(Beifall)

Nur die SPD als linke Volkspartei kann diese Auseinandersetzung entschlossen führen. Hier müssen alle ihren Standort, ihren Platz suchen und bestimmen. Wer links neben der SPD splitteln will, wird feststellen, dass das nur der Opposition hilft. Das haben wir schon erlebt.

(Beifall)

Wer als Gewerkschafter die Kampfkraft seiner Organisation in der Globalisierung stärken will, kann das nur erreichen – lasst mich das so traditionalistisch ausdrücken -, wenn er die politische Organisation der Arbeiterbewegung, die SPD, stärkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wer das politische Zentrum der sozialen Bewegung – das sind in Europa die Sozialdemokraten - schwächt, der stärkt die Konservativen.

(Beifall)

Wer, wenn nicht wir, kann dazu beitragen, in der Globalisierung gerecht gestalten, eine gerechtere Weltordnung zu schaffen? Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie in diesem Jahrhundert. Unsere Aufgaben, unsere Kraft sind nicht erschöpft. Wir fordern alle auf: Tut mit in der SPD!

(Beifall)

In Spanien hat unsere Schwesterpartei, die PSOE, die konservative Regierung Aznar abgelöst. Wir gratulieren den spanischen Genossinnen und Genossen und wünschen ihnen viel Erfolg!

(Lebhafter Beifall)

Wir haben in Europa viele Bündnispartner, mit denen wir gemeinsam die großen Aufgaben bewältigen können. Lasst uns heute Franz Müntefering und Klaus Uwe Benneter eine große Vertrauensbasis auf diesem Parteitag geben! Lasst uns neue Orientierung, lasst uns Vertrauen schaffen, Perspektiven für unser Land und unsere Partei setzen, auf dass unsere Grundwerte sichtbar und spürbar sind. Dann

bestehen wir die Wahlen dieses Jahres auch mit Erfolg. Der Parteitag ist eröffnet. – Ich danke euch.

(Beifall)

Konstituierung

Heidemarie Wieczorek-Zeul, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen, die Regie des Parteitags will, dass ich fortfahre. Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf: Wahl des Parteitagspräsidiums. Ich bitte dem Vorschlag zuzustimmen, der da lautet, Bärbel Dieckmann, Ute Kumpf, Heiko Maas, Christoph Matschie und Matthias Platzeck in das Parteitagspräsidium zu wählen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist der Fall. – Damit übernimmt jetzt Matthias Platzeck den Vorsitz.

Matthias Platzeck, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Auch von unserer Seite ein herzliches Willkommen zu diesem Parteitag! Wir danken euch für euer Vertrauen. Wir versprechen euch, dass wir uns bemühen werden, euch gut durch eine Veranstaltung zu begleiten, die uns allen Mut machen wird.

Wir haben zunächst ein paar Dinge zu erledigen, die zu einem Parteitag dazugehören. Als Nächstes kommen wir zur Beschlussfassung über die Tagesordnung. Ihr findet die Tagesordnung unter „Vorlage 2“ in euren Unterlagen. Wer gegen die Tagesordnung nichts einzuwenden hat, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das war, soweit wir es überblicken können, einstimmig. – Vielen Dank.

Wir haben heute Geburtstagskinder unter uns. Es sind drei an der Zahl. Besonders fruchtbar war der 21. März im Bezirk Hannover. Denn zwei Geburtstagskinder kommen aus diesem Bezirk.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf im Namen des Parteitags herzlich gratulieren: Helmi Behbehani, Wolfgang Jüttner und Kathrin Anklam-Trapp aus Rheinland-Pfalz. Ich bitte euch, nach vorne zu kommen.

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch an euch Dreien!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, noch ein Hinweis zu den Initiativanträgen, damit nachher keiner sprinten muss. 40 Stimmberechtigte aus fünf Bezirken müssen ihn unterstützen. Antragsschluss ist – das wisst ihr; ich sage es aber der Vollständigkeit halber nochmals – nach der Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Da das bald ist, möchte ich es nochmals gesagt haben. Abgegeben werden können Anträge links an dem Tisch neben der Bühne.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Ihr findet sie unter „Vorlage 3“ in euren Unterlagen. Wer ihr so zustimmen kann, den bitte ich um sein Kartenzeichen.

Wer ist mit dieser Geschäftsordnung nicht einverstanden? – Wer enthält sich? – Auch das ist einstimmig. So könnte es heute weitergehen.

Wir kommen nun zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Die Vorschläge dazu findet ihr in den Unterlagen unter Vorlage 4. Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann darf ich die Mitglieder der gewählten Kommission bitten, sich am Wortmeldetisch zu treffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir treten jetzt in den eigentlichen Ablauf unseres Parteitages ein. Als Erster spricht zu uns unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler Gerhard Schröder.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender: Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Es ist keine Frage: Die Übergabe des Amts des Parteivorsitzenden ist immer ein neuer Anfang. Aber dieser Wechsel im Amt ändert nichts daran, dass unsere Politik notwendig ist und richtig ist.

(Beifall)

Deswegen sind Franz und ich uns einig: Wir halten Kurs. Was beschlossen ist, wird nicht verändert.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden den Weg, den wir mit der Agenda 2010 eingeschlagen haben, gemeinsam konsequent weitergehen. Denn wir wissen: Diese Reformen sind notwendig. Wir haben dafür gesorgt – und werden das weiter tun -, dass sie unserer sozialdemokratischen Leitlinie folgen. Sie heißt: Innovation und Gerechtigkeit. Unter diesem Motto sind wir zweimal gewählt worden; nicht nur das: Wir sind zweimal stärkste Partei im Bundestag geworden.

(Beifall)

Wir werden dafür sorgen, dass dies so bleibt und dass das Motto, unter dem wir angetreten sind, noch klarer wird. Innovation sichert Gerechtigkeit. Nicht zuletzt das ist der Sinn der Agenda 2010.

Zwei Parteitage haben diesen Reformkurs bestätigt. Kontinuität unserer Politik heißt für uns Sozialdemokraten weit mehr als ein Regierungsprogramm. Es heißt auch

Kontinuität in unseren Werten von Freiheit, von Solidarität und Gerechtigkeit. Aber diese Werte nicht nur zu beschwören, sondern sie unter radikal veränderten Bedingungen mit neuem Leben zu erfüllen, das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall)

Immer wieder einzutreten für Demokratie, für Chancengleichheit, aber eben auch – Heidi hat darauf hingewiesen - für Frieden und Völkerverständigung, für Wohlstand und für Sicherheit – das ist unsere Verpflichtung aus unserer mehr als 140-jährigen Geschichte. Immer, wenn diese Werte in Gefahr waren, ob unter Bismarck, ob in der Weimarer Republik oder im Kampf gegen Nationalsozialismus und Diktatur, waren es Sozialdemokraten, die widerstanden und neu für Fortschritt gesorgt haben.

(Beifall)

Darauf, liebe Freundinnen und Freunde, sind wir stolz und – das sagen wir sehr selbstbewusst – darauf kann Deutschland stolz sein.

(Vereinzelt Beifall)

Immer, wenn es in Zeiten schwieriger Zäsuren galt, Veränderungen vorzunehmen und dafür die Verantwortung zu tragen, dann waren wir es, die stets bereit waren, das Wichtige und das Richtige zu tun. Häufig war es so, dass die Entscheidungen, die dann zu treffen waren, am Anfang sehr umstritten gewesen sind. Aber wir sind niemals davongelaufen und werden das auch in Zukunft nicht tun. Am Ende haben sich unsere Entscheidungen als richtig, als für Deutschland verantwortbar erwiesen. Diese große historische Tradition meinen wir, wenn wir heute die Kontinuität unserer Politik betonen.

Denkt daran: Es waren die Sozialdemokraten, allen voran Willy Brandt, aber auch Herbert Wehner und Helmut Schmidt, die den Mut zur Entspannungspolitik hatten. Sie hatten ihn, weil sie wussten, dass der Versöhnung im Westen die Nachbarschaft im Osten zu folgen hat. Auch damals ging das nur gegen den erbitterten Widerstand der Rechten in unserer Gesellschaft und unter schlimmen Diffamierungen. Am Ende haben wir, hat unser Volk die Früchte ernten können, zunächst die deutsche Einheit und dann, ab 1. Mai dieses Jahres, auch die europäische Einigung im Osten und im Westen unseres Kontinents.

Noch eines: Am 6. Juni dieses Jahres wird erstmals ein deutscher Bundeskanzler an den Feiern zum Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie teilnehmen.

(Beifall)

Ihr werdet verstehen, dass ich dem französischen Präsidenten für seine Einladung, die wir als eine historische begreifen sollten, sehr, sehr dankbar bin. Im Übrigen können wir nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sagen: Die Nachkriegszeit ist endgültig vorüber.

Aber, liebe Freunde, auch das ist nur möglich geworden, weil wir den Mut zu schwierigen, aber richtigen Entscheidungen in den letzten fünf Jahren hatten. Wir hatten zu entscheiden, ob es gerechtfertigt ist, zum Schutz von Menschenwürde und

Menschenrechten auf dem Balkan auch militärisch zu intervenieren. Ich weiß wohl, dass das niemandem von euch, auch niemandem von uns leicht gefallen ist. Aber wir hatten zu begreifen, dass unsere Arbeit in der Völkergemeinschaft nicht nur Rechte begründet, sondern auch die Erfüllung von Pflichten erfordert. Vor diesem Hintergrund waren wir es, die Deutschlands gewachsene internationale Verantwortung formuliert und auch wahrgenommen haben, nicht zuletzt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Wir alle erinnern uns an die manchmal schmerzlichen Diskussionen, die wir darüber zu führen hatten, und ich erinnere mich besonders daran. Wir haben sie bewusst, auch stolz, ernsthaft und selbstbewusst geführt. Ich denke, unser Volk hat verstanden, warum das, was wir zu entscheiden hatten, wichtig und richtig war.

Wir haben das getan, weil wir wirklich eine patriotische Partei sind. Wir sind aber keine Partei des Hurra-Patriotismus.

(Beifall)

Wir haben die Neupositionierung unseres Landes – Heidi, du hast Recht: das wird so bleiben – in der Erkenntnis vorgenommen, dass wir international nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Wir müssen diese Pflichten für mehr Sicherheit in Deutschland, in Europa und in der Welt übernehmen. Aber: Mit der Übernahme dieser Pflichten haben wir uns als ein souveränes Land auch das Recht erworben, Nein zu sagen, wenn wir vom Sinn einer militärischen Intervention nicht überzeugt sind.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Wir sollten den Menschen immer wieder vor Augen führen, was wohl gewesen wäre, wenn in dieser Zeit die anderen regiert hätten. Dann hätte Deutschland nicht gewagt, Nein zu sagen. Deutsche Soldaten stünden heute im Irak.

(Vereinzelt Beifall)

Dass das nicht so ist und dass das auch nicht so kommen wird, war unsere Entscheidung und liegt in unserer Verantwortung, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang ein weiterer Hinweis: Der eine oder andere mag sich erinnern, was alles vor nicht einmal einem Jahr diskutiert und den deutschen Sozialdemokraten vorgeworfen worden ist. Gelegentlich wünschte ich mir, dass man die Artikel ein Jahr später noch einmal zur Hand nähme und dass die Opposition ihre Reden noch einmal nachläse und sich fragen würde: Was war alles auf der Tagesordnung?

(Beifall)

Der Vorwurf lautete: Mit eurem Nein zerstört ihr die NATO, das transatlantische Bündnis und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika endgültig. Liebe Freundinnen und Freunde, heute können wir kein bisschen rechthaberisch, aber ein wenig mehr selbstbewusst sagen: Die Politik, die wir damals gemacht haben, hat uns nicht geschwächt, sie hat uns gestärkt. Sie hat die deutsche Stimme in der Welt

wahrnehmbarer gemacht, ohne dass bewährte Freundschaften und Bündnisse zerstört wurden.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich sage das in großer Deutlichkeit: Wer glaubt, eine solche Politik ließe sich anders als mit Regierungsgewalt ausgestattet gestalten, der irrt gründlich und wird diesen Irrtum bitter einsehen müssen.

(Beifall)

Uns als Sozialdemokraten hat es immer ausgezeichnet, nicht nur etwas zu fordern, sondern auch durchzusetzen. Das ist der Sinn von Regierungsmacht und Regierungshandeln. Es ist auch unser Verdienst, dass der deutsche Sozialstaat kein bloßer Fürsorgestaat mehr ist, sondern dass er in gutem Sinne ein Teilhabestaat ist. Er ist ein Staat, der die Schwachen schützt und dem Einzelnen hilft, wenn er sich nicht selber helfen kann, ein Staat, der Solidarität so organisiert, dass mehr Mitsprache, mehr Freiheit und mehr Chancen für alle gewonnen werden, vor allem für diejenigen, die Wohlstand nicht von zu Hause mitbringen, sondern den Wohlstand unseres Landes erst mit ihrer Leistung erwirtschaften. Deshalb haben wir immer beides im Blick gehabt und werden es auch weiterhin im Blick haben: sozialen Ausgleich und Teilhabe durch eigene Leistung und Leistungsbereitschaft.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist keine Frage: Wir sind heute in einer Situation, in der wir schwierige Entscheidungen hinter uns und gewiss auch noch vor uns haben. Die demografische Entwicklung zwingt uns dazu, unsere sozialen Sicherungssysteme auf radikal veränderte Realitäten einzustellen. Ich möchte nur ein Beispiel nennen und bitten, mitzuhelfen, dass das in unserer Gesellschaft noch klarer wird: 1960 haben die Beiträge von zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausgereicht, um einen Rentner zu versorgen. Heute stehen dafür nur noch drei Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verfügung. Wenn wir nicht handeln, dann werden es in zwanzig Jahren nur noch zwei Beiträge sein, mit denen für eine Rentnerin bzw. einen Rentner gesorgt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, was das bedeutet, liegt doch auf der Hand: Die soziale Gerechtigkeit, für die wir streiten, ist kein Begriff, den man allein auf die gegenwärtige Generation beziehen darf. Soziale Gerechtigkeit in der Form, wie wir sie verstehen und verstehen müssen, muss mit den Chancen unserer Kinder und deren Kinder zu tun haben.

(Beifall)

Ich sage das vor dem Hintergrund einer Veranstaltung, die gerade hinter mir liegt, nämlich der Feier zum 60. Geburtstag von Jürgen Peters. Berthold Huber, sein Stellvertreter, hat in einer bemerkenswerten Rede darauf hingewiesen – Jürgen, du wirst das bei all den notwendigen und richtigen Feierlichkeiten mitbekommen haben –, dass die deutschen Gewerkschaften zuallererst ihren Mitgliedern verpflichtet sind. Jeder von uns kann das nachvollziehen. Ich füge aber hinzu: Auch diese Mitglieder haben Kinder, die eine Perspektive brauchen und haben wollen.

(Beifall)

Bei allen notwendigen und, so hoffe ich, freundschaftlich geführten Auseinandersetzungen über die richtigen Inhalte von Politik lautet deshalb meine Bitte: Lasst uns nicht vergessen, dass gerecht zu sein immer auch heißt, an die zu denken, die morgen in Wohlstand leben wollen. Sie haben eine faire Chance verdient. Diese müssen wir ihnen heute verschaffen, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir müssen unsere Verantwortung gewiss auch den älteren Menschen gegenüber, die heute Rente beziehen, wahrnehmen. Dies gilt aber auch gegenüber denjenigen, die im Berufsleben stehen und ein Recht darauf haben, dass die Beiträge, die sie aufwenden müssen, nicht uferlos wachsen.

Dass ihnen vom Brutto, das sie bekommen, netto zum Leben genügend übrig bleibt, liebe Freundinnen und Freunde, ist auch eine Verantwortung, der wir uns stellen müssen.

(Beifall)

Ich sage es noch einmal, natürlich erst Recht gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern: Die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden sie morgen aushalten müssen, viel mehr als wir miteinander. Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte nicht - ich denke, ihr auch nicht -, dass unsere Kinder uns einmal vorwerfen: Ihr habt nur im Augenblick gelebt. Ihr habt nur an euch und an die Gegenwart gedacht. Ihr habt es euch an der großen Festtafel des Lebens gemütlich gemacht und habt aufgezehrt, wovon auch wir leben wollten. Ihr habt zu wenig übrig gelassen und jetzt müssen wir auch noch die Zeche für das bezahlen, was wir gar nicht bestellt hatten. - Das, liebe Freundinnen und Freunde, mag eine Politik sein, die Konservativen gut ansteht. Sie hat mit dem Fortschrittsbegriff der deutschen Sozialdemokraten nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall)

Hier liegt doch der Grund dafür, warum wir uns an den Umbau des Sozialstaates machen müssen. Wir müssen dies tun, um ihn für künftige Generationen erhalten zu können.

Klar ist aber, liebe Freundinnen und Freunde: Wer den Sozialstaat umbauen will, der muss schon den richtigen Bauplan kennen. Ich denke, das ist es, was uns von den anderen unterscheidet: Das Interesse der deutschen Konservativen am Gemeinwohl erschöpft sich darin, notwendige Reformen wie etwa beim Zuwanderungsrecht zu blockieren. Schaut euch genau an - das sage ich auch denen, die kritisch mit der Politik der Regierung umgehen -, was sie vorschlagen. Die Kopfprämie im Gesundheitswesen und die so genannte Steuererklärung auf dem Bierdeckel - im Klartext heißt das: Bei den Beziehern großer Einkommen werden die Steuern und Sozialbeiträge gesenkt. Die anderen, die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, müssen Kopfprämien zahlen. Weil das Milliarden kostet, was sie vorschlagen, werden sie kürzen, und ihr könnt euch denken, wo. Das hat mit dem Umbau des Sozialstaats nichts, aber auch gar nichts zu tun. - Übrigens: Von der Steuererklärung

auf dem Bierdeckel ist schon lange nicht mehr die Rede. Es war wohl mehr eine Schnapsidee.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will einen anderen Bereich nennen, der dazugehört, wenn es um Umbau, statt Abbau des Sozialstaates geht. Das wird eine Frage sein, die die Freunde in den deutschen Gewerkschaften in besonderer Weise interessiert. Wir haben mit der Agenda 2010 Erwartungen formuliert, auch die Erwartung an die deutschen Gewerkschaften, eine neue Balance zu finden zwischen dem, was an Arbeitsbedingungen zentral ausgehandelt wird, und dem, was man betrieblichen Einigungen überlassen kann. Die deutschen Gewerkschaften, in dieser Tarifrunde vorweg die IG Metall, haben sich auf einen guten Weg gemacht und begonnen, diese Balance zu finden. Weil das so ist, haben wir guten Grund, der Tarifautonomie zu trauen und sie nicht infrage zu stellen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Weil uns gezeigt worden ist, dass die Tarifautonomie auch bei der Herstellung dieser neuen Balance funktioniert, bedarf es keiner Gesetzgebung, die die richtigen Wege aufzeigt. Die Tarifparteien haben bewiesen, dass sie es selber können. Das versetzt uns in den Stand, darauf zu vertrauen, dass das auch in Zukunft so sein wird und hier eine Gesetzgebung nicht notwendig ist.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ein anderes Beispiel: Wir haben in unserem Land eine große Debatte über den Wert der Mitbestimmung auf Unternehmensebene, eine Debatte, die auch an die Substanz unserer gesellschaftlichen Ordnung geht. Wir haben aus guten Gründen die Teilhabe am Haben, aber auch am Sagen der Beschäftigten immer wieder vertreten. Ich sage all denen, die die Mitbestimmung infrage stellen: Lasst das nach! Deutschland ist nicht durch konsensorientiertes Handeln in den Betrieben und Unternehmen schwächer geworden, sondern stärker. Wir wollen, dass das so bleibt.

(Beifall)

Wir werden auch dafür sorgen, dass das so bleibt. Aber auch hier gilt: Wer sich einmal in Europa umschaute und sich die Aktivitäten näher anschaut, die von Europa in dieser Frage ausgehen, zum Beispiel mit der Richtlinie, die man Fusionsrichtlinie nennt und die die deutsche Mitbestimmung, wie wir sie haben und behalten wollen, infrage stellt, der sollte sich bei aller Kritik an dem einen oder anderen Punkt der Regierungspolitik genau überlegen, ob er uns nicht doch braucht, wenn es um die Verteidigung der Mitbestimmung auf europäischer Ebene geht.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen gelegentlich auch deutlich machen, was wir geleistet haben, keineswegs nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, nein, auch in der Gesellschaftspolitik und bei den ganz handfesten Fragen der

Steuerpolitik. Da muss niemand als deutscher Sozialdemokrat in Sack und Asche gehen. Er muss sich nur ein paar Zahlen ins Gedächtnis rufen: Wir haben den Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer, der 1998, als wir ins Amt gekommen sind, bei 25,9 Prozent lag, auf jetzt 16 Prozent gesenkt. Im nächsten Jahr werden es 15 Prozent sein. Er ist dann also um rund 11 Prozentpunkte gesunken. Wer mir erzählen will, das beträfe nur die da oben, der hat nicht Recht, liebe Genossinnen und Genossen; denn das betrifft auch die unten und die in der Mitte.

(Beifall)

Wir haben das steuerfreie Existenzminimum deutlich angehoben. Das betrifft niemanden oben, das Großkapital schon gar nicht. Das betrifft die Menschen unten. Sie haben etwas davon und sollten auch etwas davon haben. Wir haben das gemacht; die anderen haben es nicht getan. Sie hätten es auch nicht getan, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir haben auch in der Familienpolitik Leistungen vorzuweisen, die sich sehen lassen können. Als wir 1998 ins Amt kamen, wurden 40 Milliarden Euro für die Familien ausgegeben. Jetzt sind es 60 Milliarden Euro. Auch das ist weitgehend konsumiert, wie man so sagt; man kann es auch „vergessen“ nennen. Aber ist es eigentlich unsere Aufgabe, das vergessen zu machen oder machen zu lassen? Ich glaube nicht, dass das unsere Aufgabe ist.

(Beifall)

Es mag im Übrigen sein, dass die Instrumente, die wir geschaffen haben, um dieses Geld für die Familien zu mobilisieren, überprüft werden müssen. Es wird so sein, dass wir in Zukunft sehr viel mehr Geld für die Betreuung von Kindern ausgeben müssen, damit es den Kindern auch zugute kommt, als jemals zuvor in der Vergangenheit, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich erwähne das, weil damit deutlich wird, dass wir uns keineswegs nur um Generationengerechtigkeit kümmern, sondern dass wir uns auch um Verteilungsgerechtigkeit in dieser Generation gekümmert haben, dass wir uns also bei allen notwendigen Umbauprogrammen um den Erhalt des sozialen Ausgleichs gekümmert haben.

Ich füge hinzu, liebe Freundinnen und Freunde: Soziale Gerechtigkeit entscheidet sich nicht an der Frage, ob man im Quartal 10 Euro für einen Arztbesuch zahlen muss oder nicht.

(Beifall)

Die Praxisgebühr ist keine Frage von sozialer Gerechtigkeit, sie ist ein Instrument der Sozialpolitik. Es geht darum, auch das Gesundheitswesen zu verändern: weg von einer Mitnahmementalität, hin zu mehr Vorbeugung und auch mehr Verantwortung, liebe Freundinnen und Freunde. Auch dafür lohnt es zu streiten.

(Beifall)

Zu Recht, denke ich, steht Freiheit an erster Stelle der sozialdemokratischen Grundwerte, und zwar nicht nur die Freiheit von Not und Ausbeutung, nein, auch die Freiheit, Lebenschancen und Lebensentwürfe zu verwirklichen. Deshalb ist es so entscheidend, durch bessere Betreuungsangebote zu ermöglichen, dass Frauen die Freiheit haben, Kinder groß zu ziehen *und* einen Beruf auszuüben. Das ist es, was wir in dieser Dekade wirklich durchsetzen müssen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Weil Lebensentwürfe etwas mit Startchancen in das Leben hinein zu tun haben, ist es so eminent wichtig, dass Jugendliche eine Berufsausbildung bekommen – eben auch, um die Freiheit zu haben, ihr Leben selbst zu gestalten und zu meistern. Bildung und Ausbildung haben enorm viel mit Freiheit zu tun, denn Freiheit, wie wir sie verstehen, ist verdammt viel mehr als Gewerbefreiheit!

(Beifall)

Freiheit ist nicht nur Freiheit von Verpflichtungen, sondern schließt auch Verpflichtungen ein. Das gilt für die Auszubildenden. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, auch das soll hier wieder klar und deutlich ausgedrückt werden: Es gibt nicht nur die Verpflichtung des Jugendlichen, etwas mit seinem Leben anzufangen; es gibt erst recht die Verpflichtung der ausbildenden Wirtschaft, ihm die Chance zu einem Leben, das selbstbestimmt ist, zu geben und zu ermöglichen.

Genau an diesem Punkt setzt die Debatte an, die wir führen, auch innerhalb unserer Partei und gelegentlich auch in der Regierung. Aber es ist klar: Wenn die Verpflichtungen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen nicht erfüllt werden, dann müssen wir gesetzgeberisch handeln,

(Beifall)

dann müssen wir denen helfen, die ihre Verpflichtungen zur Ausbildung als Unternehmen ernst nehmen, nicht denen, die das nicht tun.

Ich sage es noch einmal als einen Appell an die Wirtschaft: Sie haben es selber in der Hand, ob Regelungen, die wir treffen müssen und treffen werden, zur Anwendung kommen oder nicht. Sie haben es selber in der Hand; sie brauchen nur die genügende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Denn uns geht es nicht um ein Instrument, sondern uns geht es um das Ziel, jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wer mehr Freiheit durch bessere Verteilung der Lebenschancen realisieren will, der muss zugleich für zweierlei sorgen: für Sicherheit und für Wachstum. Ohne innere und ohne äußere Sicherheit sind die Bürgerrechte in Gefahr, die die Grundlage einer jeden freien Lebensentfaltung sind. Ohne soziale Sicherheit wird Flexibilität nicht als Freiheit, sondern als Bedrohung begriffen. Deshalb sind das keine Gegensätze, sondern beide Begriffe müssen mit Inhalt gefüllt

und in eine sinnvolle Balance zueinander gebracht werden. Das ist der Sinn der Agenda 2010.

Ohne Wachstum können die Chancen, die durch eine Bildungs- und Familienpolitik bereitgestellt werden, nicht ausreichend verwirklicht werden. Beides, Sicherheit und Wachstum – auch das muss Sozialdemokraten vorneweg klar sein -, können wir heute nicht mehr im nationalen Maßstab erfolgreich durchsetzen und umsetzen. Es ist der große Irrtum derer, die auch Agenden produzieren, dass sie meinen, in einer globalisierten Welt, in einem zusammenwachsenden Europa bedürfe es nur einer nationalen Anstrengung, dann seien die Probleme in diesem Maßstab zu lösen. Welch Irrtum, liebe Freundinnen und Freunde! Es ist ein Irrtum, dem wir nicht verfallen dürfen.

(Beifall)

Wir, die deutschen Sozialdemokraten, aber wissen doch, dass Kapital- und Finanzmärkte grenzenlos geworden sind. Wir erfahren – wie die Menschen in Deutschland auch – die Risiken für unsere Sicherheit, die die Grenzen des Nationalstaates sprengen. Das gilt eben nicht nur für den Terrorismus und das organisierte Verbrechen; das gilt auch für die soziale Sicherheit, etwa da, wo globalisierte Märkte national erworbene Rechte schlicht außer Kraft setzen.

Was bedeutet das für unsere Politik? Das bedeutet: Wir müssen das, was wir im deutschen Sozialstaat an Freiheit, an Teilhabe, an Gerechtigkeit erreicht haben, im europäischen Maßstab, mindestens im europäischen Maßstab, umsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen also nicht nur Weltmeister im Export von Waren sein, sondern wir müssen dafür kämpfen, dass wir die Wertvorstellungen, die wir uns hier erarbeitet haben und die wir hier umgesetzt haben, auch in Europa vertreten und, soweit es geht, durchsetzen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir es schaffen, die Wertvorstellungen und die daraus resultierenden Politiken, die wir in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt als deutsche Sozialdemokraten im nationalen Maßstab durchsetzen konnten, angesichts der Veränderungen, vor denen wir nicht weglaufen dürfen und die wir auch nicht wegdiskutieren können, im europäischen Maßstab zu realisieren, die soziale Marktwirtschaft europäisch zu verankern und europäisch zu gestalten und weiterzuentwickeln, dann und nur dann sind wir auf dem richtigen Weg, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das alles erfordert von uns eine Einsicht: Der Umbau der sozialen Sicherungssysteme ist ein Wert an sich und zugleich mehr: Wert an sich, weil nur auf diese Weise Sozialstaatlichkeit für künftige Generationen sicherbar ist; zugleich mehr, weil mit dem Umbau die Möglichkeit gegeben wird, Ressourcen freizubekommen, um sie in die Zukunftsinvestitionen des Landes fließen zu lassen.

Das, liebe Freundinnen und Freunde, sind vor allen Dingen drei. Wir müssen mehr tun für die Betreuung von Kindern. Wir, die Bundesregierung, haben damit begonnen. 4 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren sind alles andere als ein Pappentier.

Ich wünsche mir, dass es in den Ländern und Kommunen Sozialdemokraten sind, die auf die Bedeutung des Themas und die vorhandenen Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen, hinweisen.

(Beifall)

Am Anfang der deutschen Sozialdemokratie, am Anfang der Arbeiterbewegung stand doch die Erkenntnis: Wissen ist Macht. In einer Welt, in der aus Wissen und nur aus Wissen Güter werden, gilt dieser Satz so aktuell wie nie zuvor in unserer Vergangenheit, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Angesichts der Notwendigkeit, sowohl nach außen als auch nach innen die Sicherheit der Menschen zu garantieren, und angesichts der demographischen Entwicklung müssen wir Ressourcen frei bekommen, um die wirklichen Zukunftsaufgaben anzupacken und die liegen nun einmal auf dem Gebiet der Bildung. Macht dieses zum Thema deutscher Sozialdemokraten! Die anderen können das nämlich nicht, weil die anderen immer nur die eine Seite der Gesellschaft fördern können.

(Beifall)

Wir dagegen leben nach der Erkenntnis, dass wir es uns nicht leisten können, eine einzige Begabung in unserem Volk unausgeschöpft zu lassen. Das ist sozialdemokratisch.

(Anhaltender Beifall)

Auch dieses Thema bedarf, das ist klar, einer europäischen Komponente. Deshalb ist es so wichtig, liebe Freundinnen und Freunde, dass wir uns stärken, um über die Wahlen – nicht nur, aber auch die Wahl zum Europäischen Parlament – mehr an Gestaltungsmacht zu bekommen. Wir müssen den Menschen klar machen, dass die Herausforderungen, denen man insgesamt nur europäisch begegnen kann, in erster Linie von uns bewältigt werden können und dass man Europa nicht denjenigen überlassen darf, die in Europa kaum mehr sehen als den Markt und die schon heute wieder daran denken, in Wahlkämpfen die Frage von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei populistisch zu nutzen.

(Beifall)

Denen muss man deutlich machen: Wir wollen nicht bestreiten, dass ihr den Willen habt, zu einem europäischen Ausgleich zu kommen; aber eure Fähigkeit dazu müsst ihr erst noch unter Beweis stellen. Denn diese Frage verträgt sich nicht mit Populismus. Hier geht es um die Perspektive von Europas Sicherheit. Stellt euch einen Moment vor – auch vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, die wir im Nahen

Osten sehen -, es gelänge, in einem so wichtigen Land wie der Türkei eine Versöhnung zwischen islamischem Glauben, der nicht fundamentalistisch ist, und den Wertvorstellungen der europäischen Aufklärung! Welch ungeheurer Gewinn auch für die deutsche Sicherheit wäre das, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Auch in dieser Frage werden wir die Auseinandersetzung annehmen. Denn wir sind davon überzeugt, dass in unserer Politik das Richtige für unser Land liegt. Das gilt auch dann, wenn es manchmal schwierig ist, dies kenntlich zu machen und zu vermitteln - gelegentlich auch bei uns selber. Gleichwohl: Das, was wir angepackt haben, was wir in der Außenpolitik erfolgreich realisiert haben, was wir in der Innenpolitik mitten in einem schwierigen Prozess gestaltet haben, das hat historische Bedeutung. Ich bin ganz sicher: Wenn wir klar bleiben und konsequent, dann wird das auch einsichtig zu machen sein. Wir werden vor dieser Aufgabe nicht davonlaufen, weil für uns gilt und immer gegolten hat: erst das Land und dann die Partei, weil wir eine Volkspartei sind und nicht eine Ansammlung von Populisten, weil wir Patrioten sind, aber keine Nationalisten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, gestattet mir ein paar persönliche Worte: Mir fällt der Abschied vom Vorsitz unserer Partei nicht leicht. In der Nachfolge von August Bebel und Willy Brandt zu stehen, das war für mich eine große Ehre. Ich habe es als eine Verpflichtung verstanden und es so gut zu machen versucht, wie ich es konnte. Ja, ich kann sagen – ich möchte, dass ihr das wisst -: Ich war stolz darauf, Vorsitzender dieser großen, ältesten demokratischen Partei Deutschlands sein zu dürfen.

(Beifall)

Aber die Aufgabe als Bundeskanzler, sozialdemokratische Politik eben nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und darüber hinaus zu gestalten, erfordert schon die ganze Kraft eines Menschen – übrigens gestützt auf die, die ich liebe und die mich lieben.

(Beifall)

Ich glaube im Übrigen auch: Die Aufgabe, als Partei sozialdemokratische Politik für Deutschland, für Europa und darüber hinaus zu formulieren und immerwährend zu vermitteln, erfordert eine ungeteilte Aufmerksamkeit und viel, viel Kraft.

Wir haben also entschieden, in einem größeren Spielfeld eine neue Mannschaftsaufstellung zu formieren. Das ist der Grund, warum ich mich entschieden habe, den Parteivorsitz zurückzugeben und euch Franz Müntefering als meinen Nachfolger vorzuschlagen. Ich tue das aus voller Überzeugung, weil ich sage: Franz ist für dieses Amt der Beste, den wir für unsere Partei bekommen können.

(Beifall)

Ich bin sicher: Die Arbeitsteilung wird zu mehr Geschlossenheit und als Folge dessen zu neuer Stärke führen.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich will Olaf Scholz herzlich danken, der in verdammt schwieriger Zeit gekämpft hat und darüber hinaus programmatische Arbeit geleistet hat.

(Beifall)

Natürlich danke ich Franz, dass er sich nach langen, schwierigen, sehr freundschaftlichen Gesprächen - in denen ich, lieber Franz, für mich wichtige menschliche Erfahrungen gemacht habe - bereit erklärt hat, das Amt zu übernehmen, und in einer schwierigen Phase unserer Partei mithelfen will, dass es, was wir alle wollen, besser wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, wie wahr: Ich war für viele kein leichter Vorsitzender. Es waren aber auch verdammt schwierige Zeiten, in denen ich Vorsitzender war. Ich bin sicher, gemeinsam werden wir aus diesem Parteitag gestärkt, weil selbstbewusster hervorgehen.

Wir wissen um die Größe der Aufgabe, die vor uns liegt. Aber wir wissen eben auch um die Größe der Möglichkeiten, die wir haben. Wir wissen das, wie wir es in der langen, erfolgreichen Geschichte immer gewusst haben. So wird es bleiben. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Aussprache

Matthias Platzeck, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Gerhard Schröder. – Liebe Freundinnen und Freunde, wir treten in die Aussprache zur Rede Gerhard Schröders ein. Ich freue mich ganz außerordentlich, als ersten Redner in dieser Debatte Hans-Jochen Vogel begrüßen zu dürfen. Hans-Jochen, du hast das Wort.

(Beifall)

Martin Schulz bereite sich bitte vor.

Hans-Jochen Vogel: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mir überlegt, ob ich wie vor einem Jahr auch auf diesem Parteitag an dieser Stelle wieder um das Wort bitten soll. Aber die Partei trifft heute in einer außergewöhnlichen Situation außergewöhnliche Entscheidungen. Das berührt mich nicht nur vom Verstand, sondern auch vom Gefühl, ja - unter dem Eindruck deiner letzten Worte sage ich -, auch vom Herzen her.

(Beifall)

Nicht allein, weil ich selber einmal Parteivorsitzender war, viel mehr noch, weil ich mich der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, ihren Grundwerten, ihren großen Leistungen, ihren Männern und Frauen, die meine Vorbilder waren, tief verbunden fühle, weil sie mein Leben über 50 Jahre geprägt haben. Eine solche Partei lässt man nicht im Stich. Deshalb bin ich hierher ans Rednerpult gekommen.

(Beifall)

Mein erstes Wort, lieber Gerhard, geht an dich. Ich möchte dir meinen tiefen Respekt und meinen Dank bekunden. Es ist nicht alltäglich, dass sich jemand um der Sache und der gemeinsamen Ziele wegen in dieser Art und Weise selber zurücknimmt, wie du das mit deiner Entscheidung getan hast.

(Beifall)

Dass dir diese Entscheidung nicht leicht gefallen ist, ich glaube, das haben auch die empfunden, die dir in den letzten Wochen und Monaten kritisch begegnet sind. Ich bekunde dir meinen Respekt und meinen Dank, auch für die Standfestigkeit, die du als Parteivorsitzender und Bundeskanzler bisher unter Beweis gestellt hast. Ich meine die Standfestigkeit in der Irak-Frage und auch die Standhaftigkeit, mit der du die notwendigen Reformen allen Widerständen zum Trotz vertreten hast.

(Beifall)

Ich frage mich: Woher nimmst du die Kraft? Ich glaube, dafür genügen rationale Erklärungen nicht. Die Kraft nimmst du daraus, dass du die Grundwerte dieser Partei und die deutsche Sozialdemokratie als deine Heimat empfindest, dass die Sozialdemokratie auch für dich keine Zweckvereinigung zur Durchsetzung bestimmter Interessen ist, sondern eine Gemeinschaft, die sich über ihr Menschenbild verständigt hat und Werte vermitteln und verwirklichen will, eine Gemeinschaft, für deren Werte und Ziele Menschen in mehr als 140 Jahren Opfer gebracht, ja, ihr Leben eingesetzt und geopfert haben.

(Beifall)

Dass du dieser Partei auch im tiefen Gefühl verbunden bist, das haben gerade die letzten Sätze deiner Rede jeden spüren lassen. Auch mich drängt es, in den Dank, den ich jetzt an dich gerichtet habe, deine Frau Doris einzuschließen und ihr ebenfalls ein herzliches Wort des Dankes zu sagen.

(Beifall)

Mein Dank richtet sich auch an Olaf Scholz. Er hat in den Jahren seiner Amtsführung mitunter den Rücken, das Gesicht und auch andere Körperteile für Dinge hinhalten müssen, die er nicht unmittelbar zu vertreten hatte. Das ist mit diesem Amt verbunden und das weiß auch sein mutmaßlicher Nachfolger.

Aber Respekt für die Art und Weise, in der du mit den Situationen zurecht gekommen bist und sogar Wahlergebnisse in dir selber verarbeitet hast.

(Beifall)

Wenn ich hier schon das Wort habe, dann lässt es sich nicht ganz vermeiden, dass ich noch vier Empfehlungen und Ratschläge gebe. Wer einen Schulmeister an das Rednerpult holt, der muss mit so etwas rechnen und auch damit zurecht kommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Erstens. Wir dürfen nicht vor der Realität flüchten, weil sie uns nicht gefällt. Beschleunigung, Globalisierung, demographische Veränderungen verlangen neue Antworten. Geben wir sie nicht, dann geben andere diese Antworten. Unsere Antworten müssen den Grundwerten standhalten und das tun sie, vielleicht nicht in jedem Detail. Aber sie mildern das größte soziale Unrecht und bauen es schrittweise ab, die Demütigung von Millionen Menschen, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können. Es gibt kein größeres Unrecht.

(Beifall)

Diese Reformen können ein weiteres, ebenso großes Unrecht verhindern, indem sie die Kernbereiche der sozialen Sicherungssysteme finanzierbar erhalten. Damit vermeiden sie ihren Zusammenbruch und damit ein anderes exzessives Unrecht.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens. Wir dürfen die Regierungsverantwortung nicht preisgeben und uns in die Opposition fallen lassen.

(Beifall)

Kritik und Diskussion sind notwendig. Wer aber das Scheitern dieser Regierung in Kauf nimmt, ist auch für die Folgen verantwortlich, dafür, dass politische Kräfte an die Regierung gelangen, die gerade in den sensiblen Bereichen drei- und viermal so hart und kräftig einschneiden würden. Diese Ursachenverkettung soll jedem ständig vor Augen stehen. Das sollten gerade die bedenken, die mit dem politischen Sprengstoff der Gründung einer neuen Partei spielen. Schon 0,5 Prozent oder 1 Prozent bei den nächsten Wahlen für eine solche Splittergruppe können genügen, damit die Regierungsverantwortung auf Jahre hinaus für die Sozialdemokratie verloren geht.

(Beifall)

Außerdem sollte man gut aufpassen, wer sich über diese Debatten am Rande – für mich ist das kein Anlass zur Heiterkeit – die Hände reibt. Der Union kann doch nichts Besseres passieren, als dass es zu einer solchen Absplitterung und einer solchen Parteiengründung kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Drittens. Deshalb brauchen wir auch mehr Zeit für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Ich bin Gerhard Schröder dafür dankbar, dass er heute die

Punkte aufgezählt hat, über die endlich mit dem Gegner eine harte Auseinandersetzung geführt werden muss.

(Beifall)

Ich weiß: Es gilt als unsozialdemokratisch – aber in den Statuten ist es nicht verboten -, dass man Erfolge der eigenen Regierung auch lobt, anerkennt und nach außen vertritt.

(Beifall)

Weil in dem Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit die Rede ist, hätte ich noch einen Vorschlag für ein Thema, das sich in Bezug auf die Frage eignet, dass die Kleinen belastet und die Großen nicht herangezogen werden, ein Thema, das etwas an die Seite gerückt ist. Ich meine die explodierenden und mich empörenden Zunahmen der Höhe der Vorstandsvergütungen in den großen Unternehmen.

(Beifall)

Menschen, die nicht müde werden, ihren Mitarbeitern das Maßhalten zu empfehlen, nehmen es ohne weiteres hin, dass ihre Bezüge in vier Jahren um 300 Prozent steigen. Ein Spitzenmann geht mit einer Gesamtvergütung von 11 Millionen Euro nach Hause. Ich möchte darum bitten, dass wir auch das thematisieren, und ich lade unsere Gewerkschaftskollegen dazu ein, dass sie ebenfalls, auf dem Weg über die Mitbestimmung, das Thema der ungerechten Belastung aufgreifen.

(Beifall)

Wenn es nach allen Geschäftsordnungen gehen würde, hätte ich schon längst aufhören müssen. Aber lasst mich noch eine kurze Bemerkung machen.

(Beifall)

Der vierte Punkt. Ich bin von Hause aus ein nüchterner Jurist; das wisst ihr. Aber ich habe in dieser Partei auch immer eine Vision vor Augen haben wollen, die Vision eines gerechten, menschlichen und lebenswerten Deutschland. Aber ich glaube, es ist – so wie du es am Ende deiner Rede getan hast – höchste Zeit, auch eine andere Vision konkret ins Auge zu fassen: Das ist die Vision einer gerechten Weltordnung, in der die empörende Ungleichheit in der Verteilung von Macht und Wohlstand Schritt für Schritt überwunden wird. Nur so ist der Frieden zu sichern.

(Beifall)

Wenn das nicht gelingt, dann ist es – deswegen habe ich dich ja angesprochen – mit militärischen Mitteln nicht zu leisten. Lassalle hat einmal gesagt, für ihn ist das wichtigste Reformmittel: One man, one vote. - und er hat ja Recht gehabt. Überträgt das für einen Moment einmal auf den Weltmaßstab. Rechnet durch, dass die Industriestaaten ganze 20 Prozent der Welt repräsentieren, die Amerikaner 4,6 Prozent, wir Deutschen knapp 1 Prozent – wenn alle die eigene Liste wählen. Knüpft an das an, was Willy Brandt als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission uns

so deutlich vor Augen geführt hat, und greift die Gedanken auf, die auch Gerhard Schröder in seiner Rede so deutlich angesprochen hat.

(Beifall)

Jetzt noch ein Wort an dich, lieber Franz. Dabei zögere ich als Pedant etwas, denn die Wahl steht ja noch bevor. Für diesen nicht ganz unwahrscheinlichen Fall sage ich: Lieber Franz, ich kenne dich lange Zeit. Du hast einmal – das hat mich fast etwas stolz gemacht – irgendwo gesagt, du hättest bei mir gelernt. Das bedarf noch der Auslegung; bei mir kann man unter Umständen auch schwierige Dinge lernen, zum Beispiel Wiedervorlagen und solchen Kram.

(Heiterkeit)

Aber ich habe das gern gehört. Ich sage dir, Franz: Ich traue dir zu, dass du gemeinsam mit Gerhard Schröder deinen Teil an der großen Aufgabe bewältigt, einer der größten in der Geschichte unserer Partei seit 1949, die jetzt vor uns und besonders vor euch beiden liegt, auch – da braucht ihr jetzt nicht zu klatschen – weil du in meinen Augen, lieber Franz, im guten Sinne etwas altmodisch bist. Gerade deshalb bist du glaubwürdig und auch belastbar. Du bist Sauerländer. Ich bin von der Abstammung her Altbayer; mein Geburtsort liegt ein bisschen außerhalb. Man sagt diesen beiden Landsmannschaften nach, dass deren Menschen gerade heraus sind, dass sie manchmal rau sind, aber dass sie herzlich sind und dass man sich auf sie verlassen kann. Das ist schon ein gewaltiges Kompliment, lieber Franz.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, heute haben wir den 21. März 2004. Ich weiß nicht, ob der Termin für den heutigen Sonderparteitag mit Absicht so gewählt wurde; denn heute haben wir Frühlingsanfang. Das sollte auch im übertragenen Sinne gelten. Vergesst nie: Diese Partei hat schon schwerere Stürme durchgestanden und schwerere Proben bestanden.

Lieber Franz, vielleicht darf ich dich jetzt einmal etwas ausführlicher, als du das in Bochum gesagt hast, zitieren: Franz Müntefering ist gut, Gerhard Schröder ist gut, Benneter wird auch gut,

(Heiterkeit)

die deutsche Sozialdemokratie wird wieder gut und unser Land, unser Deutschland, muss auch in Zukunft gut bleiben. Ich danke euch.

(Lang anhaltender Beifall)

Matthias Platzeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans-Jochen Vogel. – Eigentlich ist schon alles gesagt. Trotzdem werden wir jetzt mit der Debatte fortfahren.

Liebe Genossinnen und Genossen, allerdings müssen wir ab jetzt auf die Uhr schauen. Das sage ich nur der Vorsicht halber. Fünf Minuten waren vereinbart. In

diesem Teil der Aussprache werden wir nicht alle Wortmeldungen – es werden immer mehr – abarbeiten können. Wir wollen nämlich noch am Frühlingsanfang unseren neuen Parteivorsitzenden wählen. Deshalb lautet unser Vorschlag, die ersten fünf, die sich gemeldet haben, jetzt reden zu lassen. Danach wollen wir erst einmal fortfahren. Keine Wortmeldung wird untergehen, da wir im Fortgang der Veranstaltung die nächsten Wortmeldungen aufrufen werden. Ich glaube, es ist sinnvoll, so zu verfahren; denn sonst ist es bereits 16 Uhr, bis wir den ersten Debattenteil abgeschlossen haben.

Ich bitte jetzt Martin Schulz das Wort zu ergreifen. Brigitta Leitheiser aus Hessen-Nord bereitet sich bitte vor.

Martin Schulz, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, bei allem, was wir in den Reden von Gerhard Schröder und Hans-Jochen Vogel gehört haben, beherzige ich in meiner Rede nun den Satz, den Matthias Platzeck gerade gesagt hat: Es ist alles gesagt. Ein schöner Spruch ergänzt: Nur noch nicht von jedem. Ich will nichts wiederholen, aber bei Hans-Jochen anknüpfen.

Ab heute befinden wir uns im Wahlkampf. Heute ist gleichzeitig Frühlingsanfang. Lasst uns die Wahlkampagne für die europäischen Wahlen jetzt zum Blühen bringen. Ich will am 13. Juni 2004, am Wahlband, sagen können: Gerhard Schröder gut, Franz Müntefering gut, Benneter gut, die SPD gut und ihre Wahlergebnisse endlich auch wieder gut. Das gilt für die Europawahl, für die Landtagswahl in Thüringen und auch für alle anderen Wahlen.

(Beifall)

Ganz ohne Zweifel haben wir heute ein Aufbruchsignal nicht nur durch die Delegierten, die jetzt auf die Flure strömen, sondern durchaus auch durch das, was wir heute hier gehört haben, erhalten.

Genossinnen und Genossen, lasst mich als Spitzenkandidat unserer Partei für die Europawahl Folgendes sagen: Die Wahlauseinandersetzung, die wir mit der CDU/CSU zu führen haben, nennt sich Wahlkampf und nicht Wahlspaziergang. Wir müssen in einer kämpferischen Form klar machen, dass das, was Gerhard Schröder in seiner Rede beschrieben hat, in Brüssel jeden Tag geschieht. Es gibt nämlich ein Kartell von Neoliberalen und Neokonservativen in der Europäischen Union. Diese will im Windschatten einer so genannten Globalisierung und damit verbundenen Deregulierungsdebatte, wie sie das so schön nennt, nichts anderes als die Zerschlagung der sozialen Errungenschaften, für die Sozialdemokraten in allen Ländern Europas gekämpft haben. Dagegen muss man sich wehren.

Ein starkes Europäisches Parlament - der Bundeskanzler hat zum Beispiel die Fusionskontrollrichtlinie genannt – kann dabei helfen. Deshalb bitte ich insbesondere die Genossinnen und Genossen in den Gewerkschaften: Wenn am 13. Juni 2004 die Sonne scheint, dann fährt mit Tante Mathilde nicht an den Wannensee. Sagt: Wir brauchen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, die diesen Angriff der Neoliberalen auf den Sozialstaat abwehren können.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe eine zweite Bitte an euch, die ich aus tiefer innerer Überzeugung und übrigens auch im Namen aller meiner Kolleginnen

und Kollegen und den Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste vortrage. Als deutscher Sozialdemokrat habe ich auf internationaler Ebene etwas erleben können, worauf ich als Europäer, der frei von jeder nationalistischen Anwendung ist, stolz bin. An dem Tag, an dem Gerhard Schröder den Vorsitz der SPD an Franz Müntefering abgibt, möchte ich das diesem Parteitag sagen: Ich habe erlebt, dass die Europäerinnen und Europäer stolz auf die Deutschen und insbesondere auf die deutsche Sozialdemokratie waren, die unter der Führung dieses Parteivorsitzenden eines klar gemacht hat: Präventivkriege sind kein Mittel zur internationalen Konfliktlösung, wohl aber ein gewaltiger Beitrag zur Schaffung internationaler Probleme. Das darf man am Jahrestag des Kriegsbeginns auf diesem Parteitag ruhig einmal sagen.

(Beifall)

Ich glaube, dass diese Haltung der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Regierung ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Partei ist. Deshalb ist dies auch das einzige von dem, was wir bisher gehört haben, was ich in meinem Redebeitrag wiederholen wollte.

Wenn es eine Auseinandersetzung an den Wahlständen gibt und die Schwarzen mit ihrer populistischen Kampagne gegen den Türkeibeitritt kommen, dann sollten wir zwei Dinge im Auge behalten – Roland Koch lässt grüßen -: Es geht ihnen nicht darum, eine sachgerechte Debatte über die Frage zu führen, ob und ab wann die Türkei in die Europäische Union gehört. Denen geht es nur um eines: In populistischer Manier sollen die Bevölkerungsgruppen in diesem Land aufeinander gehetzt werden. Dagegen müssen wir kämpfen. Das sind wir auch unserer Selbstachtung schuldig.

(Vereinzelt Beifall)

Ein zweiter Punkt, den wir dagegensetzen sollen und können: Wenn es am 13. Juni 2004 bei der Europawahl schon eine Volksabstimmung gibt, dann lasst sie uns zu einer Abstimmung über die internationale Politik der Europäischen Union machen, die sich an einer von deutschen Sozialdemokraten vorangetriebenen Verfassung orientiert. Es geht um das Modell der deutschen Sozialdemokraten für die Friedenspolitik. Militärische Optionen dürfen nicht im Vordergrund der internationalen Politik stehen. Wer nicht will, dass deutsche Soldaten in den Krieg geschickt werden, der hat am 13. Juni 2004 sehr wohl die Möglichkeit zu einer Volksabstimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich bitte euch noch einmal: Dafür müssen wir kämpfen. Kampf findet gemeinsam und in der Solidarität aller mit allen statt. Alle Europaabgeordneten sind ganz sicher bei jeder Kommunalwahl, jeder Landtagswahl und jeder Bundestagswahl bereit, allen Kandidatinnen und Kandidaten ihre Unterstützung zu geben. Wenn alle Kommunalpolitiker, alle Landtagsabgeordneten und alle Bundestagsabgeordneten in den nächsten Wochen mit uns in den Wahlkampf ziehen, dann werden wir die Europawahl gut bestehen. Dazu fordere ich euch auf.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Matthias Platzeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ehe Brigitta Leitheiser zu uns spricht, möchte ich in der Begrüßung von lieben Gästen fortfahren. Ich freue mich, drei Frauen begrüßen zu können. Ich begrüße ganz herzlich Doris Schröder-Köpf, Anke-Petra Müntefering und die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung Anke Fuchs. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Es bereitet sich bitte Otto Gräber vor.

Brigitta Leithäuser, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen, es wird jetzt leider wieder etwas kritisch. Mit den Reformen wurde endlich der richtige Schritt in die Zukunft getan. So oder ähnlich lobten Wirtschaftslobbyisten die neue Linie der Partei. Natürlich wissen auch unsere neoliberalen Genossinnen und Genossen, dass weite Teile der Bevölkerung, vor allem diejenigen mit Niedrig- oder gar keinem Lohn, sich gegen Reformen – dies bedeutet dem Duden nach: Verbesserung des Bestehenden - wehren.

Ebenso die in den Augen dieser Genossinnen und Genossen verstockten Gewerkschaften und unabhängigen Wirtschaftswissenschaftler lassen nichts unversucht, die neuen Gesetze in den Dreck zu ziehen, ganz zu schweigen von unseren Linken und den Undankbaren, die ihr Parteibuch zurückgegeben haben.

Aber Opposition und Wirtschaft reicht es immer noch nicht. Neue Forderungen landen auf den Tischen unserer Regierung. Mutige Reformer sollten sich nicht abhalten lassen. Nur keine halben Sachen und keine Befindlichkeiten! Eine Rosskur ist angesagt. Nehmen wir doch einfach die Rezepte aus der Vergangenheit! Sie haben Deutschland einst zu Macht und Reichtum geführt. Gerade das Kapital, dieses flüchtige Wild, wird dann dankbar wieder bei uns Wurzeln schlagen.

Also: weg mit den Tarifverträgen! Der Unternehmer soll bei seinen Entscheidungen freie Hand haben. Er allein bestimmt, wann, wie lange und zu welchem Lohn gearbeitet wird. Irgendwie muss die Wirtschaft ja wieder auf die Beine kommen.

Weiter: Zahlungen in die Sozialversicherungen sinken auf einen Minimalbeitrag! Jeder, der arbeitet, muss schließlich auch Verantwortung für sich übernehmen. Die Gründung einer Ich- bzw. Familien-AG bietet die Möglichkeit, Frau und Kinder mitarbeiten zu lassen. Das hat den gewünschten Nebeneffekt, dass die Geburtenrate steigt; denn Armut hat viele Kinder. Auch wenn wir immer mehr Suppenküchen und Siechenhäuser brauchen: Für die Leistungsträger unseres Landes gibt es dann endlich wieder einen Platz an der Sonne.

Zunächst aber sind die Langzeitarbeitslosen dran. Mit Hartz IV entsteht der Eindruck, dass Erwerbslosigkeit gar nicht überwunden, sondern billiger gemacht und statistisch bereinigt werden soll. Jede dritte Bezieherin von Arbeitslosenhilfe - natürlich auch einige Bezieher - wird in Zukunft gar kein Geld mehr erhalten. Alle anderen sinken auf Sozialhilfeniveau. Damit ist der Ausstieg aus dem gesellschaftlichen Leben

vorprogrammiert. Ich weiß, wovon ich rede; denn ich war selbst lange genug langzeitarbeitslos. - Ich habe auch gar nichts gegen eine Vermittlung, die Fähigkeiten und Kenntnisse und die Neigungen, die man mitbringt, berücksichtigt. Aber künftig müssen ungesicherte Jobs für ein paar Euros ohne soziale Absicherung akzeptiert werden. So sollen Erwerbslose zur Aufnahme jeder Arbeit zu jedem Preis gefügig gemacht werden. Andernfalls drohen finanzielle Sanktionen. Schon jetzt können viele Menschen von ihrem Arbeitslohn nicht mehr existieren und brauchen ergänzende Sozialhilfe. Demnächst werden wir uns dann auch noch mit den Problemen eines Heers rechtloser Tagelöhner auseinandersetzen müssen. Hieß es nicht einmal: Arbeit soll sich wieder lohnen?

Vorsitzender Matthias Platzeck: Liebe Brigitta, du hast die Redezeit jetzt schon weit überschritten.

Brigitta Leithäuser, Hessen-Nord: Ich komme jetzt auch zum Ende. – Solange unsere Regierung immer wieder nur auf Wirtschaftswachstum und Wettbewerb setzt, sorgt sie für ihren eigenen Untergang. Der Hinweis – dann wird das alles noch viel schlimmer werden –, ist nichts anderes als die Wahl zwischen einem oder zwei amputierten Beinen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe Angst um unsere Partei. Ich habe Angst, dass all das den Bach heruntergeht, wofür die SPD einmal stand. Wollen wir es wirklich so weit kommen lassen?

Matthias Platzeck, Tagungspräsidium: Danke schön. – Es spricht jetzt zu uns Otto Gräber. Als letzter Redner in diesem Debattenblock bitte ich Michael Müller, sich vorzubereiten.

Otto Gräber, AG 60plus: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Gerd, ich danke dir und wünsche dir weiterhin viel Mut und Kraft, Friedenskanzler zu bleiben. Danke sage ich für mich persönlich und für unsere AG 60plus.

Die Lasten, die sich durch den demographischen Wandel und durch den sich ständig verändernden Wirtschaftskreislauf ergeben, müssen zwischen den Generationen gerecht verteilt werden. Was das konkret bedeutet, kann zwar im Einzelfall umstritten sein. Es ändert aber nichts an dem Prinzip der Solidarität.

Ich will und muss heute die Gelegenheit nutzen, im Hinblick auf ein erweitertes Europa einige gravierende Wünsche, ja Forderungen an uns, an die sozialdemokratische Politik in und für Europa zu stellen. In aller Kürze: keine Altersdiskriminierung, ein soziales Europa, also keine soziale Ausgrenzung, keine Zweiklassenmedizin, das Grundrecht auf ein materiell gesichertes Alter, Einführung einer einheitlichen Grundsicherung, keine Altersarmut, europaweite Standards für eine menschenwürdige Pflege und Beseitigung von Mobilitätshindernissen für ältere Menschen, nicht zuletzt eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft. Wir treten für ein starkes und solidarisches Europa ein.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir gehen gemeinsam, jung und alt, Hand in Hand in die Wahlkämpfe nach der Devise: Jetzt erst recht. - Danke an Franz, danke an Olaf. Dir, lieber Franz, ein freundschaftliches Glückauf.

Ich danke.

(Beifall)

Matthias Platzeck, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Otto. – Als letzter Redner Michael Müller.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich sehe in dem Schritt, den wir heute machen, ein Signal für die Teamfähigkeit der SPD. Dieser Schritt hat nicht nur damit zu tun, dass Gerd und Franz jetzt sozusagen eine Doppelspitze bilden. Es ist auch eine Aufforderung an die gesamte Partei, in einer schwierigen Zeit enger zusammenzurücken. Das ist das Signal und dieses Signal müssen wir deutlich machen, um gemeinsam schwierige Beschlüsse zu vertreten, auch Beschlüsse, bei denen der eine oder andere Bedenken hat, die wir aber brauchen, um das Gesamtableau des sozialdemokratischen Profils zu verdeutlichen. Es ist aus meiner Sicht ein Schritt in Richtung Teamfähigkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie in einer schwierigen Zeit. Diesen Schritt müssen wir hoch ansetzen. Wir dürfen ihn nicht kleinreden.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir in einer Situation sind, in der die Sozialdemokratie weiter dramatisch unten bleiben kann. Wir haben aber die große Chance, eine ganz neue Epoche sozial zu gestalten. Wir können sie aber nur sozial gestalten, wenn wir ein Mindestmaß an Geschlossenheit und Selbstbewusstsein haben und einen gemeinsamen Weg nach vorn. Ich bitte euch alle, zu erkennen, in welcher Situation wir uns befinden. Das letzte Jahrzehnt war, wie John le Carré es gesagt hat, geprägt von gewaltiger Genusssucht und unglaublicher Ignoranz in der Welt. Die Substanz ist aufgezehrt worden. Jetzt spüren wir überall die Folgen dieser dramatischen Veränderung. Die Realität ist: In Deutschland ist die soziale Marktwirtschaft mehr oder weniger an den Rand gedrückt. Wir müssen sie erst neu erkämpfen. Deshalb dürfen wir nicht die Schlachten von gestern führen, sondern wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, die soziale und ökologische Marktwirtschaft erst wieder herzustellen. Das ist unsere Aufgabe. Lasst uns bitte gemeinsam nach vorne gucken und nicht die Schlachten von gestern und vorgestern führen! Das hilft uns nicht weiter, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Was ist passiert? In den 90er-Jahren wurde alles Mögliche globalisiert. Es wurden die Märkte globalisiert, die Finanzinstitutionen, die Mode, die Glaspaläste, die Medien. Vor allem wurden Umweltgefahren und neue Krankheiten globalisiert, nicht zuletzt auch Gewalt. Was aber nicht globalisiert wurde, ist das Wichtigste, nämlich die soziale Demokratie. Ich sage: Die historische Aufgabe der SPD ist es, in Deutschland und Europa dafür zu kämpfen, dass die Idee der sozialen Demokratie wieder zum entscheidenden Maßstab der Politik wird, und zwar nicht nur im deutschen und europäischen Interesse, sondern, wie Hans-Jochen Vogel es zu Recht angesprochen hat, für eine friedliche Weltordnung.

Die Frage Irak und die Frage unserer innenpolitischen Reaktionen sind eine Einheit; denn es geht um eine sozial gerechte Welt, für die wir antreten und gemeinsam kämpfen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, durch die Demontage der Politik, vor allem durch die Demontage der Idee der sozialen Demokratie haben wir weltweit heute Krisen und Erschütterungen. Wenn wir uns dieser Entwicklung nicht anpassen wollen, dann müssen wir einen neuen Fortschritt auf der Basis der Idee der sozialen Demokratie begründen.

Lasst mich sagen: In einer solchen Situation hilft nicht die Anpassung an wirtschaftliche Zwänge, sondern indem man selbstbewusst für das Eigene kämpft.

Deshalb sage ich im Zusammenhang mit einem ganz aktuellen Punkt: Wir müssen auch weiter für die Idee, Arbeit und Umwelt miteinander zu verbinden, eintreten.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zurückfallen, beispielsweise beim Thema der ökologischen Modernisierung. Das ist ein Thema des Fortschritts. Deshalb ist es auch unser Thema und nicht das Thema irgendeiner anderen Partei, ganz im Gegenteil.

Ein ganz wesentlicher Punkt der Zukunft wird nicht nur die Frage der sozialen Gerechtigkeit sein, sondern auch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wenn wir beides miteinander verbinden – das ist ja die große Leitidee von Willy Brandt, von Gro Harlem Brundtland und anderen -, dann ist die Sozialdemokratie diejenige Partei, die in der Welt Spuren für eine friedliche, für eine gerechte, für eine partnerschaftliche Welt hinterlässt. Genau das ist unsere Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

(Beifall)

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich bitte jetzt die Mandatsprüfungs- und Zählkommission um ihren Bericht.

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Mandatsprüfungskommission hat getagt. Ich kann euch Folgendes mitteilen: Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen.

Anwesend sind 464 Delegierte und 44 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 229 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 45 Prozent.

(Beifall)

Damit ist die Quote erfüllt.

Die älteste Delegierte ist mit 79 Jahren Gisela Menke aus dem Bezirk Hannover.

(Beifall)

Der jüngste Delegierte ist mit 18 Jahren Stephan Renner aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Damit ist der Parteitag beschlussfähig.

Ich wünsche dem Parteitag einen guten Verlauf.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Ich darf dir ganz herzlich danken. – Bevor ich das Wort an Franz Müntefering gebe, möchte ich noch einige Gäste begrüßen, darunter Klaus Staeck, Oskar Negt und den FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz.

(Beifall)

Liebe Genossen und Genossinnen, ich darf jetzt um seine Rede bitten den Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und, wie ich wohl sagen darf, zukünftigen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Franz Müntefering.

(Beifall)

Rede Franz Müntefering

Franz Müntefering, Vorsitzender der Bundestagsfraktion: Liebe Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich war am Sonntag der vergangenen Woche in Jemgum; das liegt im Friesischen. Wir haben dort Joke Even besucht. Er war gerade 98 Jahre alt geworden und seit 80 Jahren Mitglied der deutschen Sozialdemokratie. Ich soll euch schön grüßen von ihm.

(Beifall)

Wir haben ihn geehrt, einige Hundert waren dabei. Wir haben geredet. Er ist sehr wach und sehr interessiert. Er hat sich alles angehört und zum guten Schluss zu mir gesagt: Du, das war schon immer so, es ging immer rauf, es ging immer runter, hin und her, wir schaffen das!

(Beifall)

So ist das, liebe Genossinnen und Genossen: Wir schaffen das, wenn wir ehrlich sind und die Situation, in der wir uns befinden, ehrlich und nüchtern beurteilen, wenn wir kämpfen, wenn wir nicht glauben, dass sich die Dinge von alleine zum Guten wenden, und wenn wir uns unterhaken, liebe Genossinnen und Genossen. Dann werden wir das schaffen. Das ist eine große Aufgabe für uns in Deutschland und für die SPD.

Unsere Zeit steckt allerdings wie kaum eine andere voller Möglichkeiten zum Guten und zum Bösen. Das ist ein Wort von Willy Brandt. Die Geschichtsgläubigkeit aus dem Anfang unserer eigenen Geschichte ist längst weg. Wir wissen, dass sich die Dinge nicht automatisch zum Guten wenden. Wir wissen, dass es auch schief gehen kann. Wir wissen aber, dass sich die Anstrengung lohnt und dass das simple Wort gilt: Es passiert nichts Gutes, außer man tut es. Das wissen wir Sozialdemokraten.

Deshalb will ich an dieser Stelle erneut Willy Brandt zitieren: Nichts kommt von selbst und nur wenig ist von Dauer. Darum besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe sein muss, wenn Gutes bewirkt werden soll.

Darum geht es, liebe Genossinnen und Genossen: dass die deutsche Sozialdemokratie auf der Höhe der Zeit ist. Da geht es erstens um die Frage des Sich-ehrlich-Machens, um die Frage, wie es denn eigentlich um die Politik, um die Gesellschaft in Deutschland, in Europa und in der Welt steht.

Die Welt ist kleiner geworden. Es gibt nicht nur *eine* Antwort. Die Antwort muss aber gegeben werden. Die Globalisierung führt dazu, dass es Wohlstand gibt, dass es Freizügigkeit gibt, dass es an manchen Stellen in der Welt mehr Demokratie gibt. Aber diese Globalisierung führt auch zur Dominanz der internationalen Kapitalmärkte, sie reduziert die Handlungsmöglichkeit der nationalen Regierungen.

Marion Gräfin Dönhoff hat in einem ihrer letzten Artikel geschrieben: Ihr müsst den Kapitalismus zivilisieren. - Darum geht es, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht darum, dass wir alle uns bewusst sind und entsprechend handeln, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Das ist sozialdemokratische Position in Deutschland und international.

(Beifall)

Weil das so ist, sage ich auch ein Wort an die deutsche Unternehmerschaft. Viele von denen leisten Gutes und Großes. Wir haben in Deutschland gute Unternehmer. Aber denen, die uns in diesen Wochen und Monaten begegnen, die uns sagen, wenn überhaupt noch Steuern in Deutschland gezahlt werden müssen, dann hauen wir ab, sage ich: Liebe Leute zur Unternehmermoral und zur Ethik gehört auch, dass Unternehmen, die mit den Menschen groß geworden sind, an dem Standort, wo sie sind, die mit den Menschen reich geworden sind, dann, wenn Gegenwind herrscht, nicht für 2,50 Euro weglaufen, sondern auch in Zukunft für die Menschen an ihrem Standort Arbeitsplätze anbieten!

(Beifall)

Die Idee der Globalisierung und die Idee, dass die Welt eine Stadt ist, ein Dorf ist, ist Sozialdemokraten nicht neu. Wir waren immer Internationalisten. Auf dem Parteitag in Heidelberg im Jahre 1925 lautete das große Thema, wie denn die Welt ihre eigene Ordnung finden kann. Die Idee der deutschen Sozialdemokratie war schon damals:

Es muss so etwas wie eine Weltregierung geben, jemanden, der – demokratisch legitimiert – die Welt lenkt.

Davon, liebe Genossinnen und Genossen, sind wir weit entfernt, was die ökonomischen, aber auch was die Friedensfragen angeht. Weil das so ist, war es im letzten Jahr eine so wichtige Entscheidung, die Gerhard Schröder und die deutsche Sozialdemokratie getroffen haben, als es um den Irak ging. Wir haben uns gefragt: Kann das sein und soll das sein? Gerhard Schröder und alle miteinander haben gesagt: Wir wollen das nicht mehr. Wir wollen nicht mehr, dass in Zukunft in der Welt der mit den dicksten Muskeln entscheidet, wann und wo und wie es Krieg gibt. Das soll so nicht mehr sein, liebe Genossinnen und Genossen!

Wir müssen uns ehrlich machen, was die Situation des Sozialstaates angeht. Der deutsche Sozialstaat ist über Jahrzehnte und Jahrhunderte erkämpft worden, und zwar in Antwort auf den nationalen Kapitalismus. Diesen nationalen Kapitalismus aber gibt es nicht mehr. Es gibt jetzt die globale Fabrik: Die Zeichnung wird in Indien gemacht, das eine Zubehörteil wird in der Tschechischen Republik hergestellt und zusammengebaut wird das Ganze in Deutschland - um dann zu sagen: Made in Germany. Die globale Fabrik also ist da. Überall auf der Welt wird international zusammengearbeitet. Wir als Partei müssen lernen, diese Thematik der internationalen Zusammenhänge, der Globalisierung auf unsere Tagesordnung zu setzen. Es sind noch zu viele im Lande, die glauben, man könne für Globalisierung sein oder dagegen. Das geht aber nicht mehr. Wir werden nicht einen Graben um Deutschland ziehen und unseren eigenen Wohlstand retten können. Nein, wir müssen internationale Politik machen und uns bewusst sein, dass unser eigener Wohlstand davon abhängig ist, ob wir diese internationale Politik erfolgreich mitgestalten. Darum wird es gehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das muss auf unsere Tagesordnung: lebenslanges Lernen auch für die Partei!

(Beifall)

Es ist nicht mehr so wie vor 50 Jahren und auch nicht mehr so wie vor 30 Jahren. Wenn wir vom europäischen Sozialstaatsmodell reden, dann meinen wir zu oft: Hoffentlich bleibt unser eigenes. - So wird es nicht sein: auf der ganzen Welt sind die ökonomischen Zusammenhänge vollkommen anders als noch vor 30 Jahren und wir behalten dennoch unseren eigenen Sozialstaat.

Deshalb müssen wir uns ehrlich machen, wie die Zusammenhänge wirklich sind. Ich will dafür sorgen, dass das auf die Tagesordnung kommt und wir dazu eine intensive Debatte führen. Wir alle haben in dieser Frage Nachholbedarf.

(Vereinzelt Beifall)

Das Thema hängt zusammen mit Europa: Martin Schulz hat auf die Europawahl am 13. Juni hingewiesen. Wenn wir eine Chance sehen, in dieser globalisierten Welt unsere politischen Positionen zu bestimmen und umzusetzen, dann in diesem Europa. Dieses Europa ist die größte historische Leistung der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts.

(Beifall)

Seit bald 59 Jahren gibt es hier in Europa Frieden. Das war, wie man feststellt, wenn man in die Geschichtsbücher schaut, fast noch nie der Fall. Und wenn es in den letzten 59 Jahren nicht Frieden gegeben hätte, würden wir heute in Berlin nicht über das reden, was uns heute bewegt. Dieses Europa ist die Wohlstandsregion, in der wir unseren nationalen Wohlstand sichern können. Kein Land wird seinen Wohlstand auf Dauer alleine halten können. Das wird nur zusammen in dieser europäischen Gemeinschaft gehen.

Deshalb, Martin, kannst du dich darauf verlassen: Wir helfen dir in diesem Wahlkampf. Wir helfen den Genossinnen und Genossen, die für Europa antreten. Aber das wird nicht einfach so mal nebenher gelingen. Noch heute gehen in Deutschland viele Gesichter runter, wenn man in Sachen Wahlkampf das Wort „Europa“ in den Mund nimmt. Manche glauben noch, das sei eher Last als Möglichkeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen dafür stehen und den Menschen begreifbar machen: Europa ist eine große Chance, die einzige Chance. Wer will, dass Deutschland dauerhaft Wohlstandsland bleibt, muss wollen, dass dieses Europa zusammenfindet und eine Region des Wohlstandes wird.

(Beifall)

Manche von den Konservativen haben geglaubt, dieses Thema gehöre ihnen. Das ist aber nicht so. Dieses Europa ist, auch wenn die Konservativen an vielen Stellen über Jahrzehnte regiert haben, bestimmt von der sozialdemokratischen Idee. Das war die Idee, mit der die Sozialdemokraten in Deutschland und anderswo in Europa im vergangenen Jahrhundert angetreten sind. Diese Grundidee des sozialdemokratischen Sozialstaatsmodells wollen wir auch im Europa der Zukunft. Dieser Sockel sozialdemokratischer Überzeugung darf nicht verloren gehen.

(Beifall)

Dieses Europa gehört nicht den Konservativen. Das haben sie noch am letzten Sonntag lernen müssen. Das ist auch gut so. Deshalb auch von hier aus noch einmal herzlichen Glückwunsch an José Luis Zapatero, an die spanischen Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Manche noch werden sich an Mannheim 1975 erinnern – es hat manchmal auch einen Vorteil, wenn man älter ist -, als Felipe González als junger Bursche, sozusagen an der Hand von Willy Brandt, aufgetreten ist, zu einer Zeit, als die Diktatur im Süden und Südwesten Europa kaum vorbei war. Als andere Konservative hier in Deutschland an der Seite der Diktatoren gestanden haben, waren die Sozialdemokraten in Deutschland an der Seite der demokratischen Bewegung in Spanien und Portugal.

(Beifall)

Darauf sind wir stolz und das soll auch so bleiben.

Wir müssen uns ehrlich machen, was das Wachstum angeht. Das ist ein Problem, was sich in diesen Wochen überall findet, wenn ich mit meiner Altersklasse – den 55- bis 70-Jährigen - diskutiere. Wir haben über Jahrzehnte gelernt, dass es in Deutschland ein Naturgesetz gibt: immer Wachstum. So sind wir groß geworden. Es gab Zeiten mit 6 Prozent Wachstum, es gab auch mal 3 und 2 Prozent Wachstum. Aber wenn das Wachstum unter 1 Prozent zu sinken drohte, haben wir öffentliche Mittel genommen und Konjunkturprogramme gemacht. Die Wertschöpfung, die wir dadurch hatten, haben wir nicht zur Tilgung der Schulden genommen, sondern wir haben das Geld verteilt. So ging das. Bis in die letzten Jahre hinein – das sage ich selbstkritisch zu uns – haben wir in der Hoffnung auf Konjunktur die Strukturprobleme liegen lassen. Als die anderen europäischen Länder – Skandinavien, die Niederlanden - unterwegs waren und ihre Sozialsysteme überprüft haben, standen wir daneben und haben uns gefragt: Wieso machen die sich eine solche Arbeit, warum dieser Ärger? Es wird schon ohne gehen. – Nein, es geht nicht ohne, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind spät dran. Über drei Jahre gab es kein Wachstum. Dass es in Zukunft immer wieder Wachstum gibt, ist keine Selbstverständlichkeit. Wir werden darum kämpfen müssen, dass es Wachstum gibt. Das ist die schlichte Wahrheit.

(Beifall)

Wir müssen uns ehrlich machen, was mit demographischer Entwicklung zu tun hat. Es ist wichtig, dass man zunächst einmal feststellt: Die demographische Entwicklung ist keine Krankheit, sondern ein großer Fortschritt. Wir leben länger; das ist schön. Auch das muss man einmal ehrlich sagen dürfen.

(Beifall)

Aber dabei spielt nicht nur eine Rolle, dass wir zu wenig Rente zahlen, sondern auch, dass wir in Deutschland zu wenig Kinder und zu wenig Arbeit haben. Die Frage, wie die Alterssicherung morgen aussehen wird, hängt mit den hier skizzierten Faktoren zusammen. Wir haben uns in den letzten Wochen – auch in der Bundestagsfraktion – wieder die Köpfe heiß geredet, ob denn das Rentenniveau im Jahre 2020 und im Jahre 2030 bei 46 Prozent oder 43 Prozent liegen soll. Das war eine tolle Diskussion, vor allen Dingen war sie sehr lange. Wir haben auch, wie ich glaube, eine ordentliche Antwort gefunden. Offen geblieben ist aber die Frage: 46 Prozent von was? 43 Prozent von was? Wenn es Deutschland im Jahre 2030 gut geht, dann sind 43 Prozent mehr als 46 Prozent, wenn es Deutschland schlecht geht. Wir müssen dafür sorgen, dass es gut bleibt. Um diesen Ansatz geht es.

(Beifall)

Wir müssen uns ehrlich machen, was die öffentlichen Kassen angeht. Die sind leer, liebe Genossinnen und Genossen, in Bund, Ländern und Gemeinden. Ein Politiker sagt das nicht gern, weil das den Eindruck erweckt, man habe nichts mehr zu tun. So ist es nicht. Aber viel zu verschenken gibt es auch nicht.

Deshalb muss man an dieser Stelle ehrlich sein und deutlich sagen, damit kein Missverständnis entsteht: Es gibt weder Geld im Keller noch auf dem Dachboden, das man holen könnte. Diese Dinge sind leer. Deshalb muss man sagen, was geht

und was nicht geht. Wer da etwas Falsches andeutet, der versündigt sich dem gegenüber, was man Menschen sagen darf, nämlich ihnen Hoffnung machen, die es so nicht gibt. Deutschland ist ein reiches Land. Wir sind stark. Wir müssen uns anstrengen. Wir müssen neue Impulse schaffen.

Wir müssen uns ehrlich machen, was den Terrorismus angeht, der sich international verbreitet, liebe Genossinnen und Genossen. Wir ducken uns in Deutschland nicht weg. Der internationale Terrorismus ist eine Geißel, eine große Seuche dieser Zeit.

Alle Demokratinnen und Demokraten müssen beieinander stehen und das, was in diesem Land menschenmöglich ist, in diesem Land und international tun. Ich danke Otto Schily. Otto, wir vertrauen darauf: Du machst das richtig und gut, du machst das, was nötig ist, unaufgeregt, aber konsequent. Wir verlassen uns auf deine Politik.

(Beifall)

Ich will, liebe Genossinnen und Genossen, auch Peter Struck und der deutschen Bundeswehr Dankeschön sagen. Soldatinnen und Soldaten sind in der Welt unterwegs, in Afghanistan, auf dem Balkan, und helfen mit, damit Krieg unterbunden wird, damit Demokratie möglich ist. Es ist ein stolzes Stück deutscher Sozialdemokratie, die diese Politik mit zu verantworten hat. Dankeschön an die Soldatinnen und Soldaten, die für uns in der Welt für Frieden und Freiheit unterwegs sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Um das Thema komplett zu machen: Dankeschön in Richtung Heide Wieczorek-Zeul. Wer Terrorismus bekämpfen will, muss ihm den Nährboden nehmen.

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, dass Armut, Hunger, Elend und Irritation in der Welt wegkommen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen menschenwürdig leben können. Wir müssen dafür sorgen, dass sie Zukunftschancen haben. Das ist die wichtigste Bedingung dafür, dass der Nährboden für Terrorismus ausgetrocknet wird, liebe Genossinnen und Genossen. Dann machen wir gute Politik.

(Beifall)

Zum Ehrlichmachen gehört, dass wir uns darüber klar sind, dass diese Gesellschaft in einer Phase der Orientierung ist, dass viele Sicherheiten, die es über Jahre und Jahrzehnte gegeben hat, so nicht mehr da sind und dass uns die Autoritäten fehlen, die Orientierung geben. Wir sind alle suchend. Das geht die Kirchen an, das geht die Verbände an, das geht die Gewerkschaften an, das geht uns als Partei an. Wohin geht der Weg in dieser Gesellschaft? Was sind die Werte, die die Grundlage unserer Politik sind und für die Zukunft sein müssen? Wie verstehen wir Erziehung? Was geben wir den jungen Menschen, den kleinen Menschen zwischen uns großen Menschen, mit auf den Weg? Was ist der gesellschaftliche Konsens als Basis für das, was wir tun? Bei all den Details, um die wir rauf und runter streiten, bei all den Gesetzen, die wir gemacht haben, bleibt eine Frage immer offen - das ist nicht nur etwas, was wir uns selbstkritisch anheften müssen; es ist eine Grundsuche in dieser Gesellschaft -: Wohin soll dieser Weg eigentlich gehen? Das hat ganz eng damit zu

tun, dass wir eine Kommunikationsgesellschaft, eine Informationsgesellschaft sind, in der es Mühsal macht, im Auge zu behalten, was wichtig und was weniger wichtig ist. Das ist kein Vorwurf an die Medien. Es ist gut, dass es alle diese Möglichkeiten gibt. Die Wahrheit ist, liebe Genossinnen und Genossen: Alles Wissen dieser Welt ist jederzeit von uns allen abrufbar. Aber auszusuchen, was davon wichtig ist und was in den Mülleimer gehört, das ist nicht so leicht. Die Frage, wer diese Orientierung gibt, das ist etwas, was man nicht mit Bundesgesetzen erledigen kann. Aber wir müssen als Partei auch über Dinge sprechen, die man nicht mit Bundesgesetzen erledigen kann. Wir müssen den Mut haben, in dieser Gesellschaft eine Debatte unter der Überschrift zu beginnen: Wohin soll die Reise gehen? Was ist soziale Marktwirtschaft heute?

(Beifall)

Ehrlich machen und kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen: Gerhard Schröder hat als Bundeskanzler die Agenda 2010 am 14. März des vergangenen Jahres im Deutschen Bundestag vorgestellt, Mut zum Frieden, Mut zur Veränderung. Nicht alle haben die Agenda ganz gelesen, auch nicht die, die sie nicht gut beurteilt haben. Wenn man sie liest, merkt man: Ein Stück ist beschlossen, anderes kommt. Irak und unser Verhalten in dieser Frage gehörte dazu. Das alles ist eins.

Wir haben heftig diskutiert. Wir tun das noch. Das ist gut so. Ich will keine ruhige Partei. Kontroverse ist gut. Wir müssen auch Streitkultur haben. Wir müssen uns an den Dingen reiben, wo die Antworten nicht gleich klar sind. Kompromiss und Entscheidungskraft sind aber auch gut, liebe Genossinnen und Genossen. Wir brauchen neben der Bereitschaft, über die Dinge zu sprechen und Kontroversen auszutragen, damit wir zu einer gemeinsamen Meinung kommen, auch die klare Vorstellung, das klare Bewusstsein: Wenn entschieden ist, muss man entschlossen und geschlossen handeln. Anders ist Politik nicht möglich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Keiner darf sich in die populistischen Büsche schlagen. Jeder von uns weiß etwas, was er nicht so gerne gemacht hätte oder noch machen muss. Wir alle wüssten schöne Stellen, wo wir uns bei vielen beliebt machen könnten, zum Beispiel bei den Rentnerinnen und Rentnern. Aber – es ist eben im Referat von Gerhard schon angeklungen – wir müssen meiner Generation und der älteren hier in Deutschland sagen: Wir müssen im Sinne der Generationengerechtigkeit dafür sorgen, dass es zwischen den Generationen stimmt. Das ist eine der ganz wichtigen Aufgaben. Die 8,5 Milliarden Euro, die wir in dieser Legislaturperiode für Ganztageeinrichtungen für unter Dreijährige und für Grundschulen an die Kommunen lenken, wären ein dicker Batzen in der Rentenversicherung gewesen. Wenn wir sie dorthin gelenkt und nicht freiwillig an die Kommunen für die Kleinen gegeben hätten, hätten wir uns in diesem Jahr viel Ärger ersparen können. Wir haben es nicht getan. Das war richtig. Wir müssen den Großvätern und Großmüttern sagen: Das, was wir machen, ist für eure Enkelkinder und letztlich auch dafür, dass Wohlstand und Alterssicherung auch in Zukunft in Deutschland finanzierbar bleiben. Was wir in die Köpfe und in die Herzen der Jungen investieren, das ist die entscheidendste Investition in diesem Land überhaupt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben auf zwei Parteitagen die Agenda 2010 beschlossen. Unsere Bundestagsfraktion hat daraus Beschlüsse und Gesetze gemacht. Ich habe am 14. März nach der Rede von Gerhard Schröder im Deutschen Bundestag als Fraktionsvorsitzender gesagt, Sie haben die volle Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion für diese Politik. Das gilt auch für die Partei.

(Beifall)

- Auch damals setzte das Klatschen etwas zögerlich ein. Nicht alle wussten genau, wie das gemeint war. Aber es ist so gemeint, wie ich es gesagt habe.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir müssen diese Politik gemeinsam hinbekommen.

Ich will, wenn ihr mich wählt, meinen Beitrag dazu leisten, dass soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle heute und in Zukunft in Deutschland möglich sind. Dafür will ich werben. Dafür will ich kämpfen. Gerhard Schröder und ich haben über diesen Vorgang gesprochen. Wir haben irgendwann gesagt: Was ist sinnvoll zu tun? Das heißt: Was ist nützlich für die Partei? Wir haben gewusst – und ich weiß es -: Es ist auch mit Risiken verbunden. Manche werden versuchen, Kerben zwischen uns zu schlagen. Das wird nicht gelingen. Aber die Chancen sind da. Die wollen wir nutzen. Ich sage dir, Gerhard, ein herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit in den bisherigen Jahren. Sie wird weitergehen. Du wirst Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein. Alles, was ich dafür tun kann, weit über das Jahr 2006 hinaus: Doris stimmt zu.

(Beifall)

Zuerst das Land, dann die Partei. Wie soll Deutschland im Jahre 2010 oder 2020 aussehen? Wo wollen wir hin? Wo holen wir die Menschen ab und wohin führen wir sie? Diese beiden Dinge muss Politik leisten, die Menschen bei den Sorgen, die sie haben, abholen – das tun wir -, Bescheid wissen, wo der Schuh drückt, aber auch zeigen, wohin der Weg gehen soll. Was wir erreichen müssen, was wir den Menschen signalisieren müssen, ist, dass wir über den Tag hinaus Politik für dieses Land machen. Wer ernten will, muss auch säen, auf sauerländisch: Man darf die Saatkartoffeln nicht verfüttern, man muss sie pflanzen. Darum geht es. Wir müssen daran denken, dass dieses Land Entscheidungen braucht, die weit in die Zukunft führen.

Da geht es um Innovationen, um die gesellschaftlichen und die technologischen. Wir wissen, dass wir einen bestimmten Anteil am Weltmarkt für Hochtechnologieprodukte brauchen und dass der nicht absinken darf. Wir wissen, dass in den 90er-Jahren in Deutschland an vielen Stellen von den Konservativen und von den deutschen Unternehmen zu wenig in die Zukunftsfähigkeit des Landes investiert wurde, zu wenig in Innovationen. Wir müssen alles dafür tun, dass wir mehr als bisher in diesen Bereich investieren. Wir haben den Haushalt von Edelgard Bulmahn in der letzten Legislaturperiode um 30 Prozent aufgestockt. Jetzt tun wir wieder etwas obendrauf.

Dafür gibt es, auch in der Partei, drei kurze Klatscher. Dann kommt der Hinweis auf die Pflegeversicherung. Ich verstehe das, aber das führt nicht weiter. Was wir im Bereich der Forschung, der technologischen Entwicklung, der Bildung, der Qualifizierung insgesamt investieren, bildet die Voraussetzung dafür, dass wir Wohlstandsland bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb müssen wir den Menschen sagen: Wir müssen eine Politik über das hinaus machen, was die heutige Zeit betrifft. Gegenwartsinteressen haben immer eine größere Lobby als Zukunftsinteressen. Aber wir müssen auch die Zukunft im Blick haben und müssen mutig genug sein, den Menschen zu sagen: Wir machen nicht nur eine auf das Jahr 2006 gerichtete Politik. Es ist eine Schwäche, die es in Demokratien immer gibt, dass man in Legislaturperioden denkt. Wir wollen natürlich 2006 wieder gewinnen; das ist klar. Trotzdem muss unsere Politik über das hinausweisen, was bis 2006 ansteht.

(Beifall)

Was wir heute in diesem Bereich investieren, das zahlt sich in zehn, 15 oder 20 Jahren aus. Aber die Tatsache, dass wir schon heute in Deutschland 70 000 oder 100 000 Menschen zu wenig haben, die als Ingenieure oder im naturwissenschaftlichen Bereich hinreichend ausgebildet sind, zeigt, wie leichtfertig wir mit dieser Frage umgehen. Wer für die Zukunft plant, der darf nicht nur die neuesten und größten Maschinen kaufen, der muss auch dafür sorgen, dass die Menschen, die er ebenfalls braucht, rechtzeitig Ausbildung und Qualifizierung erhalten.

(Beifall)

Das sind Aufgaben, die die Unternehmen betreffen, aber auch uns.

Auch 2010 und danach wollen wir einen Sozialstaat haben, der im Kern solidarisch finanziert bleibt. In den vergangenen Jahren haben wir die Diskussion erlebt, dass uns manche schnieken jungen Millionäre erzählt haben, dass man Alterssicherung über Aktien macht. Inzwischen sind sie alle viel ruhiger geworden. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen – daran führt kein Weg vorbei -: Die größte Sicherheit, das größte Gut, wenn es darum geht, die existenziellen Bedürfnisse der Menschen abzudecken, hat man, wenn Menschen für Menschen, Generationen für Generationen stehen. Es gilt nicht, dass, wenn jeder für sich sorgt, für alle gesorgt ist. Vielmehr müssen Menschen für Menschen und Generationen für Generationen stehen.

(Beifall)

Wir werden den Weg zur Bürgerversicherung gehen; er wird nicht leicht sein. Aber wir werden ihn gehen. Denn das ist die Alternative zu der Vorstellung, dass jeder, unabhängig von seinem eigenen Vermögen und seinem eigenen Einkommen, für sich selbst sorgt. Wir brauchen einen vernünftigen Mix zwischen der klassischen Finanzierung der Sozialsysteme über Beiträge, die von der Höhe des Einkommens abhängig sind, dem, was aus der Steuerkasse kommt, und dem, was der einzelne selbst beizutragen hat. Allen denjenigen, die sagen, man dürfe das alles nicht

machen, muss ich sagen: Leute, ihr müsst mir eines sagen: Wollt ihr, dass wir die Versicherungsbeiträge, den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeranteil, erhöhen? Wollt ihr, dass wir an der Stelle etwas aus dem Steuertopf nehmen und woanders her etwas zusätzliches Geld holen? Wie soll es denn, bitte schön, finanziert werden? – Wir müssen auch an der Stelle nah an die Realität heran.

Wir wollen in diesem Jahrzehnt erreichen, dass kein junger Mensch mehr von der Schule in die Arbeitslosigkeit geht.

(Beifall)

Wenn es einen großen strategischen Punkt in der Gesellschaft gibt, dann ist das der, wenn die jungen Menschen von der Schule abgehen, wenn es darum geht, was aus ihnen wird. Es geht darum, ob wir einem Teil von ihnen sagen: Du hast dich angestrengt; es hat nichts genutzt. Setz dich in die Ecke, kriegst Stütze, halt den Mund und stör uns nicht. Das ist das Schlimmste, was wir jungen Menschen antun können.

(Beifall)

Wer 22 oder 25 wird und niemals arbeiten musste, wer niemals morgens aufstehen und zur Arbeit gehen musste – auch wenn man keine Lust hat; wir haben ja nicht immer Lust, dort hinzugehen -, wer nicht Erfolg und Misserfolg auf der Arbeit erleben konnte, wer nicht mit anderen Menschen zusammen arbeiten gelernt hat – ich will es so einfach sagen -, der ist irgendwann für diese Gesellschaft verloren. Und die Kinder, die von da kommen – es klingt böse, es ist aber nicht so gemeint -, sind wiederum benachteiligt. Kinder, die in Familien, die von Sozialhilfe leben, groß werden, die nie Anstrengung erlebt haben, die sich niemals anstrengen mussten, können überhaupt nicht aufs Leben vorbereitet sein. Wenn es einen strategischen Punkt in dieser Gesellschaft gibt, wo wir dieses verhindern können, muss das dieser sein: Kein junger Mann, keine junge Frau darf von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit gehen. Das wollen wir erreichen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Weil mir manche in diesen Wochen dazu sagen, das sei etwas von gestern, das sei Beton, sage ich: Nein, das ist moderne Gesellschaftspolitik.

(Beifall)

Das ist eine Frage der Arbeitsplätze, eine Frage der Weiterbildung, auch eine Frage der Ausbildung, aber nicht nur eine Frage der Ausbildung. Ich will es offen ansprechen: Ich bin ganz sicher, Wolfgang Clement und ich werden einen gemeinsamen Weg finden, wie wir damit umgehen.

(Beifall)

Ich weiß, dass er mit seinen Programmen für die unter 25-Jährigen seinen Teil dazu beiträgt, dass diejenigen, die jung sind, Chancen bekommen. Alles gehört da zusammen: die Arbeit, die Weiterqualifizierung, die Möglichkeit, zur Universität zu gehen, aber auch die Möglichkeit der Ausbildung.

Zur Ausbildung. Im letzten Jahr gab es 560 000 Ausbildungsplätze. Es fehlten 35 000, davon 20 000 wirklich. Es sind nämlich noch etwa 15 000 Ausbildungsplätze offen. Eine Gesellschaft, die 560 000 Arbeitsplätze schaffen kann, die kann auch 35 000 mehr schaffen. Deshalb sage ich ein Dankeschön an die Unternehmen, die sich anstrengen, und ich erwarte von denjenigen, die sich bisher gedrückt haben, dass sie sich anstrengen. Wenn das allerdings nicht läuft, werden wir mit unserem Gesetz dafür sorgen, dass sich nicht nur die anstrengen müssen, die ohnehin schon ausbilden, sondern dass die anderen dafür zahlen müssen, dass auch noch weiter ausgebildet werden kann.

(Beifall)

Wir möchten auch 2010 oder 2020 in einer Gesellschaft leben, in der Interessen gebündelt werden können. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, DGB, Beamtenbund – wer immer das zu vertreten hat – sollen die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bündeln können. Das ist eine Weichenstellung, um die es da geht. Was die Merzens und die Westerwelles uns erzählen, bedeutet die Auflösung der alten Idee, dass man Interessen bündeln und sie so auch durchsetzen kann. Wer ein wenig von Gewerkschaftsleben versteht, der weiß doch, dass manchmal die Tarifverhandlungen nicht so schwer waren wie anschließend die Verhandlungen in der großen Tarifkommission, wo man etwas auszuhalten hatte, weil man es den Kolleginnen und Kollegen ja erklären muss, was man da hinbekommen hat. Ich finde, dass unsere deutsche Gesellschaft gut damit gelebt hat, dass wir starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände haben und hatten. Das soll auch so bleiben. Deshalb sagen wir: Die Tarifautonomie muss bleiben.

Wir wollen auch in Zukunft in einem Land leben, in dem klar ist: Arbeitnehmerinteressen können gebündelt, erstritten und wenn es darauf ankommt – hoffentlich möglichst selten – auch erstreikt werden. Auch das gehört zur Demokratie. So soll es in Deutschland sein.

(Beifall)

Ich habe in diesen Tagen von einem Kollegen gehört, das alles sei in Deutschland die gleiche Soße: Ob sozialdemokratisch oder konservativ – als Gewerkschafter wisse man nicht mehr, ob man das überhaupt richtig unterscheiden kann. Mit Verlaub: Das mag ich nicht zu verstehen. Wer weiß, wie Gerhard Schröder und die deutsche Sozialdemokratie für die Tarifautonomie stehen, der kann nicht sagen, dass es dort keinen Unterschied gibt. Ich glaube, diesen kann man merken.

(Beifall)

Lieber Michael Sommer und liebe Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften, ich glaube Partei und Gewerkschaft müssen wissen, dass die Geschichte der Arbeitnehmerbewegung in Deutschland noch nicht zu Ende ist – wenigstens noch nicht ganz. Deshalb lautet meine herzliche Einladung an Michael und alle Kolleginnen und Kollegen heute ausdrücklich, in ein intensives Gespräch einzutreten. Wir müssen aufhören, uns gegenseitig vorzuwerfen, was man erreichen will. Wir müssen wirklich ins Gespräch eintreten und klar machen, wo unsere Meinungen übereinstimmen und wo es Unterschiede gibt. Es ist keine Schande,

dass man unterschiedliche Positionen in dem einen oder anderen Punkt hat. Wir sind keine Gewerkschaftspartei und ihr seid keine Parteiengewerkschaft. Wenn es in Deutschland gut weitergehen soll, dann müssen wir für die Menschen in Deutschland Politik im Schulterschluss betreiben. Daran liegt mir sehr viel.

(Beifall)

Wir wollen und müssen wieder mehr Augenmerk auf unsere Städte und Gemeinden richten. Die deutsche Sozialdemokratie und übrigens auch die Menschen haben immer eine große Kraft aus dem geschöpft, was vor Ort geschieht. Die Menschen erleben Demokratie vor Ort oder gar nicht. Unsere Kommunen sind schwach. Wir müssen ihnen helfen, wieder auf die Beine zu kommen. Es gibt dort ein großes Potenzial. Wir müssen dafür sorgen, dass sie entsprechend ausgestattet sind. Deshalb will ich den vielen, die an dieser Stelle Fragen stellen möchten, ohne ins Detail zu gehen, sagen: Mit der Gemeindefinanzreform, also mit den 2,5 Milliarden Euro mehr in den Kassen der Kommunen ist der Anfang gemacht. Wir, Gerhard Schröder, Wolfgang Clement, Hans Eichel, ich und alle, die dabei mitwirken können, werden dafür sorgen, dass im nächsten Jahr 2,5 Milliarden Euro mehr in den Kassen der Städte und Gemeinden sind. Verlasst euch darauf. Dafür werden wir mit dem vor uns liegenden Gesetzgebungsverfahren sorgen.

(Beifall)

Wenn man über Gemeinden spricht, dann kommt man sehr schnell zu der Frage, welche Rolle der Staat eigentlich haben soll. „Staat“ ist ein Wort, das viele Menschen in Deutschland nicht mehr in den Mund nehmen, weil sie den Eindruck haben, er sei eine Krake, die den Menschen das aus der Tasche holt, was sie kriegen kann. Auch manche von uns sind dabei zu Unrecht zögerlich. Der Staat ist die vereinbarte Form der gesellschaftlichen Ordnung in einer Demokratie. So sehe ich das.

Bei all dem, was man zur Verteilung auch in die privaten Bereiche hinein sagen kann, betone ich: Wir müssen auch in Zukunft dafür sorgen, dass Bund, Länder und Gemeinden die Gemeinschaftsaufgaben, die die Rahmenbedingungen für die soziale Gerechtigkeit sind, finanzieren können. Bildung finanziert sich nicht allein. Das muss der Staat leisten und lenken können.

(Beifall)

Bei der Politik vor Ort müssen wir uns bewusst sein, dass wir eine Volkspartei sind. Wir dürfen nicht nur für uns selbst tätig sein, sondern wir müssen für die Probleme der Gesellschaft offen sein. Ein Großteil dessen, was vor Ort geleistet wird, wird durch ehrenamtlich tätige Männer und Frauen erledigt: in den Vereinen, Verbänden und Organisationen. Ab und zu sollten wir ihnen ein freundliches Wort sagen, weil wir ohne sie überhaupt nicht bestehen könnten. Politik kann nicht alles. Wenn Probleme auftauchen, erklären wir immer, dass wir sie lösen, indem wir ein Gesetz erlassen. Das ist eine der schlimmen Aussagen, zu denen es immer wieder kommt. Man kann nämlich nur einen Teil der Probleme, um die es geht, mit einem Gesetz lösen.

Als Beispiel nenne ich den Umgang mit älteren Menschen in dieser Gesellschaft. Hier kann man nicht nur mit einem Bundesgesetz tätig werden. Es stellt sich die Frage, ob wir die Menschen in dieser Gesellschaft erreichen, sodass sie sich dafür

einsetzen. Ich höre, dass in Deutschland bei über 4 Millionen Arbeitslosen 20 000 Pflegerinnen und Pfleger fehlen. Wozu wird diese Gesellschaft bereit sein? Werden wir bereit sein, diese Aufgabe, diesen Dienst des Menschen am Menschen, auszuführen? Müssen wir an dieser Stelle nicht eine Debatte darüber führen?

Wir leben in einer Zeit, in der die Gesellschaft reich ist. Viele alte Menschen sind jedoch allein und einsam. Das Problem kann man nicht mit einem Gesetz lösen. Darüber muss man in dieser Gesellschaft diskutieren. Wir müssen die Verantwortung für diese Gesellschaft ins Bewusstsein der Menschen rufen. Eigenverantwortung heißt, dass sich nicht jeder zurückzieht, sondern dass sich jeder aus Gründen der Solidarität umschaute, und nachsieht, ob dort jemand ist, der dringend Hilfe braucht.

(Beifall)

Das Ehrenamt ist der eigentliche Kitt dieser Gesellschaft. Sie hält sie zusammen. Deshalb sage ich von hier aus an all diejenigen, die in den kirchlichen Organisationen, in den Sportvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in den Gesangsvereinen, in den Kulturvereinen, in den Sozialvereinen und in den Verbänden tätig sind: Danke schön. Sie leisten zum Beispiel in den Sportvereinen mehr für die Zukunftsfähigkeit und für die Zukunftschancen, als wir Politiker mit unseren Sonntagsreden tun können. Herzlichen Dank an alle in dieser Gesellschaft, die dort tätig sind.

(Beifall)

Der 23. Mai 2004 ist nicht nur der Jahrestag der Parteigründung vor 141 Jahren, sondern er ist auch der Tag, an dem die Bundesversammlung zusammentritt. Wir alle sind stolz darauf, dass wir mit Gesine Schwan eine kluge, handlungsfähige und begeisternde Kandidatin haben. Wir senden ihr von hier aus herzliche Grüße. Gesine Schwan, alles Gute für den 23. Mai 2004. Wir hoffen, dass wir bald eine Bundespräsidentin in der Bundesrepublik Deutschland haben. Des stände uns gut zu Gesicht.

(Beifall)

An diesem 23. Mai vor 141 Jahren ging es, als man in Leipzig zusammentrat, um die Frage, welchen Zweck diese Parteigründung hat. Sie schrieben auf: Wir wollen, dass es besser wird und dass es den Menschen gut geht. Wir wissen, dass das niemand alleine schafft. Das kann man nur erreichen, wenn man das gemeinsam mit anderen organisiert.

In diesem Sinne schaffen auch wir es, wenn wir uns von Unterstellungen, die es geben wird, von der Dimension der Aufgaben, um die es geht, und von den Rückschlägen, die es immer geben wird, nicht beirren lassen. Liebe Genossinnen und Genossen, ihr könnt ganz sicher sein: Gerhard Schröder und ich stehen gemeinsam fest und entschlossen dazu.

Deutschland wird mit uns vorangehen. Alle müssen dabei mithelfen. Klaus Uwe Benneter wird das als Generalsekretär tun. Klaus Uwe, ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich sage auch ein Dankeschön an Olaf Scholz. Ihm wurde manches vor die Tür gelegt, was er nicht zu verantworten hatte. Das war keine einfache Wegstrecke. Wir haben auch menschlich gut zusammengearbeitet. Olaf, meine Wertschätzung für dich ist ungebrochen. Du bist noch jung. Es wird sich noch etwas ergeben.

(Beifall)

Wenn Joke Even - ihr erinnert euch - 100 wird, in zwei Jahren, wollen wir wieder ganz vorne sein, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben aber keine Zeit zu verlieren. Es gibt auf der Strecke bis dahin viele Wahlen bei uns im Lande. Das werden nicht *Wahlkämpfe* sein, sondern *Wahlkämpfe*. Nichts von dem, was wir holen können, werden wir am Spielfeldrand oder in der Theorie holen. Wir werden kämpfen müssen. Meine herzliche Bitte ist, dass alle dabei mitmachen. Es klingt simpel, aber es ist wahr. Wer gewinnen will, muss gewinnen wollen.

(Beifall)

Man darf nicht mit der Aussage kokettieren: Anders ist es so schlimm auch nicht. Dafür bin ich alt genug.

Ich habe in der Zeit 1980/1982 im Bundestag auf den hinteren Bänken gesessen und mitgemacht. Ich sehe hier einige der alten Haudegen, die damals dabei gewesen sind und das viel besser erzählen könnten als ich. Damals war es so, dass man am Wochenende, wenn man nach Hause fuhr, anständig Ärger im Ortsverein bekam; man hatte Sachen zu vertreten, die ganz schwierig waren. Wir waren überzeugt, dass es richtig war, aber es war ganz schwierig. Dann war das vorbei und man saß hinten auf der Bank und war ein bisschen erleichtert; denn man hatte das Gefühl: Jetzt kannst du zu Hause wieder strahlen und erzählen, wie schön alles läuft. Das hat aber nur kurze Zeit gedauert. Nach drei Monaten waren wir so etwas von im Keller. Wir haben gemerkt: Du kannst noch so eine gute Idee haben; es nützt dir nichts, es scheitert alles. Sobald du in den Saal des Deutschen Bundestages gehst, hast du schon verloren. – Deshalb sage ich euch, liebe Genossinnen und Genossen: Opposition gehört zur Demokratie dazu. Aber Opposition ist Mist. Lasst das die anderen machen. Wir wollen regieren.

(Lebhafter Beifall)

Wer sich im Fußball auskennt, der weiß: Manches Tor wird in der 90. Minute geschossen. Es gibt bei uns in der Partei viele, die in der 80. Minute anfangen, zu überlegen, mit wem sie nach dem Spiel duschen gehen oder wer beim nächsten Mal aufgestellt werden soll.

(Heiterkeit und Beifall)

Darum geht es aber gar nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Man muss die Zeit nutzen. Tore sind auch in der 90. Minute möglich. Man darf nicht zu früh abbauen.

(Beifall)

Manche Mitglieder sind gegangen, zu viele. Das tut weh. Ich spreche sie von hier aus an und lade sie ein, wieder zu uns zu kommen. Mancher hat sich geirrt, mancher ist draußen gewesen und wiedergekommen. Es sind aber auch viele neue hinzugekommen; das freut mich. Heute sind etwa 100 derer hier im Saal, die in den letzten Wochen und Monaten Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden sind. Herzlich willkommen euch allen!

(Beifall)

Ich spreche Michael Ospalski an, Ortsverein Harsefeld. Michael, bist du im Saal? Wieso nicht? Das hatten wir doch vereinbart.

Dahinten steht er. – Michael - er ist Ortsvereinsvorsitzender in Harsefeld - hat mir gestern Abend erzählt, dass er in den letzten drei bis vier Monaten die Mitgliedschaft des Ortsverein von 90 auf 110 gesteigert hat. Ich finde, das ist ein tolles Beispiel.

(Beifall)

Er hat mir gesagt – das will ich der Ehrlichkeit halber dazusagen -: Ohne die Hilfe von Sigmar Gabriel hätte er es nicht geschafft. Er hat ihn veranlasst, das zu machen. Deshalb auch ein Dankeschön an Sigmar. Mach das weiter so in Niedersachsen. Das ist eine ganz gute Methode.

(Beifall)

Denen, die neu hinzugekommen sind, sage ich: Herzlich willkommen! Gewöhnt euch an das Du! Gewöhnt euch an „Genosse“ und „Genossin“.

(Beifall)

Wundert euch über nichts! Bei uns ist alles möglich.

(Heiterkeit und Beifall)

Bleibt mutig und fröhlich! Herzlich willkommen in der SPD!

(Beifall)

Vergesst den Joke nicht! Wer in der SPD ist, wird alt, liebe Genossinnen und Genossen, wenn er lange dabeibleibt.

(Heiterkeit)

Ich habe bei Johannes Rau ein Zitat von Hannah Arendt gelesen – damit will ich schließen -: Politik ist angewandte Liebe zum Leben. Das hat mir gut gefallen; denn ich glaube, aufgrund des politischen Alltags, der uns alle strapaziert, wo es um Kleinigkeiten geht, wo wir uns oft auf die Nerven fallen und oft über alle unsere Zielsetzungen doch in den Niederungen des Alltags untergehen und fragen: „Kann das weitergehen, wohin wird das führen?“, halte ich das für eine gute Wahrheit, eine Wahrheit, die uns alle ziehen kann. Politik ist angewandte Liebe zum Leben. Machen

wir Politik, liebe Genossinnen und Genossen! Für Deutschland, für die SPD ein herzliches Glückauf!

(Anhaltender lebhafter Beifall – die Delegierten erheben sich)

Aussprache

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Lieber Franz, wir danken dir für deine mitreißende Rede. Wir alle, jeder einzelne von uns, werden alles dafür tun, dich zu unterstützen, wenn es darum geht, deine Visionen für die Sozialdemokratische Partei und für Deutschland zu verwirklichen.

(Beifall)

Es liegen elf Wortmeldungen vor. Ich bitte die Rednerinnen und Redner, sich kurz zu fassen. Fünf Minuten sind die Höchstredezeit. Wer darunter bleibt, ermöglicht es anderen, dass ihnen das Wort erteilt werden kann.

Es beginnt Heide Simonis; ihr folgt Thomas Jurk. – Heide, du hast das Wort.

Heide Simonis, Schleswig-Holstein: Genossinnen und Genossen! Es ist gar nicht so einfach, nach Franz mit seinem Temperament reden zu müssen. Ich versuche aber einmal, mich auf die Steuern zu konzentrieren, die nachher in unserem Antrag eine Rolle spielen.

Wir haben heute gehört, dass die Bundesregierung entscheidende Reformen im Gesundheitswesen, bei der Rente und beim Arbeitsmarkt vorgebracht hat und damit ein deutliches Zeichen gegen die Vorschläge der CDU gesetzt hat, die zum Beispiel den Kündigungsschutz abschaffen wollte, eine Umverteilung vorgeschlagen hat und auch Flächentarife abschaffen wollte. Wir mussten Kompromisse eingehen, von denen einige glauben, dass wir in eine soziale Schieflage gelangt sind und dass das Profil der SPD nicht mehr so schnittscharf ist, wie wir es gern hätten.

Wir müssen uns anstrengen, neue Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze zu schaffen und die Lohnnebenkosten zu senken. Wir wollen, dass die Produkte hier bei uns hergestellt werden, statt dass die Betriebe nur deshalb abwandern, weil die Löhne zurzeit in osteuropäischen Ländern niedriger sind als bei uns.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken mit dem Ausbau des Angebots an offenen Ganztagschulen. Wir wollen jungen Frauen ermöglichen - dafür möchte ich mich bei der Bundesregierung ausdrücklich bedanken –, sowohl zu arbeiten als auch Kinder zu haben.

Wir in Schleswig-Holstein haben der Agenda 2010 zugestimmt, weil wir alle diese Vorteile gesehen und erkannt haben, dass wir auf dem richtigen Weg sind, auch wenn uns die Kompromisse, die wir im Vermittlungsausschuss machen mussten, schmerzen und wir sie gern vermieden hätten.

Wir wollen der Bundesregierung helfen, ihre Vorschläge, die sie zur Verbesserung der Steuerbelastung aufgelegt hat, umzusetzen. Die größte Steuersenkung in der

Geschichte der Bundesrepublik in Höhe von 55 Milliarden Euro ist allerdings die Obergrenze, die wir uns vorstellen können; mehr geben unsere Kassen nicht her. Auch ein Staat, der seinen Bürgern mehr Freiheit lassen will, braucht eine gute Infrastruktur, braucht gute Universitäten, braucht Kliniken, braucht gute Schulen, braucht gute Angebote für ältere Menschen.

Wir wollen das alles schaffen, ohne neue Haushaltslöcher aufzureißen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, mit einem Gesetzentwurf zur Erbschaftsteuer insbesondere die Einkommenssituation der Länder ein bisschen zu verbessern und – das scheint uns viel wichtiger zu sein – darauf hinzuweisen, dass jeder in dieser Republik ein Stück Lasten mit zu schultern hat, die wir alle zusammen schultern wollen, damit unsere Gesellschaft beisammen bleibt und uns nicht um die Ohren fliegt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen ein System haben und bitten die Bundesregierung und auch die Partei, unsere Vorschläge in den zehn Punkten für eine Steuerreform aufzugreifen, mit denen die gefühlte Ungerechtigkeit der jetzigen Lastenverteilung beseitigt werden könnte. Das muss nicht morgen sein, aber zum Wahlkampf im Jahre 2006 sollen unsere Steuervorschläge vielleicht mit eine Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik zur Steuervereinfachung, zur Steuerstrukturreform und zu einer Steuerreform sein, die die Menschen nicht belastet, sondern entlastet und sie nicht mit Bürokratenkram quält.

Wir bitten heute um eure Unterstützung für die Reform der Erbschaftsteuer. Für das Jahr 2006 bitten wir um die Unterstützung für unsere zehn Punkte.

Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Thomas Jurk. Ihm folgt Fabian Schmitz.

Thomas Jurk, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Franz Müntefering hat Gesine Schwan erwähnt, unsere Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin. Sie hat am Anfang dieser Woche gesagt, sie wünscht sich von Politikern mehr Mut zur Aufrichtigkeit und zur Ehrlichkeit. Jawohl, liebe Freundinnen und Freunde, das werden wir brauchen. Franz Müntefering hat eben nachgewiesen, was Sozialdemokraten zu tun in der Lage sind. Die Sozialdemokraten werden in diesem Jahr viel tun müssen, weil sie in vielen Wahlkämpfen gefordert werden. Wir in Sachsen haben drei Wahlen, die wir mutig anpacken wollen, auch wenn die Ausgangspositionen in dem im Moment leider noch schwarzen Sachsen nicht so gut sind.

Wir erinnern uns: Die Sozialdemokraten in Sachsen haben es geschafft, dass nach der verheerenden Jahrhundertflut die Signale für die Hilfe zur Beseitigung der Schäden nach der Flut auf grün gesetzt wurden. Ich bin unserem Bundeskanzler Gerhard Schröder, der noch SPD-Vorsitzender ist, sehr dankbar dafür, dass heute kaum noch jemand, wenn er nach Dresden oder nach Grimma kommt, merkt, wie

schlimm die Schäden waren. Es waren gerade Sozialdemokraten, die die Hilfe zügig organisiert haben – ein Beispiel für gelebte Solidarität in diesem Land.

Diese gesamtdeutsche Solidarität haben gerade die Menschen in Ostdeutschland seit 1990 über viele Jahre hinweg erfahren dürfen. Ich erinnere nur an den Solidarpakt II, mit dem gesicherte Finanzen für den Aufbau der Infrastruktur gewährleistet werden.

Dennoch, liebe Freunde: Wir stehen vor Wahlkämpfen, in denen wir aufklären, erklären und mitunter auch erinnern müssen. Ich habe an die Solidarität erinnert. Wir werden von den Menschen aber auch daran erinnert, dass die Arbeitsmarktsituation im Osten Deutschlands trotz milliardenschwerer Investitionen noch nicht so ist, wie wir uns das wünschen. Leider ist der Aufholprozess ins Stocken geraten. Das merkt man nicht nur beim Wirtschaftswachstum, bei dem Sachsen nur deshalb herausragt, weil wir durch die Beseitigung der Flutschäden eine Sonderkonjunktur zu verzeichnen hatten.

Ich erinnere an alle, die heute vielleicht 45 Jahre alt sind, die heute kaum noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und die auch deutschlandweit nicht zu vermitteln sind. Liebe Freundinnen und Freunde, diesen Menschen helfen wir nicht mit Leistungskürzung. Wir Sozialdemokraten müssen uns auch dieser Schicksale annehmen, weil es hier um Menschen geht.

Lieber Franz, ich glaube, wir müssen uns überlegen, wie wir es in einer Wachstumsgesellschaft, die immer mehr zur Rationalisierung drängt, schaffen, denjenigen Menschen eine Lebensperspektive zu vermitteln, die momentan draußen sind und die wieder reinkommen wollen. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, finde ich es richtig, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie sich Globalisierung, Rationalisierung und demographischer Wandel in Deutschland, insbesondere in den verschiedenen Ländern, auswirken. Ich glaube, wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte, in der klar wird, um was es den Sozialdemokraten geht.

Wir wollen die Menschen nicht ärgern, sondern wir wollen ihnen helfen. Das Ziel unserer Reformen muss klar und deutlich sein. Es muss an die konkrete Situation, die wir vor Ort vorfinden, angepasst sein.

Lieber Franz, ich weiß, dass du ein Mensch bist, der sehr genau zuhören kann, der weiß, wie der Puls der Menschen schlägt und was die Glocke geschlagen hat. Lieber Franz, ich hoffe, dass du diese wunderbare große Aufgabe so in Angriff nimmst, wie du es bisher als Vorsitzender der Bundestagsfraktion geleistet hast. Ich wünsche dir ein herzliches Glückauf aus Sachsen!

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Fabian Schmitz. Ihm folgt Ursula Engelen-Kefer.

Fabian Schmitz, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Franz, ich glaube, du hast in deiner Rede vieles von dem deutlich gemacht, was wir als Partei lange nicht mehr glauben wollten. Es gibt aber einen Punkt, den ich nachdrücklich betonen möchte. Du hast gesagt: Wenn etwas entschieden ist, dann muss man es

auch geschlossen durchführen. Ich glaube, dass dies bis zur Bundestagswahl 2006 und darüber hinaus der entscheidende Punkt sein wird.

Wir müssen deutlich machen, dass die Beschlüsse, die wir als Partei fassen, auch geschlossen durchgesetzt werden müssen, dass es keine Querschüsse geben darf. Nur dann haben wir die Chance, 2006 die Bundestagswahl erfolgreich zu bestehen.

Was ich in den Monaten nach dem Parteitag von Bochum erlebt habe, spricht eine ganz andere Sprache. Dabei meine ich nicht die Abweichler oder die, die eine Linkspartei gründen wollen. Ich meine diejenigen, die in dieser Partei, in den Ländern und in der Bundesregierung Verantwortung tragen. Die Beschlüsse von Bochum, die in großer Einigkeit gefasst wurden – zur Ausbildungsumlagefinanzierung, zur Erbschaftsteuer -, wurden nicht umgesetzt. Es gab Querschüsse. Alle Ministerpräsidenten mit Ausnahme des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, der leider nicht mehr da ist – an dieser Stelle vielen Dank an Klaus Wowereit -, haben sich dagegen ausgesprochen, entsprechend den Beschlüssen von Bochum zu handeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, es kann nicht sein, dass im letzten Sommer im Hinblick auf die Agenda 2010 Solidarität und Geschlossenheit gefordert wurden, bei anderen Punkten genau diese Solidarität und Geschlossenheit aber von denjenigen nicht gezeigt werden, die dazu aufgefordert haben.

Wir müssen mit einem Maß messen, wir müssen mit einer Stimme sprechen – im Guten wie im Schlechten.

Glück auf, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Ursula Engelen-Kefer hat das Wort, danach Andrea Nahles.

Ursula Engelen-Kefer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mich gefreut: Franz Müntefering hat deutlich gemacht, dass er den Gewerkschaften zuhören will. Ich gehe davon aus, dass das bedeutet: Er will sich stärker um die Nöte der Menschen kümmern, die die Gewerkschaften vertreten. Das ist gut so, Franz. Wir werden dich beim Wort nehmen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es gibt derzeit die sehr aufgeregte Debatte um die Neugründung einer linken Partei. Ich will hier klipp und klar sagen: Ich halte von dieser Idee nichts, gerade in Anbetracht der Probleme, mit denen wir uns auseinander zu setzen haben. Angesichts einer Härte der Opposition, die unerträglich ist, müssen wir alle Kräfte bündeln, in den Gewerkschaften und in der SPD, anstatt in eine solche Richtung weiterzuschreiten. Das ist die Zukunftsaufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall)

Aber wir können auch nicht einfach darüber hinweggehen: Für diejenigen, die eine derartige Richtung vertreten – und das sind ja nicht nur einige wenige -, ist das ein Ventil. Die Umfragen zeigen, dass es unter den Menschen Unzufriedenheit und Unsicherheit gibt. Die Sorgen unserer Mitglieder müssen wir, muss auch die Partei ernst nehmen. Das ist das Gebot der Zukunft: Wir müssen wieder stärker aufeinander zugehen, wenn wir erfolgreich sein wollen.

Der Parteitag hier hat sich – wie im Übrigen schon der Parteitag in Bochum – vorgenommen, die Zukunftsperspektiven in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist richtig. Franz hat es auch richtig dargestellt: Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen. Eine Antwort kann die Bürgerversicherung bieten. Wir brauchen Ausbildungsplätze für junge Menschen und deshalb muss eine Ausbildungsplatzumlage kommen. Gerhard Schröder und Franz Müntefering haben uns versprochen, sich dafür einzusetzen. Wir setzen darauf, dass tatsächlich allen jungen Menschen eine Ausbildung geboten wird und kein junger Mensch in die Arbeitslosigkeit geschickt wird. Das ist ein wichtiges gemeinsames Projekt, welches wir entsprechend einfordern werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, genauso wichtig ist die Reform der Erbschaftsteuer. Wir brauchen mehr Finanzen für die Kommunen, um den Zukunftsaufgaben von Bildung, Technologie und Forschung gerecht werden zu können. Nur wenn uns das gelingt, haben wir eine gute Zukunft. Unsere Mitglieder brauchen ein Signal für die nähere Zukunft. Sie müssen wissen, wie es weitergeht mit den sozialen Sicherungssystemen – nicht in sechs oder zehn Jahren, sondern heute und morgen. Ich wäre sehr froh, Franz, wenn du als neu zu wählender Parteivorsitzender ein solches Signal setzen könntest. Für uns ist es wichtig, die Handschrift der SPD deutlich zu machen. CDU/CSU und FDP haben uns etliche faule Eier ins Nest gelegt: Praxisgebühr, Erhöhung der Zuzahlungen für Medikamente – das ist doch die Handschrift der Opposition, nicht die der SPD. Ich wäre sehr froh, Franz, wenn deutlicher würde, was die SPD als zumutbar ansieht beim Kriterium Zumutbarkeit. Es kann doch nicht die Politik der SPD sein, Dumpinglöhne zu fördern und neue Niedriglohnsektoren zu schaffen. Viele in den Gewerkschaften werden dich und unsere Politik daran messen, welche Antwort auf diese Fragen finden. Ich hoffe, dass du uns bei unseren Problemen zuhören wirst.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich jetzt Andrea Nahles das Wort gebe, möchte ich die Delegierten sehr herzlich bitten, wieder Platz zu nehmen. Nach dem Beitrag von Andrea Nahles werden wir zur Wahl des Parteivorsitzenden kommen. Die übrigen Wortmeldungen werden wir nach der Rede von Klaus Uwe Benneter oder im Zusammenhang mit der Antragsberatung berücksichtigen. – Andrea, du hast das Wort.

Andrea Nahles, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir ringen seit Monaten um die Zukunftsfähigkeit der SPD und ich glaube nicht, dass das mit dem heutigen Tag zu Ende geht. Nach der eindrucksvollen Rede von Franz können wir, so glaube ich, heute zwei Botschaften mitnehmen: Mit Franz kann es zu einem Stück

Stabilität in der Mitte der Partei kommen. Und noch wichtiger: Mit Franz Müntefering an der Spitze kann ein guter Start in dieses für die SPD so wichtige Jahr gelingen.

Ein Aufbruch kommt aber nicht von allein. Da ist jeder gefordert, da bin ich gefordert, da sind wir alle gefordert. Für meinen Geschmack gab es in den letzten Wochen zu viele Solotänzer. Da gab es zu viele, welche die Beschlüsse unserer Partei, die wir in Bochum miteinander mühsam vereinbart haben – ich nenne insbesondere die Ausbildungsplatzumlage -, infrage gestellt haben, ohne sich dabei um das soziale Profil unserer Partei und um unsere Glaubwürdigkeit zu kümmern. Damit muss Schluss sein. Aufbruch geht nur zusammen, geht nur, wenn wir uns alle an Bochum und die dortigen Beschlüsse halten.

Einige in unserer Partei hätten sich in den letzten Monaten wahrscheinlich gerne in eine Zeitmaschine gesetzt und wären zurückgefahren in das Jahr 1972, als es der SPD so gut ging, als es prima lief und wir gute Wahlergebnisse eingefahren haben. Aber das ist ein Traum, das ist Illusion. Wir müssen uns schon mit den Aufgaben beschäftigen, die vor uns liegen. Wer immer nur Risiken sieht und nie die Chancen, der ist nicht links, sondern der ist von gestern.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist: Wir in der SPD können uns nicht nur ständig den Sachzwängen unterwerfen. Wer uns in Sachen Globalisierung und Demographie die Gestaltungsfähigkeit abspricht, der wird uns ebenfalls in die Krise führen. Wir wollen gestalten. Ich selbst bin jetzt mitverantwortlich dafür, dass die Bürgerversicherung auf den Weg gebracht wird. Natürlich ist das anspruchsvoll und schwierig, aber wir Sozialdemokraten haben doch genügend Optimismus und Veränderungsbereitschaft, um die großen Sozialreformen im Interesse der Menschen zu gestalten. Insofern bin ich ganz optimistisch: Wenn wir die soziale Politik der SPD nicht abschleifen, sondern sie ummünzen in ein Fortschrittsprojekt – wir sollten uns einsetzen für Ausbildungsplatzumlage und Bürgerversicherung –, dann sehe ich auf uns ein gutes Jahr 2004 zukommen.

Danke schön.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea. – Wir kommen jetzt zur Wahl des Parteivorsitzenden. Dazu übergebe ich den Vorsitz an Ute Kumpf.

Wahl des Parteivorsitzenden

Ute Kumpf, Tagungspräsidium: Danke, liebe Bärbel Dieckmann. – Liebe Genossinnen und Genossen, meine erste große Bitte geht an euch: Bitte nehmt wieder eure Plätze ein, damit wir wissen, wer überhaupt stimmberechtigt ist und einen Stimmzettel erhält.

Meine zweite Bitte geht an die Medien: Unsere Satzung sieht eine geheime Wahl vor. Deshalb bitte ich die Kolleginnen und Kollegen von den Medien, den Delegierten nicht neugierig über die Schulter zu schauen. Bitte lasst jeden Einzelnen und jede Einzelne sein und ihr Kreuzchen alleine machen.

Es wird keinen verwundern: Der Parteivorstand schlägt für die Wahl des Parteivorsitzenden Franz Müntefering, Landesverband Nordrhein-Westfalen, vor.

(Beifall)

Wo sind die Stimmzettel? Sind sie parat? – Ich bitte die Stimmzettel auszuteilen. Anschließend werde ich nähere Erläuterungen geben. Es sind blaue Stimmzettel. – Einige Reihen sind noch nicht besetzt. Ich bitte alle Delegierten Platz zu nehmen: Ich erläutere den Wahlvorgang, wenn jeder und jede sitzt. –

Wer hat noch keinen Stimmzettel? – Ich bitte darum, dass diejenigen, die noch beim Kaffee sind, hereingeholt werden. – Wie ist die Stimmzettellage? – Wer hat noch keinen Stimmzettel? – Ihr müsst noch den linken Flügel, von mir aus gesehen, stark machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage gleich noch etwas zu den Kontrollnummern. – Wo sind noch keine Stimmzettel? – Die Mitte ist noch nicht bedient, die linke Seite auch noch nicht. – Wer noch keinen Stimmzettel hat, hebe bitte den Arm. Ein bisschen Turnübung tut gut. – Füllt bitte noch nichts aus. Die nächsten Anweisungen kommen erst, wenn alle ihren Stimmzettel haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie sieht es aus? – Seid ihr jetzt hoffentlich alle im Besitz eines Stimmzettels? – Jetzt geht es weiter.

Ihr habt einen Stimmzettel. Es gibt genau einen Kandidaten und die Wahl zwischen Ja, Nein und Enthaltung. Macht bitte an der richtigen Stelle das Kreuz. Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn ihr die Kontrollmarke 1 vorne draufklebt. Vielleicht für eure Wahlentscheidung noch wichtig: Es sind 508 stimmberechtigte Delegierte. Es muss im ersten Wahlgang mindestens 255 Ja-Stimmen geben, damit der Kandidat gewählt ist.

Ich habe eine Bitte an die Medienvertreter: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst den Urnen freien Zutritt! Macht bitte die Gänge frei, damit eingesammelt werden kann.

Sind alle mit dem Stimmzettel ausgestattet, haben alle ihr Kreuz gemacht und die Nummer 1 auf den Stimmzettel geklebt? – Dann können wir die Wahlhandlung schließen. Ich bitte die Stimmen einzusammeln. Ich bitte die Hand zu heben, wessen Wahlzettel noch nicht eingesammelt ist. –

Liebe Genossinnen und Genossen, wer hat noch seinen Stimmzettel? Wo muss noch eingesammelt werden? – Auf der linken Seite muss noch eingesammelt werden und ganz vorne rechts. – Sind jetzt alle Wahlzettel eingesammelt? – Ich sehe niemanden mehr mit Stimmzettel. Damit ist die Wahlhandlung geschlossen. Die Wahlkommission kann jetzt ans Auszählen gehen.

Ich bitte nun um etwas Konzentration, liebe Genossinnen und Genossen. Zwischen den Wahlgängen wollen wir den Bericht der Antragskommission einschieben. Ich

erteile Kurt Beck als Vorsitzendem der Antragsberatungskommission das Wort zu seinem Bericht.

Bericht der Antragskommission

Kurt Beck, Antragskommission: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Die Antragskommission hatte es diesmal ziemlich einfach: Es waren vier Anträge zu beraten. Ich glaube, dass ihr mit mir übereinstimmt, wenn ich sage: Es wäre ein gröblicher Fehler, wenn ich versuchen würde, den Antrag 1 noch einmal zu begründen – nach den Reden, die Gerhard Schröder und Franz Müntefering hier gehalten haben. Die Antragskommission empfiehlt euch, den Antrag 1 anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will zum Antrag 2, der sich damit befasst, dass wir die Beschlüsse von Bochum hinsichtlich der Aufträge an die Partei zügig aufgreifen und umsetzen, darauf hinweisen, dass wir einige Konkretisierungen in diesem Antrag haben. Ich nenne beispielsweise das Ziel, das Grundsatzprogramm bis zum Ende des Jahres 2005 zu dem Parteitag, der dann stattfinden wird, zu Ende diskutiert zu haben. Gleiches gilt für andere wichtige Fragen, die wir uns in Bochum vorgenommen haben: die Reform der Wehrverfassung, einschließlich der Frage der Wehrpflicht und ihrer Zukunft, Fragen der Bürgerversicherung, zu denen ich berichten kann, dass eine Arbeitsgruppe dieses Thema aufgegriffen hat und ebenfalls bis Ende 2005 ein konkretisiertes Ziel erreichen und einen Vorschlag zur Beschlussfassung vorlegen will. Auch hierzu empfiehlt die Antragskommission, dass wir diese Konkretisierung unserer Arbeit beschließen, sodass wir unsere Ziele fest ins Auge fassen können.

Ich weise darauf hin, dass die ASF uns in einem Initiativantrag darum bittet, das Thema der Unisexstarife im Bereich der Rentenversicherung und der zusätzlichen Altersversorgung aufzunehmen und noch einmal zu bekräftigen. Auch dazu empfiehlt die Antragskommission Annahme.

(Vereinzelt Beifall)

Zu der letzten Bemerkung muss ich eine kurze Begründung liefern. Im Antrag A 3 geht es um eine Satzungsänderung, um eine Änderung des § 13 unserer Wahlordnung. Es wird vorgeschlagen, diese Regelung so zu verändern, dass den Landesverbänden die Möglichkeit eingeräumt wird, über ihr Satzungsrecht darüber zu bestimmen, ob bei staatlichen Wahlen Nichtparteimitglieder in begründeten Ausnahmefällen auf diesen Listen kandidieren können. Bei Kommunalwahlen ist dies geltendes Satzungsrecht. Diese Bitte geht zurück auf eine ganz konkrete Situation, vor der Matthias Platzeck und die Genossinnen und Genossen in Brandenburg im Zusammenhang mit der anstehenden Landtagswahl stehen. Es geht um die Chance, dass die führende Persönlichkeit der Landwirtinnen und Landwirte, des Bauernverbandes auf unserer Liste zu kandidieren bereit ist und unsere Genossinnen und Genossen dies auch vorschlagen wollen. Dazu bedarf es einer entsprechenden Satzungsermächtigung. Ich weise noch einmal darauf hin: Das ist keine Vorgabe, die in allen Landesverbänden umgesetzt werden muss oder durch die Regelung, die wir euch vorschlagen, umgesetzt ist. Das kann vor Ort jeweils geregelt und entschieden werden. Aber bitte helft mit, dass Matthias und den Seinen diese Möglichkeit eröffnet wird.

(Vereinzelt Beifall)

Lieber Matthias, dir ist es so gegangen wie mir. Ich wusste gar nicht, dass es eine Satzungsregelung gibt, die eine solche Vorgehensweise ausschließt. Wir sind daher zeitlich etwas in Verzug geraten, was die Vorlage von Satzungsbeschlüssen und den Fristablauf dafür angeht. Deshalb habe ich die herzliche Bitte, dass wir in einer ersten Abstimmung die notwendige Dreiviertelmehrheit herstellen, damit über diesen Antrag abgestimmt werden kann. Ferner bitte ich, in der zweiten Abstimmung die Zweidrittelmehrheit herzustellen, damit diese Ergänzung und Erweiterung unserer Satzung ermöglicht werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte macht dies möglich. Es ist sehr gut begründet mit Verweis auf die konkrete Situation der Genossinnen und Genossen in den neuen Ländern, speziell in Brandenburg. Bitte helft mit, dass wir in Brandenburg diese Chance wahrnehmen können.

Ich will es damit bewenden sein lassen, weil ich glaube, dass der Parteitag durch die Wahlen, die jetzt gerade im Gange sind, und durch die beiden großartigen Reden, die wir gehört haben, sein Ziel mit Sicherheit erreicht hat und noch erreichen wird, das Ziel nämlich, dass wir uns über unseren Weg Klarheit verschaffen. Das wollen wir auch mit den Anträgen, die hier zur Beschlussfassung anstehen, zum Ausdruck bringen. Ferner wollen wir deutlich machen: Die Sozialdemokratie in Deutschland steht nicht nur zu denen, die sie an die Spitze gewählt hat; sie steht auch zu ihrer Linie und sie ist gewillt und bereit, um ihre Erfolge zu kämpfen und zu ringen. Dieses Signal lasst uns in inhaltlichen und personellen Entscheidungen mit Klarheit zum Ausdruck bringen.

In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall)

Antragsberatung

Ute Kumpf, Tagungspräsidium: Danke, Kurt Beck. – Ihr habt seine Ausführungen zum Antrag 3 gehört. Wir müssen jetzt, in einem ersten Akt, mit einer Dreiviertelmehrheit dafür sorgen, dass dieser Antrag über die Statutenänderung, der nicht fristgerecht auf die Tagesordnung gesetzt wurde, heute hier behandelt werden kann. Im zweiten Schritt müssen wir dann mit einer Zweidrittelmehrheit die Statutenänderung beschließen. Ist das so weit bei euch auch angekommen? Es geht um den Antrag 3, mit dem der § 13 der Wahlordnung neu gefasst werden soll, sodass auch Nichtmitglieder gewählt werden können.

Meldet sich jemand, der gegen den Vorschlag von Kurt Beck sprechen will, die Tagesordnung um diesen Antrag zu ergänzen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir im ersten Akt darüber befinden, ob dieser Antrag auf Statutenänderung heute hier behandelt wird. Diejenigen, die für die Behandlung dieses Antrages sind, bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es gibt acht Gegenstimmen. Das heißt, die erforderliche Dreiviertelmehrheit ist damit sichergestellt. Wir können also diesen Antrag hier behandeln.

Wer dem Antrag auf Statutenänderung hinsichtlich des § 13 zustimmen will, so wie es im Antrag formuliert ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwölf Gegenstimmen ist die Statutenänderung beschlossen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jetzt übergebe ich an den Kollegen Matschie.

Christoph Matschie, Tagungspräsidium: Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt in der Antragsberatung fortfahren. Ich bitte jetzt den designierten Generalsekretär Klaus Uwe Benneter um seinen Beitrag. Klaus Uwe!

(Beifall)

Rede Klaus-Uwe Benneter

Klaus Uwe Benneter: Liebe Genossinnen und Genossen! Vor 39 Jahren bin ich in die SPD eingetreten, einen Tag nach der damals verlorenen Bundestagswahl von 1965. Vor 21 Jahren bin ich noch einmal in die SPD eingetreten, nachdem ich 1977 aus der Partei ausgeschlossen worden war. Als ich jetzt für das Amt des Generalsekretärs vorgeschlagen wurde, hat mir Egon Bahr einen Satz geschrieben: Ich hoffe, du weißt, dass du es meinem Rausschmiss verdankst, dass du jetzt mein Nachfolger wirst.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn Egon Bahr es so sieht, will ich ihm nicht widersprechen, obwohl Geschichte erfahrungsgemäß nicht so direkt und geradlinig verläuft, meine schon gar nicht.

Es kommt noch etwas Ernstes hinzu: Wer in unserer Partei politisch aufgewachsen ist, der ist irgendwann auch einmal an einen Punkt gelangt, an dem er gezweifelt hat und vielleicht auch glaubte, diesen oder jenen Schritt nicht mehr mitgehen zu können. Man hört dann aber doch nicht auf, Sozialdemokrat zu sein. All denen, die uns im letzten Jahr und in den letzten Monaten verlassen haben, wünsche ich meine Erfahrung, ein zweites Mal in die Partei einzutreten.

(Beifall)

Wir alle sind doch in dieser Partei, weil wir etwas bewegen wollen. Wir wollen befördern, was wir für richtig halten. Das, was wir für falsch oder verhängnisvoll halten, wollen wir verhindern. In diesem Prozess der Suche nach den richtigen Entscheidungen kann niemand immer Recht haben. Deshalb ist es so wichtig, dass wir miteinander reden und aufeinander hören.

Ich will dazu beitragen, dass das wieder besser funktioniert. Wir müssen wieder näher aneinanderrücken und uns unterhaken. Als Franz Müntefering mich gefragt hat, ob ich das Amt des Generalsekretärs übernehmen wolle, habe ich nicht lange nachdenken müssen. Schließlich ist dieses Amt das drittschönste Amt nach dem Amt des Papstes.

(Beifall)

Ich will für unseren Erfolg hart arbeiten und mich um vieles kümmern, was unsere Partei verbessern wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, als Generalsekretär habe ich drei klare Aufgaben, nämlich erstens, die Parteiarbeit zu koordinieren, zweitens, die wechselseitige Kommunikation zu organisieren und drittens, dafür zu sorgen, dass wir bei Wahlen Erfolg haben.

Die Voraussetzungen dafür sind klar: Die SPD ist und bleibt eine aktive Mitgliederpartei, Volkspartei und Wertepartei. Demokratie braucht Parteien, darin sind wir uns einig. Wir müssen uns aber auch fragen, wie die Parteien zu organisieren sind, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Wie können wir Parteien wieder attraktiver für die Menschen machen und wie gewinnen wir die Menschen für unsere Ziele und Werte?

Ich will mit dem Wichtigsten, nämlich den Mitgliedern unserer Partei, anfangen. Wir sind die organisationsstärkste Partei in Deutschland. Wir sind *die* aktive Mitgliederpartei. 630 000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen in ihrem privaten Umfeld für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Das sind 630 000 Menschen, die auch dann noch unsere Politik erklären wollen, wenn das Fernsehen längst schon wieder Unterhaltungssendungen bringt. Diese 630 000 Menschen wollen mitmachen und für unsere Sache einstehen. Sie bilden die Basis für die gesamte Parteiarbeit und sind das Fundament für jeden Wahlsieg und für jede Regierungsarbeit.

Deshalb trifft es mich, dass uns im letzten Jahr so viele Genossinnen und Genossen den Rücken gekehrt haben. Es sind zwar auch über 10 000 neue Mitglieder – darunter viele junge – dazugekommen, aber denen, die uns verlassen haben, rufe ich zu: Die SPD ist noch immer eure politische Heimat, kommt wieder, macht mit, wir brauchen euch!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst es mich offen ansprechen: Innerhalb der Partei hat es Spannungen und heftigen Streit gegeben. Viele hatten das Gefühl, ihnen würde etwas übergestülpt, ohne dass es Gelegenheit zu einer breiten Diskussion gegeben hätte. Das hat viel Verwirrung und Verärgerung geschaffen. Richtig ist, dass der Diskussionsprozess über die Agenda 2010 anstrengend war und spät kam. Aber: Wir haben die Diskussionen auf zwei Bundesparteitagen gründlich geführt und mit klaren Abstimmungsergebnissen abgeschlossen. Insofern gibt es hier kein Wackeln.

Die SPD ist kein Wahlverein. Bei uns wird nicht abgenickt. Das unterscheidet uns von anderen. Die SPD ist *die* aktive Mitgliederpartei, in der für Überzeugungen gestritten und um den richtigen Weg gerungen wird. Wir sind deshalb auch die einzige Volkspartei, in der die Gegenwartsprobleme offen diskutiert werden. Darauf sind wir stolz. Ich will Diskussionen. Diese Diskussionen müssen aber in einer Form

geführt werden, die der jeweils andere akzeptiert und die nicht verletzt. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Wenn dann aber eine Entscheidung gefallen ist, müssen wir auch gemeinsam dazu stehen. Wir müssen die Beschlüsse gemeinsam durchsetzen und dies gerade nach außen – gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern – geschlossen deutlich machen; denn diese erwarten von uns eine verlässliche Orientierung – gemeinsam, geschlossen, verlässlich!

Solltet ihr mir euer Vertrauen schenken, werde ich als Generalsekretär das Amt nutzen, den Dialog innerhalb der Partei zu stärken. Ich werde in die Landesverbände und Bezirke kommen und unsere Politik verständlich machen. Ich werde zuhören, was euch unter den Nägeln brennt. Ich will der Generalsekretär der Partei sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, Grundlage von Politik ist die Verständigung über gemeinsame Ziele und Werte. Die Parteien sind der erste und beste Ort, an dem es zu dieser Verständigung kommen kann. Die Bedingungen dafür werden aber schwieriger: Individualisierung, Mediendemokratie, Mobilität und Pluralisierung verändern die Gesellschaft im Kern. Das betrifft uns in zweifacher Hinsicht:

Erstens. Die Anforderungen an uns werden immer größer. Wir müssen den Zusammenhalt wieder herstellen, der in der Gesellschaft verloren geht. Das ist eine harte Aufgabe. Aber gerade wir Sozialdemokraten müssen uns dieser Aufgabe stellen. Wir wissen besser als alle anderen, was Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt bedeuten. Dieses Wissen müssen wir weitergeben.

Zweitens. Die Bedingungen für unsere Arbeit werden komplizierter: Die politischen Themen wechseln schneller, die Nachrichtendrehzahl wird höher, die alten sozialen Netze werden löchriger, Parteibindungen lockern sich und alte Verbündete sind plötzlich nicht mehr da. Die Menschen werden schon lange nicht mehr in die Partei hineingeboren. Sie sind nicht automatisch auf unserer Seite. Wir müssen sie überzeugen, abholen und ihnen eine politische Heimat bieten. All das verlangt von uns neue Antworten.

Es gibt viele gute Beispiele dafür, wie die politische Arbeit vor Ort organisiert werden kann. Ich verstehe Partei deshalb auch als ein Forum für die besten Ideen. Diese Ideen müssen wir untereinander austauschen, damit in Passau das wiederholt werden kann, was in Herne schon lange funktioniert – oder umgekehrt.

Liebe Genossinnen und Genossen, von Herbert Wehner wissen wir: Organisation ist Politik. Gute Parteiarbeit ist unverzichtbar, wenn wir erfolgreich sein wollen. Die Bedingungen für unsere ehrenamtlichen Funktionäre müssen besser werden.

(Beifall)

Bereits nach dem Bochumer Parteitag haben wir die AG Mitgliederpartei eingesetzt, die hierzu Vorschläge machen wird. Einen Vorschlag mache ich selbst schon jetzt: Den Wettbewerb „Lebendiger Ortsverein“ müssen wir beim nächsten Parteitag wieder ganz in den Vordergrund stellen.

Auch die Möglichkeiten des Internets müssen wir stärker nutzen.

Erstens können wir vom Willy-Brandt-Haus aus schneller Informationen verbreiten, zweitens können unsere Mitglieder so die direkte Kommunikation mit der Parteizentrale aufnehmen. Wichtig ist mir, dass wir miteinander im Gespräch bleiben, in Fachgruppen, Arbeitsgemeinschaften und Foren, aber auch in Betriebsrätekonferenzen. Möglichkeiten und Anlässe gibt es viele; wir müssen sie nur nutzen. Wenn die Gesprächsfäden nicht abreißen, dann wird es uns allen auch leichter fallen, Einigkeit über große politische Vorhaben herzustellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind aber auch Volkspartei. Das heißt: Wir müssen offen sein für jeden, der bei uns mitmachen will, auch ohne Parteibuch. Wir müssen auch offen sein für Dialoge mit den Kirchen, den Sozialverbänden und der Wirtschaft. Wir brauchen auch und gerade die Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften. Ich bin mir sicher, dass ein Ausgleich zwischen der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf der einen und den Erfordernissen des Regierungshandelns auf der anderen Seite möglich ist. Wir müssen offen sein für neue Ideen, egal woher sie kommen, und wir müssen selbst neue Ideen entwickeln. Wir müssen so nah wie möglich an die Menschen heran und an das, was sie bewegt.

Ich will eng mit den Arbeitsgemeinschaften in der SPD zusammenarbeiten.

(Beifall)

Sie erfüllen gerade für die Volkspartei SPD eine wichtige Funktion. Sie sind unsere „Türen zur Gesellschaft“; es sind Angebote, bei denen die Schwelle zum Mitmachen niedrig ist. Dieser Aufgabe müssen die Arbeitsgemeinschaften dann aber auch gerecht werden.

Wir Sozialdemokraten machen Politik für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen zu dem sozialstaatlichen Konsens, der unser Land groß gemacht hat. Wir machen keine Klientelpolitik, sondern wir wollen den Gemeinsinn unserer Gesellschaft stärken. Wenn einer hinfällt, helfen wir ihm beim Aufstehen. Wir Sozialdemokraten wollen, dass jeder in Deutschland immer wieder eine Chance bekommt. Wir wollen eine gerechte und solidarische Gesellschaft.

Das ist der Unterschied zur Union, deren Programm „Abriss des Sozialstaates“ heißt. Die Union will ein anderes Deutschland: weniger gerecht, weniger solidarisch und letztlich auch weniger frei. Seht euch nur an, was die Union treibt, was sie plant, was sie verhindert und was sie blockiert! Seit CDU und CSU vor zwei Wochen ihren „Abrissplan“ vorgelegt haben, muss jedem klar sein, wohin die Union mit diesem Land will. Um den Spitzensteuersatz auf nur noch 36 Prozent zu senken, sollen die steuerfreien Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge sowie der Sparerfreibetrag gestrichen werden. Das ist eine Politik der opportunistischen Verantwortungslosigkeit.

(Beifall)

Diese Politik ist unanständig. Diese Union hat nicht mehr das Wohl der Menschen im Blick. Sie will Vergünstigungen für wenige und Belastungen für viele, eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. Kein einziger CDU-Finanzminister findet diese Steuerpläne gut. Keiner von denen will etwas mit Herrn Merz und seinen

Vorhaben zu tun haben, und zwar aus guten Gründen: Diese Pläne hätten verheerende Folgen. Dem Staat würden Milliarden fehlen, mit denen dringend notwendige Investitionen in Bildung und Forschung, für Familien und Kindern gesichert werden müssen. Wir werden dafür sorgen, dass diese Politik nur auf dem Bierdeckel von Merkel und Merz steht, aber niemals im Gesetzblatt.

(Beifall)

Was die veranstalten, ist politische Zechprellerei: Erst auf dem Bierdeckel anschreiben lassen, zahlen können dann andere später.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir machen es anders: Wir sichern den Sozialstaat. Wir schützen die Schwachen in unserer Gesellschaft. Die SPD ist und bleibt die Schutzmacht der Kleinen und der Schwachen.

(Beifall)

Wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass die Agenda 2010 trotz unvermeidlicher Härten sozial und gerecht ist. Wir haben die Reformen bei der Gesundheit gemacht, damit die Kassenbeiträge heruntergehen und Arbeit wieder billiger werden kann. Das ist sozial und gerecht. Wir haben die Reformen bei der Rente gemacht, damit die Rente auch in Zukunft bezahlbar bleibt. Auch das ist sozial und gerecht. Wir haben den Arbeitsmarkt flexibler gemacht, damit die Menschen wieder schneller Arbeit finden. Das ist sozial und gerecht. Wir haben die Steuern gesenkt, damit wieder alle mehr im Portemonnaie haben. Wir sparen, damit wir unseren Kindern kein Land hinterlassen, das pleite ist. Und auch das ist sozial und gerecht.

Wir investieren in Bildung und Forschung. Das ist der Rohstoff, den wir in Deutschland haben. Hier müssen wir weltweit Spitze sein. Deshalb fördern wir Innovationen. „Made in Germany“ muss weltweit eine Spitzenmarke bleiben. Wir müssen allen von Anfang an die besten Chancen geben. Deshalb unterstützen wir Familien und Kinder. Wir müssen auch endlich dafür sorgen, dass Männer und Frauen in unserem Land gleiche Chancen haben und gleiche Möglichkeiten nutzen können.

(Beifall)

Deshalb ist es wichtig, dass wir regieren. Nur als Regierungspartei können wir gestalten. Das wollen wir heute, morgen und über 2006 hinaus.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD ist auch eine Wertepartei. Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das sind für uns keine statischen Begriffe. Alle drei sind Voraussetzung füreinander und stehen in Beziehung zueinander. Darauf hat Gerhard Schröder schon beim 140. Geburtstag unserer Partei vor einem Jahr hingewiesen. „Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit und ohne Freiheit keine Solidarität“. Wir wollen die SPD so aufstellen, dass diesen Grundwerten auch heute noch, unter radikal veränderten Bedingungen, gerecht wird; denn unsere Werte sind richtig und modern. Sie werden uns helfen, die

Herausforderungen von Globalisierung und demographischer Entwicklung zu meistern.

Für mich sind unsere Werte keine leeren Phrasen. Ich wollte immer eine gerechtere Gesellschaft. Deshalb bin ich als Schüler in die SPD eingetreten. Ich empfand es früh als ungerecht, dass in meiner Schule begabte Mitschüler herausgesucht wurden, nur weil sie aus einfachen Verhältnissen stammten. Ich wollte immer mithelfen, dass dies anders wird. Auch später als Anwalt habe ich feststellen müssen, dass Gerechtigkeit keine Selbstverständlichkeit ist und dass Recht und Gerechtigkeit nicht das Gleiche sind.

Freiheit meint auch immer die Freiheit des Einzelnen. Aber wie könnte der Einzelne frei sein, wenn er gefangen ist in gesellschaftlicher Benachteiligung und wirtschaftlicher Not? Freiheit ist deshalb für uns die Freiheit von Existenzangst, die Freiheit, unabhängig von der sozialen Herkunft gleiche Chancen in Bildung und Beruf in Anspruch nehmen zu können, die Freiheit, eine Familie gründen und Kinder ohne wirtschaftliche Not und ohne gravierende Mehrbelastung der Frauen aufziehen zu können.

Sozialdemokraten haben in ihrem Grundwert der Solidarität stets mehr gesehen als gegenseitige materielle Hilfe. Solidarität ist das Einstehen für andere aus freier, eigener Entscheidung, das Einstehen sowohl für die individuelle Freiheit als auch für das Wohl der Gemeinschaft. Zur Solidarität gehört eben die Bereitschaft, Verantwortung für sich und für die Gesellschaft zu übernehmen. - Ohne Freiheit und ohne Solidarität kann es keine Gerechtigkeit geben und ohne Gerechtigkeit keine Freiheit.

(Beifall)

Um unsere Werte und Positionen den Menschen deutlich zu machen, werden wir die Programmdebatte vorantreiben. Es werden bald Thesen und Leitideen zur Diskussion für die gesamte Partei vorliegen. Mein Ziel ist es, den Programmentwurf bis zum Winter den Gliederungen zur Diskussion geben zu können. Für nächstes Jahr planen wir einen Parteitag, auf dem das Programm abschließend debattiert und beschlossen werden kann. Mir ist der Diskussionsprozess über das Programm genauso wichtig wie der abschließende Text. Dieses Programm wird das Rüstzeug für deine dritte Regierungsperiode, lieber Gerhard.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, schon am 13. Juni ist der nächste große Wahltag: Europawahl und Landtagswahl in Thüringen. Martin Schulz und Christoph Matschie, wir werden alles tun, damit wir gemeinsam mit euch bei diesen Wahlen erfolgreich sind.

(Beifall)

Am selben Tag haben wir Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, in Mecklenburg-Vorpommern, in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt und zwei Wochen später in Thüringen. Im Herbst folgen dann die Wahlen im Saarland, in

Brandenburg und in Sachsen und letztlich auch die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen.

Ihr seht: Hier ist einiges zu tun. Wir werden im Willy-Brandt-Haus dazu unsere Kräfte bündeln. Die Europa-Kampa läuft bereits auf Hochtouren. Ein Arbeitsstab „Wahlkämpfe“ wird gebildet. Dieser wird sofort seine Arbeit aufnehmen und gemeinsam mit den Landesverbänden die angesprochenen Wahlkämpfe angehen.

Wir brauchen in diesem Jahr eine gemeinsame große Kraftanstrengung der gesamten Partei auf allen Ebenen, denn klar ist: Erfolg hat nur, wer den Erfolg auch wirklich will!

(Beifall)

Unsere politischen Gegner heißen Merkel & Co.: Merkel, Stoiber, Koch und Merz. Das ist die Firma mit vier Vorstandsvorsitzenden – und alle mit beschränkter Haftung. Die wollen, dass wir die Reformarbeit leisten und sie die Tantiemen einstreichen. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen!

(Beifall)

Konsens in wichtigen Zukunftsfragen unseres Landes – immer gern, aber keinen Konsens, bei dem wir die Lasten schultern und die anderen sich aus der Verantwortung stehlen.

In den Wahlkämpfen, die vor uns liegen, werden wir offen legen, wie die Firma Merkel & Co. durch falsche Produktwerbung und Rosstäuscherei die Menschen hinters Licht zu führen sucht. Die Union verspricht das Blaue vom Himmel, aber sie unterschlägt die Kosten. Im Wirtschaftsleben und an der Börse wäre das längst ein Fall für den Staatsanwalt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will mit euch dafür sorgen, dass unsere Mitglieder motivierte und stolze Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind. Ich will dafür sorgen, dass wir alle zusammen kampagnenfähig sind. Ich will dafür sorgen, dass zwischen Basis und Führung mehr miteinander geredet und zugehört wird. Ich will dafür sorgen, dass wir unsere politischen Konzepte den Menschen erfolgreich und selbstbewusst vermitteln. Ich will dafür sorgen, dass die SPD auch in Zukunft programmatisch auf der Höhe der Zeit bleibt und für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eintritt. Ich will mit euch dafür sorgen, dass die SPD wieder stark wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, dabei brauche ich eure Mithilfe und eure Unterstützung. Ich will gemeinsam mit euch neue Wege zu alter Stärke gehen! Deshalb bitte ich um euer Vertrauen.

(Beifall)

Christoph Matschie, Tagungspräsidium: Lieber Klaus Uwe, herzlichen Dank für deine klaren Worte zur weiteren Arbeit der Partei. Wir wünschen dir für die vor dir liegenden gewiss nicht ganz einfachen Aufgaben eine gute Hand, viel Kraft und auch das notwendige Glück. Herzlichen Dank, Klaus Uwe.

(Beifall)

Jetzt liegt uns das Ergebnis der Wahl zum Parteivorsitzenden vor. Ich bitte die Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Margret Kuhlmann, ans Pult. Margret, bitte.

Ergebnis der Wahl zum Parteivorsitzenden

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf euch das Wahlergebnis bekannt geben. Es wurden 473 Stimmen abgegeben. Davon waren zwei Stimmen ungültig. Es waren also 471 Stimmen gültig. Es gab eine Enthaltung, 22 Nein- und 448 Ja-Stimmen.

(Lebhafter Beifall)

Das bedeutet eine Zustimmungsquote von 95,11 Prozent.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Christoph Matschie, Tagungspräsidium: Lieber Franz, gratuliert ist, die Blumen hast du auch schon. Ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Ich nehme die Wahl an, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Ich habe ein schönes Geschenk für dich. Vielleicht nimmst du es entgegen, bevor du die abschließenden Bemerkungen machst.

(Gerhard Schröder überreicht Franz Müntefering ein altes sozialdemokratisches Plakat mit dem Aufruf „Zupacken!“)

Lieber Franz, ich denke, dass die Parole „Zupacken“ zu keinem so gut passt wie zu dir. Die Partei – das hat das Ergebnis gezeigt, das hat die Aufnahme deiner Rede gezeigt – kann und will das brauchen. Alles, alles Gute für eine lange Amtszeit! Ich verspreche dir jede Form der Unterstützung. Wann immer du mich brauchst, ich bin für dich – auch sehr persönlich – da.

(Beifall)

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Lieber Gerd! liebe Genossinnen und Genossen! Ich bedanke mich für das Ergebnis der Wahl. Ich weiß, da steckt viel an Vorschuss drin. Ich will versuchen, dem gerecht zu werden.

Aber auch ich habe etwas für dich, lieber Gerd.

(Heiterkeit)

- Ich halte das vorher immer geheim, ihr wisst das ja.

(Franz Müntefering übergibt Gerhard Schröder ein Bild)

- Das ist von einem richtigen Künstler.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

- Alle die, die etwas von Kunst verstehen, haben jetzt geklatscht. Die anderen müssen sich das Bild noch einen Augenblick anschauen; aber danach findet sicher auch ihr es gut.

(Beifall)

Christoph Matschie, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht: Die SPD findet nicht nur klare Worte, sie hat auch die richtigen Bilder. Franz Müntefering, auch vom Präsidium aus noch einmal alles, alles Gute auf deinem Weg in die nächsten Jahre! Viel Kraft und Mut! Und: Pack zu! Glück auf, Franz!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich schlage vor, dass wir jetzt zunächst den Wahlgang zur Wahl des Generalsekretärs anschließen und erst danach zur Antragsberatung und zur Fortsetzung der Aussprache kommen. - Da sich dagegen kein Widerspruch erhebt, werden wir so verfahren.

Ich übergebe den Vorsitz wieder an Ute.

Wahl des Generalsekretärs

Ute Kumpf, Tagungspräsidium: Danke, lieber Christoph. – Wir treten jetzt ein in die Wahl zum Generalsekretär. Vorgeschlagen ist Klaus Uwe Benneter, Landesverband Berlin.

Es werden euch wieder Wahlzettel ausgehändigt; diesmal sind es grüne Wahlzettel. Bitte nehmt eure Plätze wieder ein! Die Vertreter der Medien bitte ich, den Bereich hier vorne freizumachen. Auch hier gilt wieder: Es handelt sich um eine Einzelwahl und die Wahl ist geheim. Deshalb bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der Medien, nicht mit ihren Kameras zu spicken. Und die Delegierten schließlich bitte ich: Macht die Stimmzettel richtig kenntlich und klebt als Kontrollmarke die „2“ auf das entsprechende Feld vorne auf den Stimmzettel. Nur dann ist der Wahlzettel gültig.

Nun bitte ich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die Wahlzettel auszuhändigen.

Wer hat noch keinen Stimmzettel? – Die Kommission arbeitet sich langsam von rechts nach links durch, wurde mir signalisiert. Man hat euch nicht vergessen!

Sind jetzt alle versorgt? – Da jetzt offenbar alle einen Stimmzettel haben, bitte ich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Wer hat seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Ich gehe jetzt davon aus, dass alle ihren Stimmzettel abgegeben haben. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Ich übergebe zur Antragsberatung an den Kollegen Heiko Maaß.

Antragsberatung

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zum Tagesordnungspunkt Antragsberatung. Ich will eines vorwegschicken: Da die ersten Delegationen bereits um 16.30 Uhr die Heimreise antreten müssen, haben wir nur noch wenig Zeit. Wir werden bis etwa 16.15 Uhr beraten können. Ich bitte dafür um Verständnis.

Ich rufe den Antrag 1 des Parteivorstandes auf: „Deutschland 2010 – Werte und Ziele für unser Land“.

Dieser Antrag liegt euch in der veränderten Fassung der Antragsberatungskommission vor. Kurt Beck hat sie bereits begründet. Bevor wir in die Aussprache eintreten, lasse ich über einen mir vorliegenden Antrag abstimmen, nämlich die Redezeit von fünf auf drei Minuten zu begrenzen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

In der Aussprache hat als Erste Karin Junker das Wort.

Karin Junker, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! In dem Antrag 1 findet ihr eine kleine Passage zum Thema Geschlechtergerechtigkeit. Dies ist ein wichtiges Thema, von dem ich hoffe, dass es künftig mehr Raum und Zeit in der Partei einnehmen und programmatisch auch ausgeweitet wird. Denn wir haben Wahlerfolge für die SPD immer nur gewinnen können, wenn wir die Frauen angesprochen und uns frauenpolitisch exponiert haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn man sich die letzten Wahlergebnisse anguckt, muss man feststellen, dass wir gerade hier besonders eingebüßt haben. Die Frauen der mittleren Jahrgänge, die verzweifelt versuchen, Beruf und Kinder unter einen Hut zu kriegen, sind diejenigen, die uns bei Wahlen in hoher Zahl die Zustimmung verweigert haben. Ich bitte das als ein ständiges Thema ernst zu nehmen und in die programmatischen Überlegungen einzubeziehen, vor allen Dingen auch in das praktische Handeln.

Hier spreche ich zu dem Antrag, der die Unisexstarife für die Riester-Rente fordert. Der Bochumer Parteitag hat diese Forderung bereits mit einer breiten Mehrheit bestätigt. Da haben wir gesagt: Dies ist ein aktiver Beitrag zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit. Jetzt stellt sich die Nagelprobe. Denn in der Bundestagsfraktion wird das Alterseinkünftegesetz beraten. Hier entscheidet sich, ob

die Partei bereit ist, das, was wir programmatisch beschlossen haben, in die Praxis umzusetzen.

Ich bitte euch, diesen Antrag mit großer Mehrheit anzunehmen, damit deutlich wird: Wir versprechen nicht nur, sondern wir halten auch das, was wir versprechen, nämlich die Einführung von gleichen Tarifen für gleiche Leistungen bei der Riester-Rente. Die gesetzliche Rente kennt keine geschlechtsspezifischen Elemente. Aber wie es jetzt beim geltenden Recht aussieht, soll damit gebrochen werden, indem geschlechtsspezifische Elemente beim Anteil der privaten Vorsorge zum geltenden Recht zählen. Mit diesem Missstand wollen wir aufräumen. Wir wollen nicht, dass die gesetzliche Rente für Frauen entweder teurer wird oder geringer ausfällt, sondern wir wollen gleiches Recht für Männer und Frauen, das heißt gleiche Beiträge und am Ende auch gleiche Leistungen. Ich hoffe hier auf eure Unterstützung.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karin. – Als Nächster hat Nils Annen das Wort. Danach folgt Erich Pipa aus Hessen-Süd.

Niels Annen, Juso-Vorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Worum geht es in den nächsten Tagen und Monaten? Für mich heißt Partei zu sein Partei zu ergreifen – Partei zu ergreifen zum Beispiel für die Zukunftschancen junger Menschen in unserem Land. Wir sollten eine Partei sein, die sagt: Wir wollen Freiheit, von der viel geredet worden ist, aber gerecht und für alle.

Die SPD, Genossinnen und Genossen, befindet sich in einer tiefen Krise. Viel ist darüber geschrieben und diskutiert worden. Der Grund, weshalb wir heute hier zusammen sind, liegt auch darin begründet. Denn schuld an der Krise sind nicht allein die Medien. Schuld an der Krise ist nicht nur eine schlechte, manchmal dilettantische Kommunikation. Schuld daran sind auch nicht einzelne Köpfe in der Parteiführung.

Worum geht es, Genossinnen und Genossen? Mit dem Widerspruch zwischen der allgemein proklamierten Reformbereitschaft auf der einen Seite und der Ablehnung unserer Politik, der Agenda 2010, durch unsere Wählerinnen und Wähler, werden wir täglich konfrontiert. Dieser Widerspruch liegt genau in der Tatsache begründet, dass die Menschen uns, der Sozialdemokratie, nicht mehr zutrauen, für die Verbesserung der Mehrheit in diesem Lande zu sorgen, und dass sie der Meinung sind, es gehe nicht mehr sozial ausgewogen zu. Die Folgen sind Verunsicherung und Abkehr, wie wir alle erfahren.

Aber, Genossinnen und Genossen, ich sage insbesondere denjenigen, die jetzt glauben, in der Sozialdemokratie die einzige Ursache für die Krise des Sozialstaates zu sehen, ganz klar: Wer den Sozialstaat solidarisch erhalten, wer sozialen Zusammenhalt nach innen und wer eine friedliche Politik nach außen will, der muss mit und in der Sozialdemokratie Politik machen, anstatt außerhalb oder gegen die SPD.

(Beifall)

Ich habe manchmal das Gefühl, vor lauter Enttäuschung über den eigenen Laden – ich kann das in einigen Punkten nachvollziehen – haben wir die Dimension der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in diesem Land schlicht ignoriert. Merkel und Merz haben die alte christliche Union abgewickelt. Selbst gestandene CDU-Mitglieder haben noch gar nicht gemerkt, dass ihre Vorsitzende inzwischen heftig mit der alten Handtasche von Maggie Thatcher fuchtelte. Die Union hat dem Sozialstaat in Deutschland den Kampf angesagt. Nur eine starke SPD wird sie daran hindern können, ihre Pläne in die Praxis umzusetzen. Unsere Antwort, Genossinnen und Genossen, haben wir in Bochum gegeben. Sie heißt Bürgerversicherung statt Kopfpauschale, gerechte Besteuerung statt Flat Tax, Bildungschancen statt Spaltung in Gewinner und Verlierer durch noch mehr Selektion.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir sind uns alle einig: Wir müssen zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zurückkehren. Das geht nicht von heute auf morgen. Wir müssen uns alle anstrengen. Partei kann man nur dann sein, wenn man sich und seine eigenen Beschlüsse ernst nimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Rat: Fangen wir gemeinsam mit Franz Müntefering an, dafür zu arbeiten, alle miteinander, an der Bundesspitze, in den Ländern, in denen wir Verantwortung tragen. Die Ausbildungsplatzabgabe ist das erste große Ziel, das wir umzusetzen haben. Gerade die jungen Menschen in unserem Lande werden uns daran messen. – Ich danke euch.

(Vereinzelt Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Nils. – Als Nächster hat Erich Pipa das Wort. Danach kommt Detlev Albers. – Ist Erich Pipa unterwegs zum Rednerpult? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann rufe ich die nächste Wortmeldung auf: Detlev Albers, Bremen.

Detlev Albers, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! In drei Minuten möchte ich hier herausarbeiten, dass das, womit wir jetzt mit dem Antrag „Deutschland 2010“ starten, eine ganz große Selbstverpflichtung enthält. Gerade unseren gewerkschaftlichen Freunden, Kollegen und manchen Genossen darunter möchte ich einen Satz in Erinnerung rufen, den ihr auf Seite 1 findet: Deutschlands weltweit einzigartige Wirtschaftsdemokratie, bestehend aus Tarifautonomie, Mitbestimmung und sozialer Partnerschaft, ist eine gemeinsame Schlüsselzielsetzung, die wir auf diesem Sonderparteitag noch einmal plakativ herausarbeiten. Gleichzeitig wollen wir uns darauf verabreden - so wie Klaus Uwe Benneter das eben ausgeführt hat und es vorhin auch von Franz Müntefering gesagt wurde -, ein neues Grundsatzprogramms auszuarbeiten, das für die nächsten Jahrzehnte Bestand haben soll. Eine direktere Einladung zum Gespräch zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern kann ich mir nicht vorstellen.

Deshalb bitte ich euch, mit einem geschlossenen Votum für den Grundsatzantrag dies als Selbstbeauftragung in beide Richtungen zu verstehen, Gewerkschaften hier

und Sozialdemokraten dort und die übrigen gewerkschaftlichen Kräfte, auf die wir uns beziehen. Wir sollten damit Ernst machen. Deshalb hoffe und erwarte ich, dass das am 3. April bei den Kundgebungen für das europäische Sozialmodell gemeinsam im Vordergrund stehen kann. – Ich danke euch.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Detlev. Als Nächster hat das Wort Rainer Bliesener, Baden-Württemberg, danach kommt Gernot Grumbach, Hessen-Süd. Ist der Rainer Bliesener noch da? Er ist nicht mehr da. Dann kommt als Nächster Gernot Grumbach, Hessen-Süd. Nach ihm kommt Thomas Isenberg, Landesverband Berlin.

Gernot Grumbach, Hessen-Süd: Ich will nur einen einzigen Punkt betonen, weil ich glaube, dass es nach der Rede des Generalsekretärs eine Aufgabe gibt, die man zuspitzen muss. Der Generalsekretär der Partei hat drei Aufgaben. Erstens muss er dafür sorgen, dass die ehrenamtlichen Genossinnen und Genossen an den Entscheidungen der Partei mit beteiligt werden. Zweitens muss er dafür sorgen, dass diejenigen Genossinnen und Genossen, die andere Positionen als die jeweilige Mehrheit vertreten, egal aus welcher Richtung sie kommen, an dieser Partei beteiligt werden, sodass sie sich in dieser Partei deutlich artikulieren können. Wir müssen deutlich machen, dass es sich lohnt, in dieser Partei zu streiten und nicht aus ihr herauszugehen. Das Dritte ist: Wenn wir wollen, dass diese Partei wieder gewinnt, müssen wir das Schild soziale Gerechtigkeit wieder aufpolieren. Alles kann man mit einer einzigen Grundeinstellung entscheiden. Ich glaube, Willy Brandt hat für alle drei Fragen den richtigen Weg formuliert: Wir müssen in der SPD und in dieser Gesellschaft mehr Demokratie wagen. Das ist, glaube ich, die zentrale Aufgabe des Generalsekretärs und von uns allen.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gernot. – Bevor Thomas Isenberg das Wort erhält, können wir das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekannt geben. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission hat das Wort.

Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf euch das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekannt geben. Es wurden 531 Stimmen abgegeben, 4 waren ungültig, das heißt 527 waren gültig. Davon stimmten mit Nein 70; 42 Enthaltungen gab es und 415 stimmten mit Ja.

(Beifall)

Das bedeutet in Prozent: 78,74.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Lieber Klaus Uwe, herzlichen Glückwunsch. Aber du musst uns schon noch mitteilen, ob du das Ergebnis und die Wahl auch

annimmst. Wir können anschließend weiter gratulieren. Wir wollen in der Antragsberatung fortfahren; dann sind wir auch schneller fertig. – Klaus Uwe!

Klaus Uwe Benneter, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für dieses Ergebnis und ich hoffe, ich kann es rechtfertigen. Beim nächsten Parteitag habt ihr dann die Möglichkeit, auch anhand meiner Arbeit zu urteilen.

Danke schön.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch, Klaus Uwe! Wir können jetzt in der Antragsberatung fortfahren. Das Wort hat jetzt Thomas Isenberg, Landesverband Berlin. Ihm folgt Arne Schneider aus Hannover. – Vorher will der Franz aber noch etwas sagen.

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Falls das erlaubt ist?

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Selbstverständlich.

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Mitten in das Ganze hinein gibt es einen schönen Blumenstrauß für Olaf Scholz und ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Antragsberatung

Heiko Maas, Tagungspräsidium: So Thomas, jetzt hast du aber wirklich das Wort. Ihm folgt Arne Schneider aus Hannover.

Thomas Isenberg, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Franz Müntefering hat es gesagt: Opposition macht keinen Spaß. Das sollen die anderen machen. Klaus Uwe Benneter sagt zu Recht: Die Partei hat über 600 000 Mitglieder und nicht nur 630. Damit dieses so bleibt, sage ich als Ortsvereinsvorsitzender und engagiertes Mitglied im Kreis: Ich wünsche mir eine Partei, in der wir wieder lebendiger diskutieren als in der Vergangenheit. Ich wünsche mir eine Partei, in der die Parteibasis nicht nur Beschlüsse zu exekutieren hat, die durch das Regierungshandeln vorgegeben sind.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe die große Hoffnung – ich bin mir sicher, dass Franz und Uwe das schaffen werden -, dass in den Bereichen, wo man einen Konsens mit der Union und den Bundesländern machen will – ich hätte im Übrigen an einigen Stellen lieber einen Dissens, damit ich auch deutlich weiß, was die SPD sagt -, mindestens deutlich wird, wo denn die sozialdemokratischen Reste dieses Konsens sind. Gerade deswegen hoffe ich, dass Franz es schafft, dass wir in der Partei beispielsweise auf dem Feld der Gesundheitspolitik die Befürchtungen der

Menschen nicht länger ignorieren und alles schönreden. Wenn wir einen Konsens haben, der besagt: „Wir machen mehr als in der Agenda 2010 beschlossen, wir machen mehr, als nur das Krankengeld einseitig zu finanzieren; vielmehr belasten wir auch die Sozialhilfeempfänger, die im Heim sind und die nichts dafür können, dass sie im Heim sind, mit Zuzahlungen; wir führen darüber hinaus noch die Praxisgebühr, die wir nicht wollten, ein“, dann muss dies auch entsprechend in dem Handeln der Bundesregierung deutlich werden. Wenn das da nicht klappt, dann muss das endlich wieder in dieser Partei deutlich werden.

Um mit den Worten des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden aus Hannover zu sprechen: Wir brauchen wieder einen sozialen Patriotismus. Dabei muss die SPD wieder Flagge zeigen, damit Klaus Uwe Benneter Recht behält und die SPD wieder Vertrauen zurückgewinnen kann, weil sie auch die Schutzmacht der kleinen Leute ist. Mancher hat ja in der Vergangenheit das Gefühl gehabt, wir wären das nicht mehr. Manch einer von uns fühlt sich stigmatisiert, wenn er über Sozialhilfe spricht, weil der eine oder andere in der Partei am liebsten schon Sozialschmarotzertum unterstellt.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit dieser einseitigen Betrachtungsweise muss Schluss sein. Wir brauchen wieder einen sozialen Patriotismus. Wir brauchen die Bürgerversicherung als das Leitprojekt für soziale Gerechtigkeit, weil Krankheit ohne Politik nicht heilbar ist. Krankheit ist abhängig vom sozialen Status. Wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands sollten wieder Flagge zeigen, damit all diejenigen, die jetzt fahnenflüchtig geworden sind, wieder Vertrauen gewinnen und zurückkommen können, damit sie gemeinsam mit uns für das gesellschaftliche Reformprojekt sozialdemokratisches Deutschland kämpfen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas. – Arne Schneider aus Hannover hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Dann wäre jetzt Angelica Dullinger aus Bayern an der Reihe. – Auch sie hat ihre Wortmeldung zurückgezogen. Als Nächster wäre dann Mark Rackles aus Berlin an der Reihe.

Mark Rackles, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Berliner haben nicht nur den Vorteil, künftig den Generalsekretär zu stellen, sondern sie haben auch den kürzesten Weg nach Hause. Deswegen sind wir heute offensichtlich besser vertreten als sonst. Ich muss euch gleichzeitig darauf hinweisen: Wenn ihr nach Hause fahrt, fahrt ihr durch Neukölln und durch den Kreis, in dem ich Kreisvorsitzender bin, Friedrichshain-Kreuzberg. Dort haben wir mit massiven Problemen der Sozialhilfe, des Wohnungsgeldes und der Arbeitslosigkeit zu kämpfen.

Es ist zwar eine unorthodoxe Tagesordnung, die wir jetzt haben. Wir befinden uns aber in der Aussprache über den Antrag 1. Wenn man diesen Antrag auf die Gesichtspunkte hin durchguckt, mit denen ich als Kreisvorsitzender Menschen ansprechen kann – Stichwort: Arbeitslosigkeit -, wird man feststellen: Wir finden zu vielen Punkten Worte; wir finden zu vielen Punkten auch Worte, bei denen ich als Linker sagen kann: Ich habe kein Problem damit; ich trage das Gesamtprojekt mit. Ich meine die Erbschaftsteuer, die Bürgerversicherung und verschiedene andere

Punkte. Ich möchte aber auch an die Mitglieder der Bundesregierung appellieren, diese Punkte gemeinsam zu vertreten; Stichwort: Ausbildungsumlage.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ein wichtiges Zeichen, mit dem auch uns ermöglicht werden kann, in bestimmte Bereiche hineinzugehen, in denen die Partei zurzeit nicht so gefragt ist. Das betrifft das untere Drittel der Gesellschaft. Ich möchte einen Ergänzungs- und Änderungsantrag stellen. Ich bitte euch, ihn nicht kleinlich zu betrachten, weil es sich dabei um einen ganz wichtigen Aspekt handelt. Es steht dort nichts anderes drin, als dass unser Hauptziel darin besteht, all diese Maßnahmen im Hinblick auf das eine Ziel zu bündeln, nämlich die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Hans-Jochen Vogel hat vorhin darauf hingewiesen, dass das im Moment das Kernübel der Wirtschaft und unserer Gesellschaft ist. Dieses Übel haben im Übrigen auch Franz Müntefering und Gerhard Schröder benannt. Ich meine die Jugendarbeitslosigkeit. Ich habe bei mir im Kreis eine Jugendarbeitslosigkeit von Migranten in Höhe von 30 Prozent. Ich muss den Leuten eine Antwort geben, dass es nicht nur um Repressionen, um Verschlechterungen des Status geht. Vielmehr geht es darum, perspektivisch für alle etwas zu erreichen. In diesem Sinne bitte ich – ich habe das vorhin eingereicht; ich bitte um Abstimmung darüber – um eine Ergänzung auf Seite 2. Es handelt sich um einen schlichten Satz, der nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit der sozialdemokratischen Partei wiedergibt: „Die SPD richtet ihre Politik an dem übergreifenden Ziel des Abbaus der Massenarbeitslosigkeit aus. Wir bewerten den Erfolg unserer Arbeit insbesondere am Abbau der Jugend- und übrigen Arbeitslosigkeit.“

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich weise allerdings darauf hin, dass die Frist für die Einreichung von Ergänzungs- und Initiativanträgen schon lange abgelaufen ist. Hier ist kein Ergänzungsantrag eingegangen. Ich bitte, das noch einmal zu überprüfen.

In der Zwischenzeit kann Sibylle Bunse das Wort ergreifen.

Sibylle Bunse, Sachsen: Eigentlich hatte ich zurückgezogen. Da ich aber das Wort erhalten habe, nehme ich es natürlich auch an.

Liebe Genossinnen und Genossen, PISA liegt nun schon einige Zeit zurück. Wir haben nationale Bildungsstandards erarbeitet. Alle einzelnen Länder sind sehr beschäftigt. Zweifellos tut sich an deutschen Schulen einiges. Selbst wenn alles besser werden sollte, stellt sich doch die Frage, ob es denn auch gut wird. Wenn wir unsere Situation nach den vorgenommenen Änderungen mit den Verhältnissen in den erfolgreichen PISA-Ländern vergleichen, dann steht das genauso infrage wie dann, wenn wir uns die Ursachen für das schlechte deutsche Ergebnis anschauen. Das mag provokant sein, das soll es auch. Obwohl verbal wohl alle zustimmen, dass die wesentlichen Ursachen in der deutschen Schul- und Lernkultur zu suchen sind,

geht doch kein Land ernsthaft daran, diese Schul- und Lernkultur nachhaltig zu verändern.

(Vereinzelt Beifall)

Dabei haben wir als SPD in den Ländern, in denen wir die Regierungsverantwortung hatten und haben, doch genügend Lehrgeld bezahlt. Wie viele Reformen haben wir im Schulbereich versucht? Wie viele Hoffnungen haben wir in das Modell Gesamtschule gesetzt? Trotzdem haben wir mit PISA eine Quittung erhalten, die eher den Traditionalisten Recht zu geben scheint. Woran liegt das? Wenn wir die Ursachen wirklich analysieren und zum Beispiel die Ergebnisse des Forums Bildung ernst nehmen, wenn wir also tatsächlich nachvollziehen, warum Schülerinnen und Schüler nicht einmal Grundkompetenzen im Lesen und Schreiben erwerben, obwohl sie zehn Jahre lang die Schulbank gedrückt haben, dann werden wir erkennen, dass wir einen Systemwechsel an unseren deutschen Schulen brauchen.

Wir brauchen einen modernen Bildungsauftrag, der auf die Ausbildung von Lebenskompetenzen und nicht nur auf die Vermittlung puren Wissens hinzielt. Wir brauchen dazu eine Schul- und Lernkultur, welche jeden einzelnen Schüler in seiner Lebenswelt problemorientiert fördert und fordert und nicht, wie in einer Fabrik, hoch arbeitsteilig bearbeitet. Wir müssen über unsere Schulen tatsächlich neu nachdenken, weil wir die Perspektiven ändern müssen. Einen neuen Bildungsauftrag kann man gesetzlich formulieren, in nationale Kompetenzstandards gießen und durch Tests regelmäßig prüfen.

Die neue Schul- und Lernkultur muss jedoch selbst wachsen können und wachsen. Sie kann nicht verordnet werden. Das würde auch deren Wesen widersprechen. Sie benötigt stattdessen Rahmenbedingungen. Wir meinen, diese sind in drei Bereichen grundlegend neu zu setzen, nämlich erstens in der Umgestaltung der Schule, sodass sie tatsächlich die Verantwortung für die Bildungsprozesse wahrnimmt, zweitens in der Umgestaltung von gegliederten in integrierte Schulsysteme und drittens in der Ausweitung der Schule von der Lehranstalt zu einem Lebensraum.

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Sibylle, deine Redezeit ist zu Ende.

Sibylle Bunse, Sachsen: Meine Redezeit ist zu Ende. - Ich denke, darüber sollten wir nachdenken.

Ich danke euch für euer Zuhören.

(Vereinzelt Beifall)

Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Sibylle. - Bevor wir nun zu den Abstimmungen kommen, gebe ich noch einmal der Mandatsprüfungs- und Zählkommission das Wort; denn bei der Übermittlung des Wahlergebnisses bezüglich der Wahl des Generalsekretärs gab es einen kleinen Fehler, der zwar nichts an dem Ergebnis ändert, den wir jetzt aber offiziell korrigieren.

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ein kleiner Fehler war enthalten. Diesen haben wir entfernt. An der Zustimmung in Höhe von 78 Prozent hat sich aber nichts geändert. Ich gebe jetzt die korrekte Stimmenanzahl bekannt: Es wurden insgesamt 457 Stimmen abgegeben, wovon 4 ungültig waren. Die 453 gültigen Stimmen teilen sich wie folgt auf: 34 Enthaltungen, 360 Ja-Stimmen und 59 Nein-Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Heiko Maas, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag 1 des Parteivorstandes. Hierzu liegt ein Initiativantrag mit dem Titel „Unisexstarife bei der Riester-Rente“ vor. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Zunächst lasse ich über diesen Initiativantrag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Initiativantrag so beschlossen.

Der eben hier vorgetragene mündliche Initiativantrag wird von der Antragskommission nicht übernommen. Ich lese ihn noch einmal in aller Kürze vor: Die SPD richtet ihre Politik an dem übergreifenden Ziel des Abbaus der Massenarbeitslosigkeit aus. Wir bewerten den Erfolg unserer Arbeit insbesondere am Abbau der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. – Das ist an anderer Stelle in dem Antrag bereits enthalten. Gegen die Aussage ist nichts einzuwenden, aber die Antragskommission bittet, den Antragstext in der vorliegenden Form anzunehmen. Ich frage: Wer dafür ist, dem Votum der Antragskommission zu folgen, diesen Initiativantrag abzulehnen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Initiativantrag abgelehnt.

Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag 1 „Deutschland 2010 – Werte und Ziele für unser Land“ insgesamt. Wer für die Annahme des Antrags in der durch die Antragskommission vorgeschlagenen Form ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen nun zum Antrag 2, der euch ebenfalls vorliegt. Da es keine weiteren Initiativanträge gibt, können wir über den Antrag „Rolle und Aufgaben der SPD 2004/2005“ in der vorgelegten Form abstimmen. Wer für die Annahme des Antrags ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben damit die Antragsberatungen abgeschlossen. Beide Anträge sind beschlossen worden und stellen die Leitlinien für die Arbeit der SPD in den kommenden Wochen und Monaten dar. Herzlichen Dank für eure Mitarbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind damit auch am Ende des Parteitages angekommen. Das Schlusswort hat der neue Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, Franz Müntefering.

Schlusswort des Parteivorsitzenden

(Beifall)

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Schlusswort wird nur ganz knapp ausfallen, weil viele von euch nach Hause müssen.

Ich bedanke mich für den Verlauf des heutigen Tages. Das war nicht selbstverständlich. Wir befinden uns in einer schwierigen Situation. In vielen Konferenzen, an denen ich teilnehme, habe ich erfahren, dass es viele Zweifel und Missverständnisse gibt, mit denen man sich auseinander setzen muss. Ich meine, wir sind heute der Situation gerecht geworden; denn wir haben die Möglichkeit, die sich durch diesen Parteitag eröffnet, genutzt. Ich danke euch allen. Nehmt die Botschaft von Berlin mit in eure Wahlkreise und in die Ortsvereine.

Wir müssen in den nächsten Tagen und Wochen dafür sorgen, dass wir keine Zeit verlieren. Wir müssen uns fest vornehmen, den 13. Juni 2004 und die Wahlen im September erfolgreich zu bestehen und die nötigen Vorbereitungen dafür zu treffen.

Ich bedanke mich noch einmal bei Gerhard Schröder und Olaf Scholz und verspreche, dass Klaus Uwe Benneter und ich in unseren neuen Funktionen, in die ihr uns gewählt habt, für die Partei und für das Land gute Arbeit machen werden.

Kommt gut nach Hause. Zum Schluss singen wir gemeinsam noch ein schönes Lied. Alles Gute.

(Beifall)

(Es wird das Lied „Wann wir schreiten Seit' an Seit“ gesungen! - Beifall)

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Wir bedanken uns beim Ruhrkohle-Knappenchor aus Essen. Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall – Zurufe: Zugabe!)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Hört mal, es fällt ja auf, dass bei diesem wunderbaren Lied die Hymne der ASF? „Mann und Weib und Weib und Mann sind nicht Wasser mehr und Feuer“ nicht gesungen worden ist. Das ist schon bemerkenswert. Könnt ihr das nicht oder was ist?

(Heiterkeit)

Franz Müntefering, Parteivorsitzender: Ja, das war eine Strophe.

(Zurufe: Zugabe! - Es wird das Lied „Glück auf! Glück auf! Der Steiger kommt!“ gesungen! - Beifall)

Ende des Parteitags : 16.26 Uhr

Anhang

Delegierte

Parteivorstand

Albers, Detlev
Annen, Niels
Beck, Kurt
Berg, Ute
Bodewig, Kurt
Bulmahn, Edelgard
Burchardt, Ulla
Clement, Wolfgang
Däubler-Gmelin, Herta
Dieckmann, Bärbel
Duin, Garrelt
Eichel, Hans
Engelen-Kefer, Ursula
Fischer, Birgit
Gabriel, Sigmar
Griese, Kerstin
Grumbach, Gernot
Hendricks, Barbara
Junker, Karin
Kastner, Susanne
Krehl, Konstanze
Maas, Heiko
Maget, Franz
Matschie, Christoph
Nahles, Andrea
Platzeck, Matthias
Pöker, Arno
Poß, Joachim
Püchel, Manfred
Riester, Walter
Schartau, Harald
Scheer, Hermann
Schmidt, Renate
Scholz, Olaf
Schreiner, Ottmar
Schröder, Gerhard
Schulz, Martin
Schwall-Düren, Angelika
Simonis, Heide
Stiegler, Ludwig
Thierse, Wolfgang
Vogt, Ute
Wettig-Danielmeier, Inge
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Zöpel, Christoph

Baden-Württemberg

Arnold, Rainer
Bednarz, Hendrik
Behnke, Elfriede
Bergtold, Alexander
Bliesener, Rainer
Bury, Hans Martin
Caspers-Merk, Marion
Castellucci, Lars
Dreßen, Peter
Drexler, Wolfgang
Drobinski-Weiß, Elvira
Erlar, Gernot
Friedrich, Peter
Gilbert, Carsten
Godawa, Angela
Grünstein, Rosa
Guerakar, Hidir
Haller-Haid, Rita
Hausmann, Rudolf
Heberer, Helen
Hofelich, Peter
Jung, Johannes
Knauss, Renate
Kressl, Nicolette
Kumpf, Ute
Lange, Christian
Leibinger, Richard
Lutz, Udo
Mattes, Anselm
Matheis, Hildegard
Moos, Hans-Jürgen
Priebe, Claudia
Rehbock-Zureich, Karin
Rollwagen, Christa
Rosemann, Martin
Sargk, Susanne
Schmidt-Kempe, Beate,
Schöll, Sarah
Tauss, Jörg
Weisskirchen, Gert

Bayern

Abele, Kathrin
Anker, Ingrid
Biedefeld, Susann
Blankenburg, Kay
Deckwerth, Ilona
Döhla, Benedikt

Dullinger, Angelica
Eichelsbacher, Manfred
Esser, Antje
Fischer, Susanne
Frauenschläger, Elvira
Graf, Angelika
Groß, Werner
Hahnzog, Klaus
Hebertinger, Renate
Hoderlein, Wolfgang
Jahn-Graf, Susanne
Kaiser, Hans-Jürgen
Karb, Richard
Karl, Annette
Kelsch, Matthias
Kempf, Matthias
Ketterle, Christian
Kirchner, Ralf
Klier, Manfred
Klinksiek, Dorothee
Kolbow, Walter
Kubatschka, Horst
Lothes, Karl
Macher, Elke
Mehrlich, Heinz
Morlock, Carmen
Naser, Volker
Negele, Christine
Noichl, Maria
Olbrich, Gerhard
Peitzsch, Wolfgang
Pronold, Florian
Reinhardt, Claus
Roloff, Sebastian
Rupp, Adelheid
Schaller, Marcel
Scheffler, Jennifer
Scherzer, Axel
Schmid, Herbert
Schmidt, Frank-Hermann
Schmitt-Bussinger, Helga
Schnarr, Patricia
Schuhmann, Otto
Seifert, Petra
Strobl, Reinhold
Tausend, Claudia
Vogel, Christian
Vogel, Katja
Wasserrab, Dagmar
Weiler, Silke
Weipert, Irene

Werner-Muggendorfer, Johanna
Wiedemann, Leo
Wolfrum, Klaus

Berlin

Albrecht, Matthias
Hertel, Anja Beate
Isenberg, Thomas
Kolatz, Dilek
Lindenberg, Christina
Matthae, Andreas
Rackles, Mark
Rawert, Mechthild
Rosin, Nicole
Schmitz, Fabian
Schulz, Swen
Strieder, Peter
Thölken, Rosemarie
Ulbricht, Klaus

Brandenburg

Bauer, Marita
Danckert, Peter
Förster, Heidrun
Gregor, Martina
Schröder, Burkhard
Schroeder-Selbach, Uwe
Spiegel, Anja
Steffen, Frank
Winkelmann, Peter

Braunschweig

Baas, Hans-Hermann
Bothe, Karin-Marlen
Georg, Carsten
Heil, Hubertus
Heinrich, Antje
Jürgens-Pieper, Renate
Lehrmann, Birgit
Mewes, Volker
Schnute, Bettina
Tanke, Detlef
Widuckel, Werner

Bremen

Brand, Meik
Gerdey, Hans-Jörg
Mahnke, Manuela
Muratidis, Levka
Schmidtke, Margitta

Hamburg

Blankau, Jutta
Duden, Barbara
Egloff, Ingo
Hilgers, Andrea
Krupp, Christoph
Meissner, Hans-Joachim
Meuser, Maria
Müller, Petra
Stölting, Thomas
Timmermann, Karin

Hannover

Andres, Gerd
Andretta, Gabriele
Behbehani, Helmi
Berg, Hartmut
Dzaack-Küster, Alexandra
Fraatz, Günter
Heiligenstadt, Frauuke
Hindersmann, Nils
Hoppe-Deter, Erika
König, Uwe
Kraus, Brigitte
Leuschner, Sigrid
Lösekrug-Möller, Gabriele
Marks, Caren
Menke, Gisela
Meyer, Rolf
Peine, Ingeborg
Reckmann, Christiane
Rübke, Jutta
Schneider, Arne
Stolle, Tom
Tannhäuser, Stefan
Tonne-Jork, Elke
Traupe, Paul
Waske, Stefanie
Werner, Ingo

Willers, Gabriele

Hessen-Nord

Bierwirth, Anni
Bonhage, Wolfgang F.
Breuer, Ursula
Giese, Thomas
Gottschalck, Ulrike
Gümbel, Bernd
Krausbauer, Renate
Kuhnsch, Ursula
Müller, Erich
Müller, Jörg
Rudolph, Christa
Rudolph, Werner
Scheele, Katharina
Schotte, Brigitte
Spies, Thomas
Strube, Christian
Szeder, Karin
Waschke, Sabine

Hessen-Süd

Brillmann, Claudia
Dittmar, Ansgar
Everts, Carmen
Frey, Franz
Glenz, Wolfgang
Grüger, Stephan
Hauer, Nina
Hechler, Katrin
Hoffmann, Christel
Kollatz-Ahnen, Matthias
Kübler, Klaus
Leß, Daniela
Lotz, Erika
Machalitzky, Jörg Jens
Müller, Carsten
Nissen, Ulrike
Pighetti, Marco
Pipa, Erich
Raabe, Sascha
Rabanus, Martin
Reichenbach, Gerold
Reuter, Michael
Richter, Gerrit
Schäfer-Gümbel, Thorsten

Schaich-Walch, Gudrun
Schmidt, Frank
Schmidt, Dagmar
Schmitt, Norbert
Schuster, Wolfgang
Streb-Hesse, Rita
Voigt, Karin
Wetzel, Stephan
Ypsilanti, Andrea
Zapf, Uta

Mecklenburg-Vorpommern

Braun, Dagmar
Christiansen, Rolf
Hacker, Hans-Joachim
Kuhlmann, Margret
Tegtmeier, Martina

Nord-Niedersachsen

Borngräber, Jürgen
Casper, Eva-Maria
Falldorf, Heiner
Flacke, Traute
Neumann, Wolfgang
Ströbele, Gunda

Nordrhein-Westfalen

Akgün, Lale
Albrecht-Mainz, Elia
Albrecht-Winterhoff, Inge
Apel-Haefs, Ulrike
Arndt, Werner
Bäcker, Helmut
Bährendt, Birte
Beine, Lothar
Berg, Ute
Beucher, Friedhelm Julius
Bollermann, Gerd
Bollmann, Gerd
Brandner, Klaus
Brase, Willi
Brennecke-Roos, Karla
Bruckmann, Hans-Günter
Coße, Jürgen
Dieckmann, Dietmar

Dörmann, Martin
Dos Santos Herrmann, Susana
Ebenbeck, Frank
Ehrmann, Siegmund
Eicker, Hermann Josef
Eickhoff, Martina
Eiskirch, Thomas
Emmerich, Karl-Heinz
Engels, Günter
Erdle, Phillip
Esser, Frank
Estermann, Klaus
Faulenbach, Bernd
Felderhoff, Fritzi Marie
Fragemann, Friedhelm
Frechen, Gabriele
Fuhrmann-Hartmann, Gerda
Gebhard, Heike
Gerdes, Michael
Gießelmann, Helga
Göllner, Uwe
Göllner, Stefanie
Gottschlich, Margret
Gradel, Brigitte
Großmann, Achim
Harrack, Günter
Härtel, Birgit
Hellwig, Eveline
Hempelmann, Rolf
Herter, Marc
Hetmeier, Marita
Hildebrand, Karl-Heinz
Hilgers, Heinz
Himmelmann, Ralf
Hirsch, Marina
Hochhausen, Gertrud
Hohmann, Melanie
Humme, Christel
Idczak, Norbert
Jahl, Armin
Joisten, Christian
Kirschenbaum, Erwin
Klabuhn, Edeltraud
Klöpping, Gerti
Koppel, Barbara
Kortmann, Karin
Koschorreck, Elisabeth
Kraft, Hannelore
Krebs, Andreas
Krupp-Knierim, Ute
Küpper, Klaus

Langemeyer, Gerhard
Lenz, Ralf-Dieter
Link, Sören
Löhr, Karin
Meise, Ursula
Mertens, Klaus
Mochalski, Marlene
Müller, Michael
Müller-Witt, Elisabeth
Neitzke, Gerhard
Nietan, Dietmar
Nottebohm, Doris
Paas, Achim
Pfeffer, Christa
Pflug, Johannes
Preuß, Gabriele
Pries, Christoph
Redecker, Jochen
Rehbock, Ursula
Reineke, Johannes
Renner, Stephan
Richter, Bärbel
Riesmeier, Wilhelm
Rosenfeld, Peter
Rösner, Christian
Roß, Sylvia
Schadt, Nina
Schäfer, Ute
Scheffler, Michael
Schiefner, Udo
Schilling, Björn
Schmeltzer, Rainer
Schmitz, Elke
Schmitz, Uwe
Schulten, Hans Walter
Schultheis, Karl
Schultz, Reinhard
Schumann, Michelle
Schwartz, Stefan
Sigg, Manfred
Singer, Johannes
Sippel, Birgit
Stinka, Andre
Stöckel, Rolf
Stotko, Thomas
Strässer MdB, Christoph
Tepperis, Manfred
Tsalastras, Apostolos
Vennebusch, Reinhold
Vossebrecher, Elisabeth
Wallach, Marianne

Weis, Petra
Wend, Rainer
Wiefelspütz, Dieter
Wilding, Beate
Wörmann, Geesken
Yüksel, Serdar
Zöllmer, Manfred
Zorn, Gerhard

Rheinland-Pfalz

Ahnen, Doris
Anklam-Trapp, Kathrin
Auernheimer, Brigitte
Barnett, Doris
Bätzing, Sabine
Beutel, Jens
Conrad, Jürgen
Decker, Ursula
Dreyer, Malu
Fuhr, Alexander
Geis, Manfred
Hartmann, Michael
Hering, Hendrik
Herzog, Gustav
Hess, Ursula
Itzek, Gerd
Kittl, Denis
Klamm, Hannelore
Leppla, Ruth
Lewentz, Roger
Machalet, Tanja
Mertes, Josef Peter
Müller, Rosemarie
Neuser, Norbert
Pörksen, Carsten
Pütz, Angelika
Raab, Heike
Ramsauer, Günther
Reich, Beate
Schmitt, Astrid
Schmitz, Christian
Schweitzer, Alexander
Siegrist, Hildrun
Zoller, Peter

Saarland

Barke, Jürgen

Braun, Reiner
Britz, Charlotte
Clivot, Michael
Ferner, Elke
Fischer-Theobald, Sabine
Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
Klug, Astrid
Kolb, Gisela
Maringer, Evi
Müller, Jutta
Pauluhn, Stefan
Renner, Jürgen
Ries, Isolde
Scherer, Petra
Staudt, Alfred
Stritter, Hans Georg

Sachsen

Bunse, Sibylle
Deicke, Liane
Dulig, Martin
Fornahl, Rainer
Hoffmann, Gudrun
Lässig, Ronald
Richter, Diana
Scharf, Helmut
Schwanitz, Rolf
Volkmer, Marlies

Sachsen-Anhalt

Budde, Katrin
Eichler, Wolfgang
Geiger, Andreas
Kaspereit, Sabine
Mittendorf, Madeleine-Rita
Oleikiewitz, Peter
Sterz, Bernhard
Stockmann, Ulrich

Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang
Bittner, Christoph
Hagedorn, Bettina
Hannemann-Röttgers, Birgit
Juister, Bärbel

Kuhlwein, Eckart
Möller, Claus
Möller, Alexander
Nabel, Konrad
Nöbel, Anke
Piecyk, Wilhelm
Rix, Sönke
Rohwer, Maike
Rossmann, Ernst Dieter
Schirmmacher, Helga
Schlosser-Keichel, Anna
Stadelmann, Falk
Steen, Antje-Marie
Wenghöfer, Jörg

Thüringen

Becker, Dagmar
Griebel, Matthias
Haaré, Brigitta
Halpape, Anja
Haß, Torsten
Heß, Petra
Stahnke, Daniel

Weser-Ems

Brammer, Axel
Bräutigam, Thomas
Buss, Heinz
Determann, Leonore
Heußen, Günther
Hilger, Alfred
Janßen, Rita
Kirchner, Wolfgang
Konya, Ramis
Mahr, Hermine
Naber, Hanna
Rakow, Sigrid
Schäfftlein, Alfred
Schmidt, Norbert
Visser, Herbert
Westermann, Susanne
Wilts, Anke

Delegierte mit beratender Stimme:

Alkenings, Birgit
Andretta, Gabriele
Arnkens-Homann, Dagmar
Bachmaier, Hermann
Behnke, Elfriede
Benneter, Klaus Uwe
Binder, Hanna
Bindig, Rudolf
Blankau, Jutta
Bökel, Gerhard
Breuer, Siegfried
Brinkmann, Bernhard
Bührmann, Christina
Bülow, Marco
Burkert, Michael
Buttgereit, Monika
Conrad, Jürgen
Coße, Jürgen
Crone, Petra
Danner, Dorothee
Drakul, Petar
Dreyer, Malu
Dunger-Löper, Hella
Dzembitzki, Detlef
Eckner, Stefan
Edathy, Sebastian
Eickelpasch, Gerhard
Emmerich-Kopatsch, Petra
Ernstberger, Petra
Evers-Meyer, Karin
Fahimi, Yasmin
Fehr, Manfred
Fikentscher, Rüdiger
Fischer, Simone
Fograscher, Gabriele
Forster, Hans
Fritz, Doris
Fuhrmann, Petra
Gilbert, Carsten
Glante, Norbert
Gloser, Günter
Göllner, Uwe
Görlach, Willi
Granzow, Dennis
Grätz, Sanda
Groschek, Michael
Grotheer, Wolfgang
Grun, Thomas
Haase, Hans-Dieter

Hagemann, Klaus
Hammelrath, Helene
Hänsch, Uwe
Hartmann, Swantje
Hausmann, Rudolf
Hilsberg, Stephan
Hoffmann, Petra
Hoffmann, Jelena
Höhl, Walter
Hollinger, Roswitha
Hübner, Klaas
Hunger, Heinz
Jöns, Karin
Jordan, Jörg
Jürgens-Pieper, Renate
Jüttner, Wolfgang
Kahrs, Johannes
Kaiser, Kristian
Kakalick, Gerhard
Kemper, Hans-Peter
Kern, Günter
Kindermann, Heinz
Kompe, Gerhard
Körper, Fritz Rudolf
Kötschau, Gabriele
Kuhlwein, Eckart
Kutzer, Wolf
Lambrecht, Christine
Leithäuser, Brigitta
Linkohr, Rolf
Mattes, Ralf
Mattischeck, Heide
Meinhold, Walter
Merkel, Petra-Evelyne
Mernizka, Loke
Mogg, Ursula
Möhrmann, Dieter
Mühlenfeld, Dagmar
Müller, Herbert
Müllerwiebus, Roswitha
Naser, Volker
Nietan, Dietmar
Ober, Erika
Ott, Jochen
Pepper, Renate
Petry, Leo
Pfannenstein, Georg
Pflug, Johannes Andreas
Piecyk, Wilhelm
Ratz, Simone
Randzio-Plath, Christa

Rapkay, Bernhard
Redmer, Axel
Reimann, Carola
Robbe, Reinhold
Roth, Angelika
Rothe, Mechtild
Runde, Ortwin
Sagasser, Tanja
Schäfer, Axel
Schiffmann, Dieter
Schimeta, Quirin
Schmarsow, Christine
Schmidbauer, Horst
Schmidt, Ulla
Schmidt, Dagmar
Schmidt-Kühner, Regina
Schneider, Angelika
Schnittka-Kalelioglu, Juliane
Schöler, Walter
Schreier, Wilhelm
Schroeter, Gunthild
Schwabe, Frank
Sippel, Birgit
Sonntag-Wolgast, Cornelia
Spiller, Jörg-Otto
Stapelfeldt, Dorothee
Stinka, Andre
Tabillion, Rainer
Teuchner, Jella
Thönnies, Franz
Tonn, Gisela
Watermann, Ulrich
Weisskirchen, Gert
Westrich, Lydia
Wicklein, Andrea
Wiefelspütz, Dieter
Wiegand-Hoffmeister, Bodo
Wolff, Waltraud
Wollkopf-Dittmann, Elrid
Wörl, Beate